

Ländlicher Raum

Agrarsoziale Gesellschaft e.V.

www.asg-goe.de



Ernährungswende
in Schulen



ÖPNV-Konzepte
im ländlichen Raum



ASG-Frühjahrstagung

ASG-Herbsttagung 03./04. November 2005

Landwirtschaft in einer beschleunigten Globalisierung

- Was bringt die neue WTO-Runde?
- Was bringt die Neuausrichtung der ländlichen Entwicklungspolitik?
- Was haben 18 Monate EU-Osterweiterung gebracht?

P
r
o
g
r
a
m

Donnerstag, 03.11.2005

13.30 Foren und Exkursion (parallel)

16.30 Mitgliederversammlung mit Ergänzungswahlen zum Kuratorium

18.00 Festvortrag: EU-Agrarpolitik und Globalisierung

Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin

Bundesministerin a. D.,

Vorsitzende des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung
und Landwirtschaft des Deutschen Bundestages, Berlin

Freitag, 04.11.2005

8.30 VORTRAGSTAGUNG

... Auswirkungen der WTO-Agrarverhandlungen auf die europäische Agrar- und
Ernährungswirtschaft

Dir. und Prof. Dr. Martina Brockmeier

Leiterin des Instituts für Marktanalyse und Agrarhandelspolitik,
Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL), Braunschweig

... Welche Herausforderungen ergeben sich für die deutsche Landwirtschaft?

Heinz Christian Bär

Präsident des Hessischen Bauernverbandes und stellvertretender Präsident des
Deutschen Bauernverbandes, Friedrichsdorf

... Zukunft der zweiten Säule – Chancen, Bedeutung und Unwägbarkeiten

Wolfgang Reimer

Unterabteilungsleiter im Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und
Landwirtschaft, Bonn

... Förderung ländlicher Regionen durch Verknüpfung von Landwirtschaft mit anderen
regionalen Wirtschaftsbereichen

Ernst-Wilhelm Rabius (angefragt)

StS. im Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Kiel

Nähere Informationen und Anmeldung bei:

Agrarsoziale Gesellschaft e.V.
Postfach 1144
37001 Göttingen
Fon: (0551) 49 709 - 0
Fax: (0551) 49 709 - 16
info@asg-goe.de
www.asg-goe.de

Tagungsort:
Clarion Hotel
Kasseler Landstr. 45
37081 Göttingen

ASG	2	Exkursionen der ASG-Frühjahrstagung 2005 in Ludwigsburg
	16	Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin Festrednerin bei der ASG-Herbsttagung
Agrarpolitik	17	Interview mit StS. a.D. Gerald Thalheim
	21	Neues von der agrarpolitischen Bühne
Landwirtschaft	23	Projekt „Landwirtschaft 2015“ des BDL: So sehen junge Menschen die Landwirtschaft der Zukunft
	25	Bundesverband der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften: Erster kindersicherer Betrieb ausgezeichnet
	27	Community Supported Agriculture – ein innovativer Ansatz der Direktvermarktung
Ernährung	30	Appetit auf Schule – Leitlinien für eine Ernährungswende im Schulalltag
	35	Projekt „Gläsernes Restaurant“ beim Evangelischen Kirchentag 2005: Agrar- und Ernährungswende für Großküchen
Ländlicher Raum	37	Digital auf dem Lande: (Un-)begrenzte Möglichkeiten?
	38	Stiftung „Für Umwelt und Kultur in Rauenthal“
	40	Erforschung von ÖPNV-Konzepten im ländlichen Raum
Regionalentwicklung	47	Regionalmanagement – neues Förderinstrument richtig einsetzen
Personalien	52	Eckhard Uhlenberg neuer Minister für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Dr. Alexander Schink neuer Staatssekretär
	52	Erika Lenz erhält Verdienstkreuz 1. Klasse
	53	Günther Schartz 75 Jahre
Für Sie gelesen	53	Kooperationen gründen und erfolgreich führen
	54	Das neue große Europa
	54	Mehr Markt für Landwirte
	55	Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland
	55	Dörfer in Bewegung
Für Sie gesurft	56	www.gruener-pfad.de

Exkursionen der ASG-Frühjahrstagung in Ludwigsburg

Exkursion A:

Herausforderungen für die Landwirtschaft im Verdichtungsraum Stuttgart

Großes Kundenpotenzial und Flächenkonkurrenz

Die Ziele der Fachexkursion A in Begleitung von AD Bernhard Dangelmaier, Regierungspräsidium Stuttgart, sowie von LD Marianne Schmid, Landwirtschaftsamt Landkreis Ludwigsburg, vermittelten einen Eindruck vom Für und Wider des Verdichtungsraums für landwirtschaftliche Betriebe.

„Das Positive am verdichteten Raum sind die vielen Menschen“

Otto und Elsbeth Hörr, Sonnenhof, Stuttgart-Mühlhausen, gründeten vor 25 Jahren gemeinsam ein Familienunternehmen, in das vor drei Jahren auch ihr Sohn Lutz einstieg. Sie schafften es, sich im

Verdichtungsraum Stuttgart als Betrieb mit „Freiraum für viele(s)“ zu positionieren. Familie Hörr hat ihr Konzept auf die Stadtnähe mit ihrer großen Zahl an potenziellen Kunden/-innen eingestellt und profitiert von der Mund- zu-Mund-Propaganda.

Jedes der drei Familienmitglieder ist für einen Betriebszweig zuständig: Otto Hörr betreibt die Landwirtschaft auf einer Gesamtfläche von 40 ha (davon 5 ha Erdbeeren zum Selbstpflücken, 3 ha Gemüse sowie Zuckerrüben, Mais und Getreide auf den restlichen Flächen). Elsbeth Hörr unterhält das Hofgeschäft, den „täglichen Wochenmarkt“, in dem hauptsächlich Pflanzen und Blumen, aber auch Obst und Gemüse,

Käse und Brot verkauft werden. Überwiegend stammen die Produkte von Nachbarbetrieben und vom Großmarkt. Aus eigener Produktion werden Salate, Marmelade und Eingelegtes sowie Blumen und Erdbeeren angeboten. Lutz Hörr ergänzt das Hofangebot um den Freizeit- und Erlebnissbereich. Kindergeburtstage, Hochzeiten, Taufen sowie viele andere Feste und Veranstaltungen können in den Räumlichkeiten oder auf dem weiten Gelände des Betriebes durchgeführt werden. Jeden Samstag würden sie eine Hochzeit ausrichten, erläuterte Otto Hörr und freute sich über den großen Personenkreis, der auf diese Weise den Sonnenhof kennen lernt. Der Sonnenhof steht auch Tagesgästen und Ausflüglern offen, die dort im Grünen eine Pause einlegen möchten.

Landwirtschaft im Ballungsraum erfährt Unverständnis

Für den Landwirtschaftsbetrieb der Universität Hohenheim mit seinen Maschinen und Tieren, Geräuschen und Gerüchen ergäben sich durch die Lage im Ballungsraum vielfältige Berührungspunkte mit Anwohnern/-innen, Erholungssuchenden und Hunden, erläuterte Raul von Schmettow, Versuchsstation für Nutztierbiologie und Ökologischen Landbau. Diese Berührungen würden oft einseitig von Unverständnis und konfrontativem Verhalten der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung begleitet.



Foto: O. Schmid

Erläuterungen von Otto Hörr im umgebauten Viehstall

Die Versuchsstation besteht aus einem Betriebs- teil für konventionelle Wirtschaftsweise, dem Meiereihof direkt am Campus, sowie aus dem Betriebs- teil für Ökologische Wirtschaftsweise, Kleinhohen- heim. Auf dem ca. 80 ha großen Meiereihof liegt der Arbeitsschwerpunkt auf der Milchviehhochleistungs- herde mit 65 Liegeplätzen. Die Forschung konzentriert sich auf den Einfluss von Tierhaltung und -er- nährung auf die Milchleistung der Kühe. In einem Komfortstall aus dem Jahr 1990, der den Ansprü- chen an mehr Licht, mehr Luft und mehr Fläche für die Tiere gerecht wird, wird versucht, das genetische Potenzial der Kühe in diesem Hochleistungs- bereich auszuschöpfen. Derzeit beträgt der Stall- durchschnitt ca. 10 000 l Milch pro Kuh und Jahr. Die Futtermittellieferung erfolgt von den Acker- und Grün- landflächen des arrondierten Betriebes, welche darüber hinaus für acker- und pflanzenbauliche Ver- suchsvorhaben dienen.

Vom Flächenverbrauch durch Siedlungs- und In- frastrukturmaßnahmen ist die Universität zzt. nicht direkt betroffen. Gleichwohl gibt es Begehrlichkeiten von Landwirten, die im Rahmen des Neubaus der Messe Stuttgart Land abgeben mussten, und sich nun für die „öffentlichen“ Flächen der Universi- tät interessieren.

Harte Auseinandersetzungen um land- wirtschaftliche Flächen

Im Rahmen des Neubaus des Messegeländes hat die Landwirtschaft den Konkurrenzkampf um Flä- chen auf der fruchtbaren Hochfläche der Filder ver- loren. Dort wurde im September 2004 mit dem Neu- bau begonnen, nachdem in zwei unabhängigen Such- läufen das Gebiet auf den Fildern als optimaler Standort ermittelt worden war. Eine zentrale Rolle bei der Auswahl habe die hervorragende Erreichbar- keit mit Auto, Bahn und Flugzeug sowie die Nähe zur Landeshauptstadt gespielt, erläuterte Thomas Müller, Projektgesellschaft Neue Messe GmbH & Co.KG. Am Messeneubau und den auf 806 Mio. • berechneten Baukosten werden sich das Land und die Stadt Stuttgart mit je 244 Mio. • beteiligen. Mit der neuen Messe sollen 5 000 Arbeitsplätze geschaf- fen werden.

Gleichwohl gab es von Beginn an breiten Wider- stand gegen das Projekt. Vor allem Landwirte, de- ren Flächen auf dem geplanten Messestandort la- gen, waren und sind von dem Neubau unmittelbar betroffen, bedauerte Walter VOHL, Bauernverband Leinfelden-Echterdingen. Die von der Messe benö- tigte Fläche gehörte insgesamt 99 Eigentümern, darunter auch die Stadt Leinfelden-Echterdingen. Erst mit einem 1998 eigens verabschiedeten Messege- setz, das notfalls die Enteignung der Grundstückse- igentümer vorsah, gelang es, der benötigten Flä- chen habhaft zu werden (s. a. LR 03/05, S. 12-15).



Foto: M. Busch

Versuchsstation für Nutztierbiologie der Universität Hohenheim: Die Tröge stehen auf elektronischen Waagen. Mit Hilfe von Transpondern lässt sich die Futtermittelaufnahme jedes einzelnen Tieres genau ermitteln.



Foto: O. Schmitt

Verkostung von Vorzugsmilch auf dem Betrieb Renschler



Foto: O. Schmitt

Baustelle der neuen Landesmesse Stuttgart inmitten land- wirtschaftlicher Flächen

Ausgleich von Flächenverlusten durch Zupacht

Im Gegensatz zum Sonnenhof liegt der Betrieb von Susanne und Thomas Renschler, Stuttgart-Weilimdorf, inmitten eines Wohngebiets und ist von allen Seiten durch Bebauung begrenzt. Familie Renschler verfügt über 85 ha auf insgesamt ca. 100 Schlägen. 90 % der Flächen sind gepachtet. Neben Getreide (12 ha Wintergerste, 8 ha Winterweizen, 4 ha Sommergerste, 3 ha Hafer), 5,5 ha Zuckerrüben und 17 ha Silomais werden 3,5 ha Erdbeeren zum Selberpflücken sowie Blumen zum

Selberschneiden angebaut. Die restlichen 30 ha sind Grünland. Darüber hinaus gehören 53 Milchkühe mit Nachzucht zum Betrieb. Während der Großteil der Milch (Vorzugsmilch) an eine Molkerei abgegeben wird, werden kleinere Mengen im eigenen Hofladen, zusammen mit Erdbeeren, Äpfeln, Kartoffeln, Zwiebeln, Mehl, Müsli und Eiern vermarktet. Die Produkte stammen teilweise von umliegenden Betrieben. Im November 2004 wurde eine Biogasanlage mit 65 KW Leistung in Betrieb genommen. Über ein Blockheizkraftwerk erfolgt sowohl die Stromerzeugung als auch die Nutzung der

Abwärme für das Betriebsleiterwohnhaus.

Aufgrund seiner Lage im Verdichtungsraum hat der Betrieb Renschler in der Vergangenheit bereits Flächen als Bauland abgegeben. Diese Verluste konnten bisher durch Zupacht von Flächen aufgebener Betriebe ausgeglichen werden. Auch in Zukunft ist mit weiteren Flächenverlusten zu rechnen. Allerdings seien dann in der Nähe wohl keine Betriebe mehr vorhanden, von denen Land gepachtet werden könnte, befürchtete Thomas Renschler.

OS

Grunderwerb zur neuen Landesmesse

Die neue Landesmesse, ein politischer Dauerbrenner, beschäftigt die Gemüter in Baden-Württemberg seit nunmehr über zehn Jahren. Verschiedene Standorte wurden in mehreren Durchläufen geprüft. Letztendlich galt der Standort „auf den Fildern“, in unmittelbarer Nachbarschaft zum Flughafen Stuttgart als der Beste. In Verbindung mit der geplanten neuen ICE-Strecke Stuttgart-Ulm, die auch einen eigenen Messebahnstation erhalten soll, sowie einer direkten Anbindung an die Autobahn A 8 war keiner der Alternativstandorte vergleichbar.

Standort wegen Landnutzungskonflikten heftig umstritten

Erwartungsgemäß stieß die Standortwahl auf heftigen Widerspruch in der Bevölkerung. Auch von der Stadt Leinfelden-Echterdingen, auf deren Gemarkung das Vorhaben realisiert werden sollte, war zunächst kein Einverständnis zu erhalten. In dem betroffenen Gebiet kam es schon in der Ver-

gangenheit zu massivem Flächenentzug für Infrastrukturprojekte. Zu nennen sind der Ausbau der B 27, die Verlängerung der Landebahn des Flughafens Stuttgart verbunden mit einer Verlegung der Autobahn A 8, dem Ausbau der Autobahn-Anschlussstelle A 8/B 27 Stuttgart-Degerloch (sog. Echterdinger-Ei) im Zusammenhang mit mehreren Flurbereinigungen. Besonders die Landwirte „auf den Fildern“ klagen über die Betroffenheit vom Flächenentzug. Die „Filderböden“, mit 80 Bodenpunkten eine Rarität im Land, gelten als wertvoll und sehr ertragreich. Zudem wurde ein Messeneubau als notwendige Infrastrukturmaßnahme grundsätzlich in Frage gestellt.

Mit der Verabschiedung eines speziellen Landesmessegesetzes im Dezember 1998 wurde die Rechtsgrundlage für die Planfeststellung geschaffen. Nach längerem Rechtsstreit wurde der Planfeststellungsbeschluss im März 2004 vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt.

Landsiedlung mit dem Grunderwerb in emotionalem Umfeld beauftragt

Die Landsiedlung Baden-Württemberg GmbH, die seit 1998 mit dem Grunderwerb beauftragt ist, wurde vor die Aufgabe gestellt, in diesem sensiblen Umfeld die notwendige Bedarfsfläche von knapp 100 ha zu erwerben.

Inzwischen hatten sich die Gegner des Messeneubaues organisiert. Fünf Landwirte aus Leinfelden-Echterdingen sowie NABU und BUND klagten gegen den Planfeststellungsbeschluss. Die klagenden Landwirte machten eine Existenzgefährdung geltend, die vom Gericht auch bestätigt wurde. Die Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss wurden vom Verwaltungsgericht Stuttgart abgelehnt. Die Kläger kündigten an, in die nächste Instanz zu gehen. Erst nach der Bestätigung des Planfeststellungsbeschlusses im März 2003 konnte der Grunderwerb mit Nachdruck erfolgen. Bei einem zunächst geplanten Baubeginn im Juli 2004 blieb nicht

viel Zeit. Der Zeitrahmen wäre schon in einem unumstrittenen Umfeld sehr ehrgeizig gewesen. Erwartungsgemäß stellte sich schnell heraus, dass sich viele Eigentümer gegen den Verkauf sperren.

Neben den Bemühungen um den Grunderwerb wurde die Landsiedlung auch beauftragt, die Unterlagen für die sich abzeichnenden Enteignungsverfahren vorzubereiten. In der Zeit von Dezember 2003 bis Juli 2004 wurden ca. 130 Anhörungsverfahren beim Regierungspräsidium Stuttgart durch Mitarbeiter der Landsiedlung betreut. Dies ergab in der Summe 1 500 Aktenorder Dokumente.

Bis zu 20 Mitarbeiter der Landsiedlung waren mehrere Monate mit Tätigkeiten für das Besitzeinweisungs- und Enteignungsverfahren beschäftigt. Erschwerend wirkte sich die Tatsache aus, dass nicht nur die Eigentumsverhältnis-

se zu klären und zu dokumentieren waren, sondern auch die Pacht- bzw. Bewirtschaftungsverhältnisse inklusive Pflugtausch.

Angebot von Ersatzbetrieben aus der Hofbörse der Landsiedlung führte zum Erfolg

Den fünf klagenden Landwirten wurden insgesamt elf interessante Hofstellen aus dem Bestand der Hofbörse der Landsiedlung angeboten, die außerhalb des „Fildergebietes“ liegen. Nach rund drei Monaten streng vertraulicher Verhandlungen der Geschäftsleitung mit einem der klagenden Landwirte gelang im Juli 2004 der Durchbruch: Ein Hof in Oberschwaben aus dem Bestand der Hofbörse der Landsiedlung wurde von diesem Landwirt als neuer Betriebsstandort akzeptiert. Die frei werdende Bewirtschaftungsfläche konnte den verbleibenden vier Klägern

zugeteilt werden. Weitere ca. 20 ha Fläche, die zudem als Ersatzland erworben werden konnten, standen bzw. stehen teilweise noch zum Ausgleich zur Verfügung.

Die vier verbleibenden Kläger zogen im August 2004 ihre Klagen zurück. In der Folge gelang es die Zahl der noch notwendigen Enteignungsverfahren auf vier zurückzuführen. Dabei handelt es sich nicht um Vollerwerbsbetriebe. Alle Übrigen noch benötigten Flächen wurden von der Landsiedlung bis Ende August 2004 erworben. Die Klage des NABU wurde auf Grund von Verfahrensfehlern abgewiesen. Die Klage des BUND ist noch anhängig.

Am 14. September 2004 konnte der Spatenstich zu Neuen Landesmesse erfolgen. Vom Ministerpräsidenten des Landes, Erwin Teufel, wurde bei den Festlichkeiten ausdrücklich die Leistung der Landsiedlung lobend erwähnt.



Modell der Messe mit zweifingrigem Parkhaus über die A 8

Foto: B.L.G./Landsiedlung Baden-Württemberg GmbH

Beitrag der Landsiedlung Baden-Württemberg GmbH aus „Landentwicklung aktuell“, Ausgabe 2005

Exkursion B:

Nachhaltige Dorfentwicklung und Flächenmanagement im Kraichgau

Flexibilität und Innovationen wichtig für Anpassung an gesellschaftliche Entwicklungen

In den Kraichgau, die „Toskana Baden-Württembergs“, begleitete Bussprecher Otto Dürr, Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum, Baden-Württemberg, die Teilnehmer/-innen der Exkursion B, die zunächst durch die sanft geschwungene Hügellandschaft abseits der Hauptverkehrsströme führen. Die italienische Atmosphäre fand sich auch in den verwinkelten Gassen der Gemeinde Sternenfels mit ihren in Erdtönen gestrichenen Häusern wieder.

Gemeinde Sternenfels setzt auf hohe Lebensqualität

Mit viel Enthusiasmus berichtete Bürgermeister Helmut Wagner, dass das Ziel der Gemeinde Sternenfels sei, Wohnen, Arbeiten und Erholen gleichzeitig zu ermöglichen. Wichtig sei es, Bürger/-innen an der politischen Gestaltung zu beteiligen. In den 30 Jahren seiner Amtszeit habe es daher ebenso viele Bürgerver-

sammlungen gegeben, in denen stets auch langfristige Entwicklungsfragen der Gemeinde erörtert worden seien. Zu seinem Selbstverständnis als Bürgermeister gehöre, für die Umsetzung des Bürgerwillens zu sorgen und nicht in jedem Fall eigene Vorstellungen durchzusetzen. Auch sei es ihm ein Anliegen, die Bürger/-innen in der heutigen Wissensgesellschaft unter den Bedingungen zunehmender Globalisierung unterstützend zu begleiten.

Die innerörtliche Entwicklung stehe seit 1974 auf der örtlichen Agenda, seit einer Zeit, als die Gemeinde zu einer Pendlerstätte zu verkommen drohte, weil Arbeitsplätze fehlten. Seitdem seien verschiedene Projekte durchgeführt worden um zu einem lebendigen Gemeindewesen mit einer umfangreichen Infrastruktur und Nahversorgung beizutragen. So wurde eine reformpädagogische Schule gegründet, um sich von den Mindestgrößenanforderungen staatlicher Schulen unabhängig zu

machen. Diese Einrichtung stoße auf solch große Resonanz, dass sie inzwischen auch von Kindern aus den Nachbargemeinden besucht werde. Die Betreuung von Kindern über reguläre Schulzeiten hinaus sei ebenso gesichert wie verlängerte Öffnungszeiten des örtlichen Kindergartens um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern.

Lebensqualität gerade für junge Familien sei auch im neuen Siedlungsgebiet berücksichtigt worden, so dass statt geradliniger Straßen mit Reihenhäusern des gleichen Typs Formen erdacht worden seien, die nachbarschaftliche Kontakte und Rückzugsmöglichkeiten gleichermaßen eröffneten. Durchzogen sei das Gebiet von einem Biotopverbund, der ein natürliches Ambiente schaffe, das durch Möglichkeiten alternativer Energie- und effizienter Wassernutzung ergänzt werde. In den letzten zwei Jahren seien Bauplätze an 28 junge Familien vergeben worden.



Fotos: M. Busch



Foto: I. Fähring

Grünes Ambiente im Gewerbepark von Sternenfels

Auch bei der Gestaltung des Gewerbegebiets seien ökologische Aspekte einbezogen worden. Eine lebendige Gemeinde, so Wagner, brauche Arbeitsplätze vor Ort, diese dürften jedoch nicht die Lebensqualität beeinträchtigen. Die Ansiedlung von Logistikunternehmen sei daher nicht in Frage gekommen. Stattdessen seien junge Existenzgründer/-innen gefördert worden, die nun im „grünsten Gewerbegebiet Deutschlands“, das sich vorbildlich in die umgebende Landschaft einbettet, eine angenehme Arbeitsatmosphäre vorfinden.

Die Förderung der Existenzgründung spiele in seiner Gemeinde eine große Rolle, so Wagner. Erste Schritte in diese Richtung würden unterstützt, indem potenzielle Unternehmer/-innen im lokalen „TeleGIS Innovationscenter“, einem Dienstleistungszentrum, ein Büro mieten könnten. Einige Unternehmen, die nun im Gewerbegebiet angesiedelt seien, hätten hier ihren Ausgangspunkt gefunden. Das TeleGIS sei durch eine besondere Form der Public-Private-Partnerschaft entstanden, an der sich insgesamt 18 Partner/-innen beteiligten. Neben dem Gründer- und Innovationszentrum fänden sich hier ein Center für Telefondienstleistungen sowie eine Teleagentur, die sowohl Arbeitsplätze

für die lokale Bevölkerung böten als auch von den Existenzgründern/-innen zur Vermarktung ihrer Produkte genutzt werden könnten. Die ebenfalls hier angesiedelte Akademie Sternenfels biete Aus- und Fortbildungsseminare für alle Bürger/-innen der Region an. Da der Umgang mit neuen Medien im Vordergrund stehe, leiste sie einen wichtigen Beitrag zur Kompetenzförderung von Mitarbeitern/-innen der Teleagentur. Auch die Existenzgründer/-innen profitierten von diesem nahe gelegenen Weiterbildungs- und Beratungsangebot.

Integriert in das TeleGIS Innovationscenter sei zudem das „KOMM-IN“, in dem Dienstleistungsangebote für die Bürger/-innen unter einem Dach gebündelt seien, so dass diese zu kundenfreundlichen Öffnungszeiten, beispielsweise samstags, sowohl die Post als auch eine Bank und die Gemeindeverwaltung aufsuchen könnten. Zusätzlich würden Zeitschriften und weitere Konsumartikel verkauft. Angestellte der Gemeinde würden auf diese Weise sowohl Verwaltungstätigkeiten ausüben als auch Waren verkaufen. Dadurch, dass den Bürgern/-innen kurze Wege geboten würden und die Ortsmitte als kommunikationsintensives und identitätsstiftendes Kulturgut erhalten

bleibe, würde ein wichtiger Beitrag zur Lebensqualität geleistet.

Die Gemeinde Sternenfels habe von dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) in Baden-Württemberg sehr profitiert, so Wagner. Die Früchte der gemeindlichen Anstrengungen sehe er in der Auszeichnung mit der Goldmedaille im Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“, in der Auswahl als Modelldorf zur Weltausstellung „Expo 2000“ sowie in der Auszeichnung als „Dorf der Zukunft“ durch den badischen Sparkassen- und Giroverband. Inzwischen sei die Gemeinde innerhalb des ELR als Modelldorf aufgeführt, nicht zuletzt, weil sie es geschafft habe, das lokale Arbeitsplatzangebot von 250 im Jahr 1986 auf 1 005 im Jahr 2005 zu steigern.

Betrieb Hofmann passt Betriebszweige neuen Herausforderungen an

Die Bedingungen, unter denen ein landwirtschaftlicher Betrieb im Stuttgarter Verdichtungsraum arbeitet, konnten die Teilnehmenden der Exkursion auf dem Betrieb von Karlheinz und Andrea Hofmann nachvollziehen. Mit vier Betriebszweigen versucht das Ehepaar auf die Herausforderungen der Gegenwart zu reagieren. Auf 80 ha be-



Das KOMM-IN vereinigt Dienstleistungsangebote wie IT-Seminare, Post und Sparkasse unter einem Dach

treiben sie Ackerbau, wobei die Bodenbearbeitung pfluglos erfolgt. Diese Technik halte er für optimal, so Karlheinz Hofmann, um Erosion in den Hanglagen Baden-Württembergs zu vermeiden. Seine Erfahrungen mit dieser Form der Bodenpflege in den vergangenen 20 Jahren seien so gut, dass er sich über den geringen Verbreitungsgrad der pfluglosen Bearbeitung nur wundern könne. Als zweites Standbein diene der Weinanbau auf 8 ha, der über die regionale Zentralgenossenschaft vermarktet werde.

In den 80er Jahren erhielten die Hofmanns die Gelegenheit für einen benachbarten Rosenzüchter die Vermehrung zu übernehmen. Sie gaben die bis dahin praktizierte Bullenmast auf und produzieren seitdem vorwiegend widerstandsfähige, mehrfach blühende Rosen, die ab Hof und per Versand verkauft werden. Etwa 10 000 Rosenstöcke setzt der Betrieb jährlich ab. Karlheinz Hofmann hält darüber hinaus Fachvorträge über die Rosenpflege.

Um weitere Produkte, insbesondere auch den Wein, direkt vermarkten zu können, plant das Ehe-

paar für die Zukunft den Bau eines Hofladens. Einen positiven Effekt in Bezug auf die Kundenzahl erwarten sie durch den vierten Betriebszweig, die Pensionspferdehaltung, durch die ebenso wie durch den Rosenverkauf viele Menschen auf den Betrieb kommen. Da die Nachfrage nach Reitunterricht sehr groß sei, plane der älteste Sohn, der gerade eine Ausbildung als Pferdewirt abgeschlossen habe, diesen Betriebszweig auszuweiten und spezielle Ferienkurse mit Übernachtungsmöglichkeiten anzubieten.

Manchmal sei es schwierig, so Hofmann, die Anforderungen der verschiedenen Betriebszweige unter einen Hut zu bekommen, vor allem, da Arbeitsspitzen im Spätsommer und Herbst in drei Betriebszweigen gleichzeitig aufträten. Mit Unterstützung der Familie und durch die Beschäftigung von Saisonarbeitskräften könnten diese jedoch bewältigt werden. Wichtig sei es auf die Ansprüche des Marktes flexibel zu reagieren und offen für Neuerungen zu bleiben. Sein Motto sei daher stets gewesen: „Wandeln statt weichen“.

Flexibles Flächenmanagement als Antwort auf Anforderungen gewerblicher Unternehmern

Einen ähnlichen Anspruch an Flexibilität hat Paul Metzger, Bürgermeister der Stadt Bretten, die das nächste Exkursionziel war. Dabei stand jedoch nicht die Attraktivität des Ortskerns des als Melanchthonstadt bekannten Ortes im Vordergrund, sondern vielmehr das „Brettener Industriekarusell“, mit dem Gewerbebetriebe in der Stadt gehalten werden sollten. Um bspw. dem Hauptarbeitgeber im Ort eine Ausweitung seiner Gewerbefläche zu ermöglichen, seien andere Unternehmen in ein neues Gewerbegebiet umgesiedelt worden (s. Ländlicher Raum 03/05; S. 13f.).

Mehr Flexibilität wünscht sich Metzger von Seiten des Gesetzgebers, da dieser mit juristischen Vorgaben innovative Entwicklungen oft beschränke. Er kritisierte insbesondere die Praxis des Flächenausgleichs, wodurch häufig mehr Fläche als für die Bebauungen selbst benötigt würde. Auf diese Weise würde die Landwirtschaft



Foto: I. Fahrning

Rosenanbau im Betrieb Hofmann



Foto: M. Busch

Stündliches Treffen der Regionalbahnen aus vier verschiedenen Richtungen im Bahnhof Bretten

unnötig belastet, denn die Bereitstellung von Ausgleichsflächen gehe meist zu ihren Lasten. Die Stadt Bretten beabsichtige zur Erweiterung ihres Gewerbegebietes eine Waldfläche zu roden um keine landwirtschaftlichen Flächen nutzen zu müssen. Diese Lösung stoße wiederum auf den Widerstand von Naturschutzverbänden, so Metzger, obwohl auf diese Weise weniger wertvolle Böden versiegelt würden.

Verkehrsströme unter Berücksichtigung von Kundenwünschen managen

Die Belastungen durch den Autoverkehr in der Region ließen sich während der Exkursion sehr gut beobachten. Zur Entlastung trägt das ÖPNV-System des Karlsruher Verkehrsverbundes bei, das die Stadt Karlsruhe mit der Um-

gebung verbindet. Die eingesetzten Fahrzeuge können sowohl innerörtlich als Straßenbahn als auch zwischen den Gemeinden als Schnell- oder Regionalbahnen fahren, weil sie sich den Spurbreiten flexibel anpassen können. Aufgrund ihres gegenüber herkömmlichen Zügen deutlich geringeren Gewichts sind schnellere Abbremsungen und Beschleunigungen möglich, so dass die Fahrzeit deutlich verringert werden konnte. Ziel ist es Verbindungen vom Umland in die Stadt Karlsruhe im 20-Minuten-Takt zu ermöglichen, wobei vor allem für Vielnutzer/-innen günstige Fahrkarten angeboten werden. Werner Zimmermann, Karlsruher Verkehrsverbund, erklärte, dass ÖPNV-Systeme heutzutage ebenso schnell, bequem, verfügbar und preiswert wie private Pkws sein müssten um der Konkurrenz standzuhalten. Das „Karlsruher System“ stoße auf

große Resonanz, nicht zuletzt, weil die Verbindungen auch nachts und am Wochenende bestünden, so dass die Anbindung ländlicher Gemeinden gegeben sei. Die Kosten seien zu knapp 80 % gedeckt, der Rest werde aus anderen Finanzquellen der Stadtwerke bezahlt. Die Stadt Bretten habe trotz hoher kommunaler Schulden in die Anbindung an das Netz investiert um langfristig zu profitieren.

Die Anbindung an große Städte ermögliche einen erhöhten Tagestourismus, den Zugang zu Arbeitsplätzen sowie den Abbau der durch motorisierten Individualverkehr verursachten Folgekosten. Inzwischen gebe es verschiedene Städte in Deutschland, die ihr noch vorhandenes Straßenbahnsystem auf ähnliche Weise für eine Verbindung mit dem Umland nutzen wollten.

cb

Exkursion C: Region Heilbronn – Diversifizierung und Sonderkulturen

Biomasse, Weinberge und Zuckerrüben



Foto: M. Busch

Weine des Weingutes Moser

Die Region Heilbronn, die den Teilnehmern/-innen durch die Leiterin des Amtes für Landwirtschaft beim Landkreis Heilbronn LLD Susanne Gold nahe gebracht wurde, stand im Fokus der Exkursion C.

Neckarsulmer Energiekonzept mehrfach ausgezeichnet

Im Biomasseheizwerk der Stadt Neckarsulm erläuterten Thorwald Ritter und Wolfgang Schuler Funktionsweise und technische Details der erst im Vorjahr fertiggestellten Anlage. Gemeinsam mit den Stadtwerken hat die Stadt Neckarsulm ein mit dem Deutschen Solarpreis und vom Land Baden-Württemberg mit dem Umwelt-

preis ausgezeichnetes Energiekonzept entwickelt, das wesentlich zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes der Stadt beitragen soll. Neben der Nutzung der Solarenergie wird auch die Biomasse zur Einsparung fossiler Energien genutzt. Die Gesamtkosten des Heizwerkes, das einen im Aufbau befindlichen Gewerbetank mit Fernwärme versorgen soll, beliefen sich auf 6 Mio. € – 13 % davon übernahm das Land Baden-Württemberg. Der hier ebenfalls erzeugte Strom wird ins öffentliche Netz eingespeist und aufgrund der Verwendung von Häckselgut aus Landschaftspflegeholz und Waldholz nach Energieeinspeisegesetz (EEG) entsprechend hoch vergütet.



Foto: M. Busch

Walter Kress erklärt das Konzept des Regionalladens „Naturtalent“



Foto: M. Busch

Fahrt durch die Weinberge mit Blick auf Neckarsulm



Foto: Südzucker AG

Zuckerrüben-Ernte bei der Südzucker AG

Ballungsraum als Markt nutzen

Walter Kress, Geschäftsführer des Regionalladens Naturtalent, Regionalmanager und Landwirt, will keine ideologische Diskussion über ökologisch oder konventionell hergestellte Produkte führen, sondern möchte das Produkt und seine Qualität in den Mittelpunkt stellen. Sein Konzept, das er in dem 380 m² großen modernen Laden im Herzen von Neckarsulm realisiert, nimmt daher ökologische und konventionell erzeugte Produkte aus der Region auf und versucht durch besonders guten Service zu überzeugen. Die Region sei wirtschaftlich sehr prosperierend, meint Kress – bei einer Einwohnerzahl von 27 000 könne man Dank der in der Region ansässigen großen Firmen wie Audi, Lidl usw. 29 000 Arbeitsplätze aufweisen, was der Regionalladen durch entsprechende Angebote an seine meist gut gestellten Kunden nutzen möchte. Mit dem Laden wurden nicht nur neun Arbeitsplätze geschaffen, sondern auch Absatzmöglichkeiten für landwirtschaftliche Betriebe, vorwiegend aus der Region Hohenlohe, zu der der Landkreis Heilbronn im Rahmen des BMVEL-Projekts „Regionen aktiv“ eine Partnerschaft aufgebaut habe.

Weinbau allein genügt nicht

Bei einer Fahrt durch die Weinberge am Stadtrand von Neckarsulm erklärte Weinbauberater Lothar Neumann die Besonderheiten des Weinbaus in der Region. 75 % der Rebflächen gehörten Winzern, die genossenschaftlich organisiert seien, so dass der Wein auf diesem Weg vermarktet werde. Ein Zehntel der deutschen Weinfläche liege in Württemberg, 6 000 ha allein im Landkreis Heilbronn. Das anschließend besichtigte Weingut Holzapfel hatte sich aus einem landwirtschaftlichen Gemischtbetrieb, der aufgrund der Realerbteilung sehr klein war, entwickelt. Die Familie suchte nach neuen Einkommensmöglichkeiten, spezialisierte sich auf den Weinbau und die Direktvermarktung und baute die Besenwirtschaft zu einem Gastronomiebetrieb aus. Zzt. bewirtschaftet der Betrieb 10 ha Rebfläche, von denen 2 ha Eigentum sind. Ein Zukauf von Flächen ist aufgrund der Preise für Rebland (15 €/m²) für den Betrieb eher schwierig. Ein zusätzliches Einkommen wird daher mit einer mobilen Abfüllanlage erzielt, mit der der ausgebaute Wein anderer Winzer im Lohn abgefüllt wird. Vorwiegend (70 %) wird auf dem Weingut Holzapfel Rotwein der Sorten Trollinger, Lemberger, Samtrot und Schwarzriesling angebaut, die den Gästen bei einer Weinprobe vorgestellt wurden.

Der Betrieb von Familie Moser – am Rande der Hölderlin-Geburtsstadt Lauffen am Neckar gelegen – weist mit den Früchten Wein, Grünspargel, Kartoffeln, Kernobst, Erdbeeren und Johannisbeeren einen hohen Anteil an Sonderkulturen auf. Den hiermit verbundenen hohen Arbeitsanfall kann der Betriebsleiter nur durch den Einsatz von Saisonarbeitskräften aus Polen und der Türkei bewältigen. Als Mitglied der Wein-

gärtnergenossenschaft Lauffen e.G. lässt Klaus Moser seinen Wein, den er auf der 12 ha großen Rebfläche erntet, in der genossenschaftseigenen Gemeinschaftsanlage im Ort ausbauen. Mit 570 ha Rebfläche ist die Gemeinde die größte Weinbaugemeinde in Württemberg. Die Weinlese wird auf dem Betrieb aus Qualitätsgründen noch mit der Hand durchgeführt. Auch hier wird zum überwiegenden Teil (90 %) Rotwein angebaut. Wegen der günstigen klimatischen Verhältnisse begann der Betrieb Anfang der 90er Jahre mit dem Anbau von Frühkartoffeln, die – trotz eines größeren betrieblichen Aufwandes als bei normalen Kartoffeln – einen höheren Gewinn abwerfen. Um den Gewinn weiter zu steigern, stieg Familie Moser in die Direktvermarktung ein. Bisher findet der saisonal beschränkte Verkauf von Produkten allerdings vorwiegend

in einer Garage auf dem Hof statt, die zukünftig zu einem attraktiven Hofladen ausgebaut werden soll.

Mulchsaat und pfluglose Bodenbearbeitung gegen Erosion

Eduard Steigerwald bewirtschaftet einen landwirtschaftlichen Betrieb in Kirchhardt/Bockschaft, wenige Kilometer westlich von Heilbronn, als einen von mehreren Standorten der Südzucker AG. Neben dem Anbau von Weizen, Gerste und Rüben werden auf den zumeist stark erosionsgefährdeten Flächen verschiedene Versuche zur schonenden Bodenbearbeitung durchgeführt. Diese Versuche werden vom Göttinger Institut für Zuckerrübenforschung wissenschaftlich begleitet. Die Mulchsaat in Zusammenhang mit pflugloser Bodenlockerung gilt auf dem Betrieb eher als Standard denn als

Besonderheit. Auffallend ist auch der große Anteil an Stilllegungsflächen (70 ha) und der intensive Zwischenfruchtbau. Der moderne und schlagkräftige Maschinenpark des Betriebes wird gemeinsam von allen in der Nähe befindlichen Standorten der Südzucker AG genutzt, was dazu beiträgt, Maschinenkosten und Personalkosten pro Hektar gering zu halten. Das Erntegut (z. B. Zuckerrüben) wird aus Kosten- und Zeitgründen durch eine Spedition abgefahren. Da das Überladen auf spezielle Wagen während der Fahrt stattfindet, konnte die Flächenleistung der Erntefahrzeuge um ca. 25 % gesteigert werden. Eine Belastung stellt für die Südzucker-Betriebe die Instandhaltung der zahlreichen, zu den gepachteten Hofstellen gehörenden Gebäude dar, die wegen der großen Maschinen überwiegend nicht genutzt werden können. bu

Exkursion D:

Innovative Landwirtschaft in der Veredelungsregion Hohenlohe

Netzwerke und Kooperation

Zusammen mit OLR Eberhard Merk-Wiegel, Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum, Stuttgart, sowie Reiner Groß, Reiseleiter und Landwirt, führte die Exkursion in die Landkreise Hohenlohekreis und Schwäbisch Hall, dem Kerngebiet der Region Hohenlohe.

Mehr als nur „Nudeln vom Specht“

In dem kleinen und etwas abgelegenen Ort Orendelsall unweit Forchtenberg befindet sich der landwirtschaftliche Betrieb von Andrea und Rainer Specht mit Tierhaltung, Ackerbau, Forstwirtschaft und Direktvermarktung. Zzt. werden ca. 2 800 Legehennen, gut 1 800 Mastschweine und auf 12 ha absolutem Grünland 9 Mutterkühe gehalten.

Während die Legehennen innerhalb des Ortes in einem Betriebsgebäude neben dem Wohnhaus untergebracht sind, stehen für die Schweine zwei Aussiedlerställe zur Verfügung. Der neuere von beiden mit 960 Mastplätzen wurde 1998 gebaut. Als die Stadt Forchtenberg ein in der Nähe ausgewiesenes Gewerbegebiet erschließen und vermarkten wollte, gab es aufgrund von Geruchsbelästigungen durch die Mastanlage Probleme mit dem Verkauf der Grundstücke. Schließlich erklärte sich die Stadt Forchtenberg bereit, die Kosten für die Anschaffung und den Betrieb einer Abluftreinigung zu übernehmen. Allein die Installation des sog. Biowäschers, bei dem bestimmte Füllkörper und mit Bakterien angereichertes Regenwasser aus einer Zisterne zum Einsatz kommen, belief sich auf rd.

75 000 €. Darüber hinaus habe die Stadt zugesichert, so der Betriebsleiter, 50 % der Kosten für die Abluftreinigung des noch für 2005 geplanten dritten Schweinestalls zu übernehmen.

Auch in der Legehennenhaltung, der Vermarktung und der Verarbeitung der Eier fand in den letzten Jahren eine Weiterentwicklung statt. So wurde z. B. eine Käfiganlage durch einen Volierenstall ersetzt. Schritt für Schritt konnte die vor zehn Jahren begonnene Nudelherstellung erweitert werden. Die wöchentlich produzierte Menge an Nudeln in über 40 verschiedenen Sorten beträgt mittlerweile 170 kg, für welche die ursprünglich vorgesehenen Bruch- und Kleineier längst nicht mehr ausreichen. Verkauft werden die Nudeln im eigenen Hofladen und



Betrieb Specht: 40 verschiedene Nudelsorten

Abluftreinigung mit dem Biowäscher

Hybridrasse „Weißer Neuseeländer“

an andere Landwirte/-innen, die ihr Hofladensortiment damit vergrößern. Auf dem Hof arbeiten das Betriebsleiterehepaar, der Vater des Betriebsleiters, ein Auszubildender und jeweils eine Aushilfskraft in den Bereichen Eiersortierung und Nudelherstellung. Für die Bewirtschaftung der ca. 100 ha Ackerfläche hat sich der Betrieb einer Maschinengemeinschaft von Nachbarn angeschlossen. Nur die Maisernte mit anschließender Verarbeitung zum Corn-Cob-Mix wird von einem Lohnunternehmer durchgeführt.

Kaninchenzucht auf dem Familienbetrieb Bauer

Als Ergänzung zu Ackerbau (80 ha) und Schweinehaltung fingen Margit und Manfred Bauer 1979 mit 50 Muttertieren an, Kaninchen zu züchten. Der neue Betriebszweig gedieh und löste die Schweinehaltung 1985 vollständig ab. Heute werden auf dem Betrieb in Neuenstein-Lohe 1 200 bis 1 500 Häsinnen (Hybridrasse „Weißer Neuseeländer“) und 100 Rammler („Deutscher Riese“) gehalten. Eine Häsin wirft binnen ihrer einjährigen Nutzungsdauer ca. 50 Junge, die nach dem Absetzen etwa zwei Monate mit zugekauftem Fertigfutter aus Luzernegrünmehl und Getreide gemästet werden. Der Betrieb verfügt über 18 000 Mastplätze; die Käfige, die

sich je drei Tiere teilen, haben Drahtböden. Die technische Ausstattung der Stallgebäude wurde kontinuierlich verbessert. Vorgänge wie Fütterung und Entmistung der Gülle laufen automatisch ab, daneben sorgen Systeme zur Be- und Entlüftung sowie Heizung und Kühlung für ein optimales Stallklima. Bedingt durch die Krankheitsempfindlichkeit der Tiere ist die Einhaltung eines sehr hohen Hygienestandards erforderlich. Hierzu gehört z. B. die konsequente Reinigung und Desinfektion der Stallungen.

Seit Anfang der 90er Jahre betreibt die Familie eine eigene Schlachtereie. An zwei Tagen pro Woche werden 600 bis 800 Tiere geschlachtet. Kaninchenfleisch zeichnet sich durch einen hohen Nährstoffanteil sowie durch einen niedrigen Fettgehalt aus; vom vorzüglichen Geschmack der auf dem Hof hergestellten Kaninchenprodukte wie Wurst und Fleischkäse konnten sich die Exkursionsteilnehmer/-innen selbst überzeugen. Die Vermarktung der vielfältigen Spezialitäten, aber auch von lebenden Kaninchen erfolgt im zum Betrieb gehörenden Hofladen, auf regionalen Wochenmärkten, an Wiederverkäufer sowie an Gastronomiebetriebe im gesamten Bundesgebiet.

Abgesehen vom Betriebsleiterehepaar sind drei Vollzeit- und

sechs Aushilfskräfte mit der Kaninchenaufzucht bzw. der Vermarktung beschäftigt. Zzt. wird der Bau einer Biogasanlage zur Nutzung der Kaninchengülle sowie von Räumlichkeiten zur Fleischzerteilung und Abpackung, z. B. von Kaninchenbrust oder -schenkeln, geplant.

Familienbetrieb Blumenstock – „Gläserne Produktion“ bei der Rindfleisch-erzeugung

Der in Kirchberg/Jagst (Ortsteil Kleinallmerspann) gelegene Betrieb von Martha und Harald Blumenstock umfasst Bullen- und Schweinemast, Ackerbau sowie eine Verschlussbrennerei (1 000 hl Brennrecht). Winterdienst für die Kommune, Grünlandpflege in Gewerbegebieten und die Tätigkeit des Betriebsleiters als Berufsschullehrer stellen zusätzliche Einkommensquellen dar.

125 ha Fläche liefern sowohl die Rohstoffe für die Brennerei – Weizen und Triticale – als auch einen Großteil der Futtermittel. Bewirtschaftet werden die Flächen in Kooperation mit zwei Betrieben, mit denen eine Maschinengemeinschaft für sämtliche Maschinen besteht, und durch den Maschinenring. Eine Besonderheit des Betriebes ist die Art der Rindfleischherzeugung. Die insgesamt



Auslauf der Fleckvieh-Bullen



Tierschau in der Arena Hohenlohe

rd. 250 Bullen werden in zwei verschiedenen Haltungsformen gemästet, wodurch sich die Fleischqualität unterscheidet.

Das sog. Premium-Rindfleisch, das ausschließlich und i. d. R. zu einem vergleichsweise hohen Preis an bestimmte Metzgereien vermarktet wird, stammt von etwa 11 Monate alten Tieren. Im Gegensatz zu HQZ-Rindfleisch (**H**erkunfts- und **Q**ualitätskennzeichnung in Baden-Württemberg) ist die Erzeugung von Premiumfleisch an eine Aufstallung auf Stroh gebunden. Die Schlempe aus der Brennerei wird für die bis zu 18 Monate lang gemästeten HQZ-Bullen als Futtermittel genutzt, kommt aber bei den Premiumbullen nicht zum Einsatz. Obwohl es auf dem Betrieb keine Milchwirtschaft gibt, handelt es sich bei den Rindern nicht um eine ausgesprochene Fleischrasse, sondern um Fleckvieh. Dieses passe besser zu den Verbraucherwünschen, so die Betriebsleiterin. Die Bullenkälber werden bei Berufskollegen/-innen oder in der Arena Hohenlohe, dem nächsten Exkursionsziel, zugekauft.

Um die Verbraucher/-innen geht es auch beim Landesprogramm „Gläserne Produktion“, in dessen Rahmen die Familie Blumenstock ihren Betrieb – gegen Entgelt – für Besuchergruppen öffnet. Der engere Kontakt zwischen Konsu-

menten/-innen und Landwirtschaft soll die Transparenz im Lebensmittelsektor verbessern und somit die bäuerliche Landwirtschaft in der Region erhalten. Jedes Jahr besichtigen rd. 50 Gruppen den Hof.

Das Ehepaar Blumenstock bewirtschaftet den Betrieb gemeinsam mit den Söhnen, einem Auszubildenden sowie einer Mitarbeiterin auf 400-Euro-Basis. In Eigenverantwortung halten die Söhne auf einer zugepachteten Hofstelle 250 Sauen mit Ferkelaufzucht, „damit sie sich frei entfalten können“, erklärte die Mutter.

Zentrale Vermarktung von Zuchtvieh in der Arena Hohenlohe

Die erst im März dieses Jahres eröffnete Arena Hohenlohe befindet sich nur wenige 100 m vom Betrieb der Familie Blumenstock entfernt, etwas außerhalb von Ils-hofen. Vor dem Hintergrund, dass kleinere regionale Märkte an Bedeutung verlieren und sich der Tierhandel in zunehmendem Maße an wenigen größeren Umschlagplätzen abspielt, schuf die Rinderunion Baden-Württemberg e.V. mit der Arena Hohenlohe ein neues Vermarktungszentrum.

Im Wesentlichen besteht der Gebäudekomplex, für den insgesamt 1 ha überbaut wurde, aus einer multifunktionalen Rundhalle

mit fast 2 000 Sitzplätzen und drei Ställen, in denen 250 Stück Großvieh sowie 700 Kälber Platz finden. Bei einem Investitionsvolumen von ca. 9 Mio. • hat das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum des Landes Baden-Württemberg den Bau der Arena Hohenlohe mit 3,3 Mio. • unterstützt. Neben den Auktionen und Tierschauen der Rinderunion, kann die Arena Hohenlohe z. B. auch für Konzerte oder Sportveranstaltungen genutzt werden. Die Mietkosten betragen 4 000 • pro Tag, wobei der Landwirtschaft nahestehende Organisationen 50 % Rabatt erhalten.

Rd. 20 000 landwirtschaftliche Mitgliedsbetriebe werden von der Rinderunion Baden-Württemberg e.V. in Fragen der Besamung, Zucht und Vermarktung betreut. Auf den Mitgliedsbetrieben stehen fast 190 000 Herdbuchkühe 23 verschiedener Rassen. Pro Jahr vermarktet die Rinderunion über 40 000 Rinder; davon werden bis zu 1 000 Tiere exportiert. Durch die Einrichtung des Vermarktungszentrums könne die Rinderunion besser auf die zeitliche sowie züchterische Situation der Landwirte/-innen eingehen und sich verstärkt der Erschließung von europäischen bzw. internationalen Märkten widmen.

Fotos: C. Elbel, M. Busch, Rinderunion Baden-Württemberg e.V.

ce



Foto: M. Busch

Die Altstadt von Bad Wimpfen



Foto: M. Busch

Bergwerk Bad Friedrichshall-Kochendorf



Foto: M. Busch

Die Fahrstühle bringen jeweils etwa 10 Besucher/-innen zu den Abbaukammern.

Abschlussexkursion im Landkreis Heilbronn:

Mittelalter, Salz & Wein

MinDirig. Joachim Hauck, LD Otto Dürr und MR Hans-Peter Riedlberger aus dem Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum, Stuttgart, begleiteten die Teilnehmer/-innen zu den drei Exkursionszielen in der Region nördlich von Heilbronn.

Bad Wimpfen – moderner Kurort mit mittelalterlichem Flair

Vis-a-vis der Jagstmündung, etwa 10 km nördlich von Heilbronn, befindet sich die knapp 7 000 Einwohner/-innen zählende Stadt Bad Wimpfen. Ihr Zentrum, die einst größte staufische Kaiserpfalz nördlich der Alpen, ragt hoch über das Neckarufer hinaus, wohingegen sich die Wimpfener Talstadt im Umfeld eines römischen Limeskastells bzw. ab dem 10. Jahrhundert der Ritterstiftskirche St. Peter entwickelte.

Die um 1200 angelegte Pfalz mit Staufertor, Blauem und Rotem Turm, Steinhaus, Palas sowie Pfalzkapelle diente den umherreisenden Herrschern wie Friedrich I. Barbarossa, Friedrich II. oder Heinrich VII. zum Aufenthalt und zur Rechtsprechung. Nach dem Ende der Stauerzeit im Jahr 1268 behauptete sich Wimpfen am Berg als freie Reichsstadt, in der das Handwerk, der Handel und die Landwirtschaft florierten. Im 15. Jahrhundert wurde die Talsiedlung in das Gebiet der Bergstadt, deren Grenze sich inzwischen kranzförmig von der Pfalz weg bewegt hatte, eingegliedert.

Zu Beginn der Neuzeit ging es mit der Reichsstadt bergab. Wirtschaftliche Konkurrenz und der Dreißigjährige Krieg beschleunigten schließlich ihren Verfall. Zum Wiederaufbau der verwüsteten Stadt, die nach dem Krieg noch

37 Familien, ein Zehntel der Vorkriegsbevölkerung zählte, wurden Teile der Kaiserpfalz und der Stadtbefestigung als billige Steinbrüche genutzt.

Erst 150 Jahre später erlebte die verarmte Stadt einen spürbaren Aufschwung. Im Zuge der Säkularisation endete die rd. 500 Jahre währende Zeit als Reichsstadt; 1803 wurde Wimpfen Hessen-Darmstadt als Exklave zugesprochen, wodurch sich die Situation etwas verbesserte.

Von durchschlagender Bedeutung war der erfolgreiche Versuch in Wimpfen Sole zu fördern. Die Sole aus der 1817 gegründeten Saline Ludwigshall ließ Wimpfen zu einem beliebten Badeort werden. 1835 eröffnete das erste Kurhotel. Es zog nicht nur Heilungssuchende aus ganz Deutschland an, sondern brachte auch den langsam beginnenden Fremdenverkehr in Gang. Das Prädikat „Bad“ erhielt die Stadt 1930.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, den Bad Wimpfen weitgehend unbeschadet überstand, musste die Frage nach der politischen Zugehörigkeit neu beantwortet werden. Letztendlich schuf eine Volksabstimmung Klarheit: Seit 1952 gehört Bad Wimpfen zum baden-württembergischen Landkreis Heilbronn.

Die Altstadt am Berg wurde inzwischen aufwendig saniert und ist heute die besterhaltene Kaiserpfalz von Deutschland.

Eine Untertageerfahrung im Bergwerk Bad Friedrichshall-Kochendorf

Ganz in der Nähe, an der Stelle, an der Jagst und Kocher in den Neckar münden, liegt Bad Friedrichshall. Die Stadt entstand 1934/

35 durch den Zusammenschluss der Gemeinden Kochendorf, Jagstfeld und Hagenbach. Auch hier baden Einheimische und Gäste in der Sole z. B. im Solefreibad oder Kindersolebad. Gleichwohl ist Bad Friedrichshall kein Kurort im herkömmlichen Sinne, sondern eher ein Industrie- und Gewerbestandort. Sein Name geht auf den ersten württembergischen König Friedrich I. zurück, der zu Beginn des 19. Jahrhunderts im Umkreis der heutigen Stadt nach Salz bohren ließ. Sein Sohn, König Wilhelm I., nannte die 1818 in Betrieb gegangene Saline „Friedrichshall“.

Kurz vorher, im Jahr 1816, glückte in Jagstfeld die Erschließung eines (festen) Steinsalzlagers, ein zu jener Zeit sensationelles Ereignis. Nach einem Fehlversuch konnte 1859 der erste Schacht in Jagstfeld abgeteuft werden, er blieb rd. 35 Jahre in Betrieb. Auf die Gründung der Firma Salzwerk Heilbronn AG im Jahr 1883 folgte 1899 die Errichtung des Bergwerkes in Kochendorf, wo bis 1994 Salz abgebaut wurde. Infolge der Steinsalzförderung entstanden im Umkreis von nur wenigen Kilometern ca. 1 800 Abbaukammern. Jede Kammer ist 200 m lang, 15 m breit und 10 bis 20 m hoch.

Heute dient der Standort in Kochendorf als Besucherbergwerk, in dem 200 Mio. Jahre Erdgeschichte und die Welt der Bergleute erlebt werden können, sowie als unterirdische Lagerstätte. Ein Förderkorb brachte die Exkursionsteilnehmer/-innen 180 m in die Tiefe, wo ein zweistündiger Rundgang durch die riesigen Hohlräume und endlosen Verbindungsgänge einen Eindruck von der Gewinnung des „weißen Goldes“ hinterließ. Eine Sonderausstellung in einer der unterirdischen Hallen erinnert an ein KZ, aus dem Arbeiter/-innen für die Rüstungsindustrie im Bergwerk Kochendorf gearbeitet hatten.

Die Einlagerung von Kunstschätzen und Dokumenten in den un-

terirdischen Kammern erfolgte bereits während des Zweiten Weltkrieges. Seit mehr als zehn Jahren dient die Grube Kochendorf sowohl als Untertagearchiv für die Aufbewahrung von Wertgegenständen sowie Datenträgern verschiedenster Art als auch der Lagerung von Abfällen wie Rauchgasrückständen oder Schlacken aus Müllverbrennungsanlagen, belasteten Böden und anderen schädlichen Stoffen. Die Abfälle werden verpackt oder als Schüttgüter zum Versatz der Hohlräume verwendet. Wasserdichte Schichten z. B. aus dem Mineral Anhydrit gewährleisten, dass es in den Hohlräumen, in denen eine konstante Temperatur von 18°C herrscht, trocken bleibt.

Deutschlands älteste Weinbauschule in Weinsberg ist technisch auf dem neuesten Stand

Die Strecke nach Weinsberg ließ bereits erahnen, dass der dritte Zielort der Exkursion einen oenologischen Inhalt besaß. Rebhänge umsäumen die ca. 4 km östlich von Heilbronn gelegene Stadt, in der gut 11 000 Menschen leben und deren Weinbaufläche 424 ha umfasst. 1868 wurde hier eine der ersten Weingärtnergenossenschaften Deutschlands gegründet.

Im selben Jahr erfolgte die Einrichtung der Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau (LVWO), damals als Königliche Weinbauschule. Sie ist die älteste Bildungs- und Forschungsstätte dieser Art in Deutschland. Ihr Angebot, das von einer internationalen Schülerschaft in Anspruch genommen wird, reicht von der Ausbildung zum/zur staatlich geprüften Techniker/-in für Weinbau und Kellerwirtschaft sowie zum/zur Wirtschaftler/-in für Wein- oder Obstbau über Meistervorbereitungskurse bis hin zu Erwachsenenfortbildung z. B. zu neuen Verfahren bzw. gesetzlichen Vorgaben.



Foto: M. Busch

Sektprobe auf dem Hof der Weinbauschule



Foto: M. Busch

Holzfüßer im Weinkeller der Weinbauschule



Foto: I. Fehring

Moderne Kelteranlage der Weinbauschule

Eine Selbstverständlichkeit ist die Verbindung von Theorie und Praxis insbesondere bei der zweijährigen Ausbildung der 25 Techniker/-innen pro Jahrgang. Die Weinbauschule besitzt eine hochmoderne Kelteranlage und ein neugebautes Kellereigebäude, in welchen die verschiedensten technischen Verfahren erprobt werden. Hier finden Untersuchungen und Experimente z. B. im Hinblick auf den biologischen Säureabbau, die Gärtemperaturführung oder den Holzfassausbau statt. Zu den Errungenschaften der LVWO gehört die Entwicklung der Kurzzeithocherhitzung von Maische, eine Methode zur Gewinnung farb-

kräftiger Rotweine. Ein umfangreiches Forschungsfeld ist der Weinausbau in Barriquefässern (Eichenholzfässern) oder in Edelstahlfässern, z. B. durch Zusätze wie Holzchips, eine innerhalb der EU bislang nicht zugelassene Praktik.

Darüber hinaus führt die LVWO auf 40 ha Reb- sowie 35 ha Obstfläche Versuche in den Bereichen Züchtung z. B. pilzresistenter Sorten, Anbautechnik, Arbeitswirtschaft, Rebschutz und -ernährung durch. Umweltschonende und ökologische Produktionsweisen rückten dabei stärker in den Vordergrund, weil Probleme wie die

Nitratbelastung des Grundwassers in Weinanbaugebieten verstärkt auftraten.

Neben Weinen stellt die LVWO Sekt, Edelessige aus Obst oder Wein, Destillate wie Kirschwasser, Öle z. B. aus Traubenkernen oder Walnüssen u. v. m. her. Die Erzeugnisse werden unter der Bezeichnung „Staatsweingut Weinsberg“ vermarktet. Dass großer Wert auf eine kreative, stilvolle Ausstattung gelegt wird, bekundet sowohl das Design des neu eröffneten Präsentations- und Verkaufsräumens als auch die Aufmachung der Flaschen.

ce

Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin Festrednerin bei der ASG-Herbsttagung



Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, Rechtsanwältin und Politikerin, wurde 1943 in Pressburg (Bratislava), geboren. Nach dem Studium der Geschichte, Rechtswissenschaft und Politikwissenschaften in Tübingen und Berlin sowie ihrer Promotion war sie zunächst in Stuttgart, dann in Berlin als Rechtsanwältin zugelassen. Sie ist verheiratet und Mutter von zwei erwachsenen Kindern.

1972 wurde die SPD-Politikerin mit 29 Jahren in den Deutschen Bundestag gewählt, dem sie seither angehört. Von 1980 bis 1983 war sie Vorsitzende des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages. Nach der Bundestagswahl 1983 wurde Däubler-Gmelin zu einer der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt, was sie bis 1993 blieb. Als stellvertretende Parteivorsitzende der SPD wirkte sie von 1988 bis 1997. In den Jahren 1994 bis 1998 war Däubler-Gmelin Vorsitzende der Arbeitsgruppe Rechtspolitik und Justitiarin der SPD-Fraktion. Das Amt der Bundesjustizministerin hatte sie von 1998 bis 2002 inne. Seit 1996 ist sie Honorarprofessorin am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin.

Däubler-Gmelin engagiert sich darüber hinaus in einer Vielzahl von Verbänden und Institutionen. Sie ist u. a. Mitglied bei der Arbeiterwohlfahrt, den Naturfreunden, der Marie-Schlei-Stiftung

und dem Kuratorium Lebenshilfe. Weiterhin betätigt sie sich als Schirmherrin der Deutschen Morbus-Crohn/Colitis Ulcerosa Vereinigung e.V. (DCCV), der Deutschen Gesellschaft für Muskelkranke, der Epilepsie-Selbsthilfegruppen Baden-Württemberg, der Skoliose-Kranken sowie der BAG Hospizbewegung. Besonders kümmert sie sich um den Schutz der Schwächeren in der Gesellschaft, die weltweite Durchsetzung von Menschen- und Bürgerrechten, die Modernisierung von Recht und Justiz, die Sicherung des Zugangs zu modernen Kommunikationsmitteln und die Ausgestaltung der EU zu einer demokratischen, sozialen und rechtsstaatlichen Gemeinschaft.

Im Rahmen der ASG-Herbsttagung wird Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, seit 2002 Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, den Festvortrag zum Thema „EU-Agrarpolitik und Globalisierung“ halten. **OS**

Interview mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, Dr. Gerald Thalheim*



Dr. Gerald Thalheim gehört seit 1991 dem Deutschen Bundestag als Mitglied der SPD-Fraktion an. 1998 wurde er unter Minister Karl-Heinz Funke Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium. Das blieb er auch nach dem Wechsel zu Renate Künast im Januar 2001. Thalheim tritt nicht mehr für den nächsten Bundestag an. Er scheidet aus freien Stücken aus der Politik aus.

Warum ist es in der Landwirtschaft besser gelaufen als in den meisten anderen Bereichen der ehemaligen DDR-Wirtschaft?

Dr. Thalheim: Meines Erachtens sind dafür im Wesentlichen drei Faktoren ausschlaggebend. Zum einen ist die Umwandlung der ehemaligen sozialistischen Landwirtschaft zumindest zu großen Teilen den Betroffenen selbst überlassen und nicht der Treuhandanstalt übertragen worden. Ich weiß, wie viel Mühen das gekostet hat, zu wie viel Streitigkeiten das geführt hat und dass sich manche frühere LPG-Mitglieder auch heute noch ungerecht behandelt fühlen. Richtig ist aber auch, dass jeder, der einen Betrieb wieder einrichten wollte, dies auch konnte, nicht zuletzt Dank staatlicher Hilfe. Deshalb bleibe ich dabei, es war richtig, dass der Staat sich weitgehend herausgehalten hat. Zum anderen hat eine Rolle gespielt, dass die Landwirtschaftsbetriebe ständig über einen Zugang zu den wichtigen Märkten verfügten. Mit den bestehenden Interventionssystemen der EU bei Getreide und Milch war der Absatz für wichtige Güter der ostdeutschen Landwirtschaft kontinuierlich gesichert.

Anders als in der übrigen Wirtschaft ...

Dr. Thalheim: Richtig. Das ist nach meiner Auffassung ein zentraler Unterschied zur übrigen Wirtschaft. Für viele Industrieunternehmen bedeutete der Zusammenbruch der Märkte das Ende. In der Landwirtschaft verhinderte dies die Intervention. Schließlich hat die Lohnentwicklung maßgeblich zum Überleben vieler Agrarunternehmen beigetragen. Die

Dr. Thalheim: Ebenfalls einen großen. Die Entscheidung, ehemals volkseigene Flächen zunächst langfristig zu verpachten, bevor es zum Verkauf kommt, hat den Betrieben eine stabile Entwicklung ermöglicht. Von großer Bedeutung war auch, dass der begünstigte Flächenerwerb nicht auf Wiedereinrichter und Alteigentümer beschränkt, sondern auch auf die LPG-Nachfolgeunternehmen ausgedehnt wurde. Dies war

“Alles in allem zeigt die Landwirtschaft, wie es insgesamt hätte besser laufen können mit der Umstrukturierung der DDR-Wirtschaft.“

Löhne in der Landwirtschaft stiegen in all den Jahren nicht stärker als die Produktivität. Dadurch bekamen die Betriebe Spielraum zum Investieren. Alles in allem zeigt die Landwirtschaft, wie es insgesamt hätte besser laufen können mit der Umstrukturierung der DDR-Wirtschaft.

Welchen Stellenwert messen Sie der Bodenpolitik bei?

ein wesentlicher Beitrag zur Chancengleichheit für die Rechtsformen.

Welche Fehler hat die Politik bei der Umstrukturierung gemacht?

Dr. Thalheim: Ich bin überzeugt, dass es zu dem damals nach einigen politischen Auseinandersetzungen eingeschlagenen Weg keine vernünftige Alternative gab.

* Interview mit Redaktion „Ländlicher Raum“

Das heißt nicht, dass es in einzelnen Bereichen nicht hätte besser laufen können. Beispielsweise hätte der Staat bei der Vermögensauseinandersetzung möglicherweise etwas weniger zurückhaltend sein und die Menschen stärker über ihre Rechte aufklären können. Die ehemaligen DDR-Bürger waren es eben nicht gewohnt, sich ihr Recht notfalls vor Gericht zu erstreiten. Zu lange hat der Staat meines Erachtens auch dem Treiben unseriöser Berater und Scharlatane vornehmlich aus den alten Ländern zugesehen, die nicht nur enorme materielle Schäden verursacht, sondern auch Vertrauen in die neue Wirtschaftsordnung zerschlagen haben. Dass Landwirtschaftsämter bei den LPG-Umwandlungen ebenso wie die Registergerichte zu wenig hingeschaut haben, ist ebenfalls bedauerlich, war aber wohl aufgrund des erst erforderlichen Verwaltungsaufbaus kaum zu ändern.

Derzeit werden die LPG-Altschulden einer endgültigen Regelung zugeführt. Musste das so lange dauern?

Dr. Thalheim: Natürlich nicht. Ich halte dies tatsächlich für einen großen Fehler, dass man die LPG damals mit den Schulden belastet hatte, die ihnen zu DDR-Zeiten unter völlig anderen Bedingungen auferlegt worden waren. Dies war eine Riesenhypothek für die gesamte ostdeutsche Landwirtschaft. Die jetzt gefundene Ablöseregulation wird dem Staat nicht annähernd die Mittel verschaffen, die man sich damals vorgestellt hatte. Das hätte man alles sehr viel schneller und billiger haben können, hätte man die Altschulden nicht bei den Betrieben belassen, sondern sie gestrichen, wie es übrigens zu großen Teilen in anderen Bereichen der DDR-Wirtschaft erfolgte.

Die Struktur in der ostdeutschen Landwirtschaft ist seit einigen Jahren einigermaßen stabil. Erwarten Sie weitere Veränderungen und wenn ja, in welche Richtung?

Dr. Thalheim: Ich gehe davon aus, dass die Spezialisierung der Betriebe weitergeht. Dies gilt auch für sehr große Betriebe und hängt nicht zuletzt von den Fähigkeiten und Neigungen der Betriebsleiter ab. Das Motto ist: „Jeder macht, was er am besten kann.“

Wachsen oder Weichen heißt es nach wie vor in den alten Ländern. Gilt dies auch für den Osten?

Dr. Thalheim: Ich beobachte, dass sich gegenwärtig selbst größere Betriebe zusammenschließen. Dies wird weitergehen. Das liegt in vielen Fällen daran, dass in den großen Betrieben geeignete

Niederländer inzwischen den Vorsitz in einem Kreisbauernverband übernommen hat. In Thüringen wurde ein Bayer an die Spitze eines Kreisbauernverbandes gewählt. Können Sie sich vorstellen, dass dies im umgekehrten Falle möglich wäre?

Wo sehen Sie die Chancen der ostdeutschen Landwirtschaft in der Zukunft?

Dr. Thalheim: Wenn wir davon ausgehen, dass wir künftig eine „Dienstleistungs- und Rohstofflandwirtschaft“ haben werden, liegen die Stärken der ostdeutschen Unternehmen eindeutig in der Produktion von Rohstoffen für die in-

“Der Nachwuchsmangel insbesondere für Leitungsposten ist einer der gravierenden Engpässe für die weitere Entwicklung der ostdeutschen Landwirtschaft.“

te Führungspersönlichkeiten fehlen. Ohne kompetente Leiter, die in der Lage sind, einen Großbetrieb mit Lohnarbeitskräften zu managen, bleibt diesen Betrieben oft keine andere Wahl als zu fusionieren. Der Nachwuchsmangel insbesondere für Leitungsposten ist einer der gravierenden Engpässe für die weitere Entwicklung der ostdeutschen Landwirtschaft.

Es fällt auf, dass eine Reihe von wirtschaftlich starken Betrieben von Leuten geführt wird, die von außen gekommen sind, sei es aus Westdeutschland oder europäischen Nachbarländern. Wurde Potenzial verschenkt, weil es an Offenheit gegenüber „Ortsfremden“ fehlte?

Dr. Thalheim: Es mag sein, dass es Ängste und Vorbehalte bei den Einheimischen gab, die allerdings z. T. auf den bereits erwähnten schlechten Erfahrungen mit westlichen „Beratern“ beruhten. In vielen Fällen ist die Integration aber erfolgt und gelungen. Ich kenne ein Beispiel, dass ein

dustrielle Weiterverarbeitung, und zwar sowohl im Ernährungsbereich als auch bei nachwachsenden Rohstoffen. Die von der Industrie geforderten großen Mengen an preiswerten Rohstoffen in gleichbleibender garantierter Qualität können nun einmal am besten von größeren Betrieben bereitgestellt werden. Dies schließt nicht aus, dass es auch bei Dienstleistungen wie dem Tourismus in einigen Regionen Chancen gibt. Der Schwerpunkt wird in den neuen Ländern jedoch in Zukunft eindeutig auf der Rohstofflandwirtschaft liegen. Dabei wird auch die Gentechnik eine wachsende Rolle spielen und die Effizienz in der Produktion weiter verbessern.

Reichen dazu die bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen aus?

Dr. Thalheim: Ich will nicht bestreiten, dass das Gentechnikgesetz im Detail noch verbessert werden kann. An den Grundsätzen wie einer wirksamen Haftungsregelung führt jedoch kein Weg vorbei. Ich halte daher die gegen-

wärtige Diskussion über das Gentechnikrecht für unehrlich. Über die Zukunft dieser Technologie wird letzten Endes in den Regalen des Lebensmittelhandels entschieden und nicht in den Detailvorschriften des gesetzlichen Rahmens. Wenn die Befürworter auf Seiten der Wirtschaft tatsächlich davon überzeugt sind, dass die Gentechnik gravierende Vorteile mit sich bringt, dann sollen sie das offensiv vertreten und entsprechende Produkte auf den Markt bringen, anstatt sich hinter der Politik zu verstecken.

Es fällt auf, dass die Tierhaltung in den neuen Ländern seit dem Einbruch nach der Wiedervereinigung im Grunde nicht wieder auf die Beine gekommen ist. Ist der Zug bereits abgefahren?

Dr. Thalheim: Im Großen und Ganzen schon, auch wenn es zuletzt in einigen Ländern eine leichte Aufwärtsentwicklung geben hat. Mich hat überrascht, wie stark die tierische Veredlung zurückgegangen ist. Das hätte ich so nicht erwartet.

Warum findet moderne Tierhaltung selbst in bevölkerungsarmen Landstrichen mit hoher Arbeitslosigkeit so wenig Akzeptanz?

“Ich warne davor zu glauben, dass Arbeitsplätze, die durch Kürzungen der ersten Säule in der Landwirtschaft verloren gehen, durch kurzatmige Maßnahmen in der zweiten Säule kompensiert werden können.“

Dr. Thalheim: Ich nehme das auch erstaunt zur Kenntnis und muss sagen, dass ich die Widerstände für völlig unverständlich und nicht nachvollziehbar halte. Vielen ist der Zusammenhang zwischen tierischer Veredlung und Beschäftigung auf dem Lande offenbar nicht klar oder wird von ihnen bewusst ignoriert. Geradezu unbegreiflich finde ich, wenn sich neben vermeintlichen Tier- und

Umweltschützern auch Kirchenvertreter an den Protesten gegen moderne Tierhaltung beteiligen.

Was kann die Politik tun?

Dr. Thalheim: Nicht viel, außer immer wieder zu informieren, aufzuklären und das Gespräch mit den Gegnern zu suchen, auch wenn es in der Regel nicht leicht ist, sachliche Diskussionen mit diesen Leuten zu führen. In diesem Zusammenhang muss es aber auch darum gehen, falschen Argumenten entgegenzutreten, etwa, dass die Tierhaltung dem Tourismus schade. Niemand kann ernsthaft behaupten, dass drei oder vier neue Stallanlagen in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg den dortigen Tourismus zusammenbrechen lassen, noch dazu wo der sich auf jeweils wenige Landstriche konzentriert. Ich halte das Tourismus-Argument für an den Haaren herbei gezogen. Tatsache ist: Die Anforderungen, die ein Investor heutzutage in Bezug auf Tierschutz, Umwelt und Hygiene erfüllen muss, sind weltweit Spitze. Ich sehe daher nicht, dass Bürgerinitiativen einen sachlichen Grund hätten, gegen solche Anlagen vorzugehen. Die Leute müssen sich entscheiden, ob sie Arbeitsplätze wollen oder eine

Folklorelandwirtschaft, bei der keiner bereit ist, die entstehenden Kosten über höhere Preise zu tragen.

Es gibt in Ostdeutschland beileibe nicht nur die Börde, die Lommatzcher Pflege oder den Klützer Winkel, sondern in weiten Teilen weniger geeignete Agrarstandorte. Wie beurteilen Sie deren Perspektiven?

Dr. Thalheim: Nicht sehr rosig. Ich gehe sogar davon aus, dass es auf diesen Grenzstandorten immer schwerer wird, Landwirtschaft in ihrer bisherigen Ausgestaltung zu erhalten. Meine Befürchtung ist, dass dort ein weiterer Beschäftigungsabbau droht. Die EU-Agrarreform geht gerade auf diesen Flächen mit einer Extensivierung einher, die wiederum mit einem Rückgang an Beschäftigung verbunden ist. Es wird Unternehmen geben, die einen Weg finden, sei es im Tourismus, in der Erzeugung erneuerbarer Energien oder anderem. Die Politik wird über das hinaus, was jetzt besteht, allerdings keinen Beitrag mehr leisten können.

Viele Landwirte sind mit der Agrarpolitik der Bundesregierung und insbesondere von Bundesministerin Künast unzufrieden. Können Sie das nachvollziehen?

Dr. Thalheim: Ich glaube, dass die tatsächliche Lage besser ist als die gefühlte Wirklichkeit. Ich darf daran erinnern, dass mit der EU-Agrarreform, die zu wesentlichen Teilen die Handschrift der Bundesregierung trägt, die Weichen für die Zukunft gestellt sind und den Landwirten Planungssicherheit gegeben wurde.

Die aktuelle Diskussion um die EU-Agrarfinanzierung lässt da gewisse Zweifel aufkommen...

Dr. Thalheim: Ich gebe zu, dass mich die Diskussion in dieser Schärfe und zum jetzigen Zeitpunkt auch überrascht hat. Allerdings werte ich es positiv, dass das Gesamtkonzept der Agrarreform nicht in Frage gestellt wurde. In der EU herrscht breiter Konsens darüber, dass es auch in Zukunft Finanztransfers in die Landwirtschaft geben muss, die gerade auch in den Beitrittsländern für die allermeisten ländlichen Gebiete unverzichtbar sind.

Der Streit geht im Kern um die Frage, ob knapper werdende Mittel künftig auf Direktzahlungen konzentriert oder vornehmlich in

die ländliche Entwicklung fließen sollen. Wie ist Ihre Position?

Dr. Thalheim: Ich warne davor zu glauben, dass Arbeitsplätze, die durch Kürzungen der ersten Säule in der Landwirtschaft verloren gehen, durch kurzfristige Maßnahmen in der zweiten Säule kompensiert werden können. Es gibt zahlreiche Beispiele, die zeigen, dass ländliche Entwicklungsprojekte in sich zusammenfallen, wenn die Förderung ausläuft. Daher bin ich entschieden dafür, am Schröder-Chirac-Kompromiss zur Finanzierung der Direktzahlungen festzuhalten. Diese Vereinbarung ist im Übrigen vom Bundeskanzler zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt worden.

Bei zunehmendem Spardruck könnte auch die degressive Gestaltung der Zahlungen wieder auf den Tisch kommen.

Dr. Thalheim: Die Argumente gegen die Größendegression wären dann die gleichen wie vor zwei Jahren. Die deutsche Nettozahlerposition würde sich nicht verbessern. Für Ostdeutschland würde dies auf die Zerschlagung von

nenalen Alleingängen im Tier- und Umweltschutz. Vorschriften, die über Vorgaben der EU hinausgehen, untergraben die Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Betriebe. Teilen Sie diese Sicht?

Dr. Thalheim: Für diese Kritik habe ich ein gewisses Verständnis. Die Landwirtschaft sieht sich einerseits einem enormen Preisdruck seitens des Lebensmittel-einzelhandels ausgesetzt. Andererseits erhält sie keinerlei Signale, dass ihre Zusatzleistungen vom Handel honoriert werden. Aus diesem Dilemma zwischen gesellschaftlichen Anforderungen und ökonomischen Zwängen gibt es im Grunde keinen Ausweg.

Viele empfinden es bereits als hilfreich, wenn die Politik ein Einsehen in diese Zwänge hätte und nicht unrealistische Erwartungen hinsichtlich des Kaufverhaltens von Verbrauchern hegen würde ...

Dr. Thalheim: Ich kann jedem Landwirt nur raten, die gesellschaftlichen Realitäten zur Kenntnis zu nehmen. Auch die Politik spiegelt letztlich diese Realitäten wider. Die Landwirtschaft sollte

“Ein System, das auf Abschottung sowie Mengenbegrenzung und die Sicherung hoher Erzeugerpreise setzt, hat in zunehmend offeneren Märkten keine Zukunft.“

wettbewerbsfähigen Strukturen hinauslaufen. Leidtragende wären vor allem auch die Beschäftigten in der Landwirtschaft. Hätten wir es nicht geschafft, die Degression zu verhindern, lägen die Einkommen der Beschäftigten in der ostdeutschen Landwirtschaft heute unter dem Arbeitslosengeld II. Allein aus sozialpolitischen Gründen kann eine Größendegression für Deutschland daher niemals akzeptabel sein.

Eine wesentliche Kritik der Landwirte entzündet sich an den natio-

daher nicht den Fehler begehen, alle Probleme an einer bestimmten Person oder Partei festzumachen. Auch ein möglicher politischer Wechsel würde nichts an den gesellschaftlichen Realitäten ändern. Ich nehme zum Beispiel gerne Wetten an, dass auch eine schwarz-gelbe Bundesregierung keine der Maßnahmen zurücknehmen würde, die in den letzten Jahren beschlossen wurden und die zur Einsparungen im Bundeshaushalt geführt haben. Letzten Endes waren die getroffenen Sparmaß-

nahmen wie zum Beispiel beim Agrardiesel auch nur Ausdruck veränderter gesellschaftlicher und politischer Realitäten.

Eine Reihe von Entscheidungen der letzten Jahre tragen speziell Ihre Handschrift. Ich denke neben der Diskussion um die Größendegression an die Verlängerung der BVVG-Pachtverträge oder die Altschuldenregelung. Während Sie in diesen Themen ihre Positionen zumindest annähernd durchsetzen konnten, sind Sie in der Milchpolitik deutlich hinter dem selbst gesteckten Ziel „Lieferrecht“ geblieben. Woran lag's?

Dr. Thalheim: Tatsächlich sind wir mit dem Ziel Lieferrecht angetreten und sind bei der Milchquotenbörse gelandet. Das ist weniger, als wir versprochen hatten. Ich bin aber dennoch nicht unzufrieden, weil das Quotensystem durch die Börse transparent geworden ist. Gleichzeitig sind die Grenzen des Systems offenkundig geworden.

Das heißt, Sie sehen das Ende der Milchquote kommen.

Dr. Thalheim: Ganz deutlich, auch wenn ich keine zeitliche Prognose wage. Ein System, das auf Abschottung sowie Mengenbegrenzung und die Sicherung hoher Erzeugerpreise setzt, hat in zunehmend offeneren Märkten keine Zukunft.

Kurzfristig geht es allerdings darum, die Mengenprobleme auf dem Milchmarkt in den Griff zu bekommen. Warum sind Sie dagegen, die Milchquotensaldierung zu begrenzen?

Dr. Thalheim: Weil dies zu Lasten der Betriebe ginge, die auch in 10 Jahren noch melken werden. Ich bin überzeugt, dass eine Begrenzung der Saldierung der Masse der Milchviehbetriebe kaum helfen würde, weil der Milchpreis kaum stiege. Wenige zukunftsfähige Betriebe würden jedoch massiv geschädigt.

Neues von der agrarpolitischen Bühne:

Neues Spiel, altes Glück?

beleuchtet von Rainer Münch

Ihre Berufung in das sog. Kompetenzteam von Kanzlerkandidatin Angela Merkel war offenbar schon länger beschlossene Sache und beileibe keine Überraschung mehr. Gerda Hasselfeldt, die in vergleichsweise jungen Jahren zwischen 1989 und 1992 dem damaligen Kabinett Kohl zunächst als Bundesbau- und anschließend als Bundesgesundheitsministerin angehörte, feiert mit ihrer Nominierung für den erlauchten Kreis potenzieller zukünftiger Bundesminister ein zumindest für die breite Öffentlichkeit erstaunliches politisches Comeback. Sie soll in den Bereichen Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Umwelt die Positionen von CDU und CSU im Wahlkampf vertreten. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende erhielt damit von ihrer Chefin offenbar den Lohn für rund zweieinhalb Jahre, in denen sie sich in der Fraktion intensiv um Agrarpolitik gekümmert und sich dabei nach dem Urteil nicht zuletzt von Nicht-Parteifreunden erstaunlich tief in die Materie eingearbeitet hat. An Profil konnte Hasselfeldt nicht zuletzt auch deshalb gewinnen, weil sich mit dem Weggang von Peter Harry Carstensen nach Schleswig-Holstein ein agrarpolitisches Vakuum bei der Union bildete, mit dessen Ausfüllung sich die CDU-Seite lange Zeit ausgesprochen schwer tat. Insbesondere auf dem Felde der Agrarpolitik hat die langjährige Bundestagsabgeordnete die Auseinandersetzung mit der Regierung gesucht. Zwar hat der Verbraucherschutz in der Arbeit der CSU-Politikerin zumindest keine vorrangige und

die Umweltpolitik so gut wie keine Rolle gespielt. Dass sie dennoch auch diese Bereiche vertritt, zeigt, dass es der Union in erster Linie um ein Signal an die traditionell ihr nahe stehenden Landwirte ging, ohne sich dabei dem Verdacht auszusetzen, wie ehemals einen Vertreter der klassischen Agrarpolitik alter Schule am Kabinettstisch platzieren zu wollen.

Dass Hasselfeldt im Falle eines Wahlerfolges der Union in ein aller Voraussicht nach erneutes „Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft“ einziehen würde, ist dem Vernehmen nach noch nicht ausgemacht. Sicher ist allerdings, dass sich die 55-Jährige keineswegs als Zählkandidatin oder Proporzfrau nach dem Motto „bayerisch, weiblich, Fraktion“ versteht. Das hat sie inzwischen eindeutig zu verstehen gegeben, nachdem zwischenzeitlich Zweifel an ihrer Entschlossenheit aufgekommen waren. Mittlerweile scheint Hasselfeldt aber offenbar gewillt zu sein, im Falle eines Falles tatsächlich die in breiten Landwirtschaftskreisen nicht mehr allzu beliebte Renate Künast zu beerben. Dass sie dabei die Rückendeckung von Angela Merkel hat, mit der sie sich öffentlich duzt, darf als gesichert gelten.

Wettbewerbsfähigkeit stärken

Hasselfeldt ist derweil darum bemüht, nicht den zunächst naheliegenden Verdacht aufkommen

zu lassen, sie stehe in erster Linie für eine auf Strukturkonservierung bedachte Agrarpolitik süddeutscher Prägung. Auffällig häufig verwendet sie den Begriff „Wettbewerbsfähigkeit“, die es zu stärken gelte. Fraglich ist, ob dafür der „Abbau von überflüssigen bürokratischen Vorschriften“ und eine „Eins-zu-eins-Umsetzung“ von EU-Vorgaben sowie ein Verzicht auf nationale Alleingänge wie von ihr gefordert ausreichen. Nach wie vor weist die hiesige Landwirtschaft nämlich in Teilen erhebliche strukturelle Defizite gegenüber anderen EU-Ländern auf, wie in einer Analyse des Bundeslandwirtschaftsministeriums soeben erst wieder festgestellt wurde. An einem weiteren Wachstum der Betriebe und Tierbestände dürfte daher auch in Zukunft kein Weg vorbeigehen, auch wenn diese Einsicht nicht zu den – zumindest öffentlich ausgesprochenen – Schlussfolgerungen der gelernten Volkswirtin zählt. Zu Recht weist Hasselfeldt darauf hin, dass sich der Strukturwandel nicht allein über ein Größenwachstum der Betriebe vollzieht und das Schlagwort vom „Wachsen oder Weichen“ die Realität nur unzureichend widerspiegelt. Alles richtig, ändert aber nichts an der Feststellung, dass eine Entwicklung zu größeren Einheiten wohl unvermeidlich ist, vor allem in Westdeutschland und dass dabei Betriebe aufgeben müssen und möglicherweise Arbeitsplätze in der Landwirtschaft verloren gehen. Die Fachleute des Agrarressorts gehen sogar davon aus, dass infolge der EU-Agrarreform die notwendigen Wachs-

tumsschritte in Zukunft größer sein werden als bisher. Dies gilt erst Recht, wenn die grüne Gentechnik, wie von CDU und CSU verlangt, Einzug in die Landwirtschaft hält. Immerhin: Hasselfeldt lehnt ein strukturpolitisches Leitbild des Staates ab, will den Betrieben möglichst viel unternehmerischen Freiraum geben, sich zu entwickeln, akzeptiert die völlig unterschiedlichen Strukturen in Ostdeutschland und bekennt sich zur Chancengleichheit zwischen Betrieben unterschiedlicher Größe und Rechtsform. Ob dieses Bekenntnis so weit reicht, dass sie eine in den neuen Ländern gefürchtete größenabhängige Staffelung der Direktzahlungen ablehnen würde, lässt sie freilich offen. Im Zuge der losgetretenen Diskussion um die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik könnte ein solcher Vorschlag sehr schnell wieder aus einer Brüsseler Schublade gezogen werden, in die er bei den Reformverhandlungen zunächst verschwunden war.

Fragt man Landwirte und ihre Interessenvertreter, was denn ihrer Auffassung nach in der Agrarpolitik der jetzigen Bundesministerin schief läuft, ist neben manchem Handfesten wie etwa nationalen Alleingängen im Tier- und Umweltschutz sehr viel die Rede davon, dass die Landwirtschaft als Wirtschaftsfaktor nicht mehr ernst genommen werde, ökonomische Belange vernachlässigt würden und offenbar Tier- und Umweltschützer mit ihren Forderungen stärker Gehör fänden als diejenigen, die es am ehesten angeht, weil sie mit Ackerbau und Viehzucht und angrenzenden Tätigkeiten nun mal ihren Lebensunterhalt bestreiten. Ob die Lage der meisten Landwirte tatsächlich besser ist als die „gefühlte Wirklichkeit“, wie der scheidende Parlamentarische Staatssekretär Thalheim meint, sei dahingestellt. Unbestritten ist jedoch, dass es auch einen beachtlichen psychologischen Aspekt bei der Beurteilung

der rot-grünen Agrarpolitik gibt. Viele Landwirte haben das unguete Gefühl, da wollten welche ihr politisches Süppchen auf ihre Kosten kochen. Der Deutsche Bauernverband, von der amtierenden Ministerin zum Lieblingsfeind Nr.1 auserkoren und Objekt zahlreicher ministerieller Attacken, hat diesem Unbehagen wiederholt Ausdruck verliehen. Zudem hat der DBV nach seinem Verständnis bereits allzu lange am Katzenstisch Platz nehmen müssen, wenn es darum ging, dem Ministerium seine Sicht der Dinge nahe zu bringen. Hasselfeldt nimmt dieses Unbehagen auf, indem sie versichert, den Betrieben wieder Vertrauen in die Politik geben zu wollen und Berechenbarkeit ankündigt. Dass sie dabei den Anliegen des Bauernverbandes in Inhalt und z. T. in der Wortwahl Rechnung trägt, kann ihr niemand übel nehmen, noch dazu im Wahlkampf. Nicht von der Hand zu weisen ist die Gefahr, dass sich die propagierte „Eins-zu-eins-Umsetzung“ nicht nur auf EU-Vorgaben, sondern auch auf Verbandspositionen beziehen könnte. In diesem Falle könnte erneut sehr schnell der Eindruck entstehen, da gebe es ein Ministerium, das seine Hauptaufgabe darin sehe, die Interessen einer bestimmten Berufsgruppe zu vertreten und durchzusetzen, ohne Rücksicht auf Belange der Verbraucher. Einschlägige Verbände im Umwelt- und Verbraucherbereich dürften einer solchen Gelegenheit schon jetzt in freudiger Erwartung entgegen sehen. Die öffentlichen Diskussionen zu den Hochzeiten der BSE-Krise lassen grüßen.

Keine Verbesserungen bei Agrardiesel und EEG zu erwarten

Allerdings zeichnet sich ab, dass das Verhältnis Bauernverband - Bundeslandwirtschaftsministerium auch nach einem etwaigen Regierungswechsel nicht von reiner Harmonie geprägt sein dürf-

te. Ein erstes Indiz dafür liefert der Agrardiesel, dessen Besteuerung sich im Zuge einer Vielzahl von Kampagnen und Demonstrationen zu einem Thema mit hoher Symbolkraft entwickelt: Nachdem Hasselfeldt noch im letzten Jahr eine Absenkung des EU-weit in der Spitzengruppe liegenden deutschen Steuersatzes in Aussicht gestellt hat, ist davon inzwischen keine Rede mehr. Dafür gebe es gegenwärtig keinen Spielraum im Haushalt, lautet die nachvollziehbare Begründung. Ob diese Einsicht auch hinter den Hoftoren um sich greifen wird, bleibt allerdings abzuwarten. Staatssekretär Thalheim hat inzwischen sogar Wetten angeboten, dass eine mögliche schwarz-gelbe Regierung keine der zuvor von Rot-Grün beschlossenen Einsparungen im Agrarhaushalt rückgängig machen würde. Hasselfeldt hat bislang keine Bereitschaft erkennen lassen, dass sie einschlagen könnte ...

Zum weiteren Zankapfel könnte sich die Förderung erneuerbarer Energien entwickeln. Wiederholt und ausdrücklich hat Bauernpräsident Sonnleitner die grüne Ministerin und ihre Partei für das Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) gelobt. Die Union hat indes angekündigt, das Gesetz spätestens 2007 auf den Prüfstand zu stellen mit dem Ziel, die Förderung effizienter zu gestalten. Zwar versichert Frau Hasselfeldt, dass dies ein normaler Vorgang sei, weil sich die wirtschaftlichen Bedingungen inzwischen geändert hätten, so dass auch die Einspeisevergütung angepasst werden müsste. Dennoch bleibt bei vielen das klamme Gefühl, hier könne letztlich einem Sektor das Wasser abgegraben werden, der drauf und dran ist, für die Landwirtschaft zu einem ganz wichtigen wirtschaftlichen Standbein zu werden. In ungewohnt scharfen Worten hat denn auch Sonnleitner bereits mehrfach die Unionspläne kritisiert, ohne dass sie überhaupt im Detail vorliegen.

Projekt „Landwirtschaft 2015“ des BDL:

So sehen junge Menschen die Landwirtschaft der Zukunft

Im Rahmen des vom Bund der Deutschen Landjugend (BDL) ins Leben gerufenen Projekts „Landwirtschaft 2015“ fand im Juni 2004 eine Zukunftskonferenz statt. Sie hatte zum Ziel, ein Leitbild zur Zukunft der Landwirtschaft zu entwickeln und damit eine aktive Rolle bei der Gestaltung der Zukunft auf dem Land zu übernehmen. Die vorwiegend jungen Teilnehmer/-innen kamen aus der Landwirtschaft sowie den ihr vor- und nachgelagerten Bereichen, aus Bildung und Wissenschaft, Umwelt- und Naturschutz, Kirchen, weiteren Verbänden und Verbrauchergruppen. In der im Mai 2005 erschienenen Dokumentation „Landwirtschaft 2015. Wir bereiten den Weg“ sind die Ergebnisse der Konferenz veröffentlicht.

In zehn Jahren wollen die Konferenz-Teilnehmer/-innen erreicht haben, dass „die Gesellschaft eine aufgeklärte, verständnisvolle und realistische Sichtweise auf den Agrarsektor“ hat. Sich selbst sehen sie 2015 als „jung gebliebene und qualifizierte Fachkräfte in einem anerkannten Beruf, als aktiv gestaltenden Teil der Gesellschaft, als Arbeitgeber im ländlichen Raum und Bewahrer einer intakten Umwelt.“ Sie stellen nicht nur Forderungen an die Politik, sondern verknüpfen diese mit ihrem eigenen Beitrag zur Zukunft der Landwirtschaft. Fünf Anliegen haben sie für die Zukunft hervorgehoben: Ein ausreichendes Ein-

kommen muss erwirtschaftet werden können, ein Gleichgewicht von Ökonomie und Ökologie sowie Gleichberechtigung innerhalb der Europäischen Union sind herzustellen, es ist für motivierten Nachwuchs zu sorgen sowie dafür, dass die Landwirtschaft stärker wahrgenommen wird.

1. Ausreichendes Einkommen erwirtschaften

Als grundlegende Voraussetzung sehen sie an, dass die jungen Menschen, die ihren beruflichen Werdegang in der Landwirtschaft suchen, die Möglichkeit bekommen ein ausreichendes Einkommen zu erwirtschaften. Dieses sollte sowohl den individuellen Lebensstandard erfüllen als auch die Weiterentwicklung und Modernisierung des Betriebes gewährleisten können. Um diese Ziele zu erreichen, sahen die Teilnehmer/-innen es zum einen als notwendig an, dass der/die Landwirt/-in als Unternehmer/-in bestimmten Anforderungen genügt und zum anderen, dass die politischen Rahmenbedingungen der Landwirtschaft förderlich sein müssten.

„Wer wie die Landwirtschaft in hohem Maße öffentliche Güter pflegt und hegt, muss auch die Unterstützung derer einfordern, die diese Güter nutzen. Das ist nicht nur notwendig, sondern auch sinnvoll, wenn man die Landwirtschaft als Dienstleister betrachtet.“

Erik Jennewein, Vorsitzender des BDL, bei der Vorstellung der Publikation



Hinsichtlich der Anforderungen an die Landwirte/-innen wurden persönliche Eigenschaften (innovativ und flexibel sein, unternehmerisch denken etc.) als besonders wichtig eingeschätzt. In Bezug auf die Unternehmensausrichtung und Einkommenssicherung sahen die Teilnehmer/-innen Chancen darin, neue Produktionsfelder zu erschließen und Nischen zu besetzen. Dabei seien die Fortschritte von Forschung und Technik ebenso zu nutzen wie Kooperationen innerhalb und außerhalb der Landwirtschaft, mit Hilfe derer Kompetenzen gebündelt und ökonomischer gewirtschaftet werden könnte. Weitere Anforderungen an die Landwirte/-innen lägen in deren Auftreten gegenüber der Gesellschaft bzw. den Verbrauchern/-innen. Beispielsweise müsse das „Jammern“ der Landwirte/-innen ein Ende haben. Au-



Fotos: M. Busch

ßerdem sahen sie die Notwendigkeit einer qualitativ hochwertigen Ausbildung und hielten es für wichtig, „über den Tellerrand zu schauen“, um Betriebsblindheit zu vermeiden und von Erfahrungen anderer zu lernen.

Hinsichtlich der politischen Rahmenbedingungen sollten insbesondere junge Landwirte/-innen wegen der in der Landwirtschaft kapitalintensiven Investitionen Planungssicherheit erhalten. Nationale Alleingänge, die zu Wettbewerbsverzerrungen auf nationaler und internationaler Ebene führen könnten, wurden abgelehnt. Darüber hinaus sollte die unternehmerische Freiheit in der Landwirtschaft gefördert und nicht durch Vorgaben und unnötige Auflagen blockiert werden. Dazu gehöre auch, den Bürokratieaufwand auf das Nötigste zu beschränken.

Der fortschreitende Strukturwandel in der Landwirtschaft dürfe v. a. mit Blick auf die soziale Sicherung nicht aus den Augen verloren werden. Angesichts der hohen Leistungen, die die junge Landwirtschaftsgeneration für die ältere aufbringe, müsse auch die agrarsoziale Sicherung für den jungen Berufsstand gewährleistet werden. Zu überdenken sei außerdem das eigenständige System in der Agrarsozialversicherung.

2. Gleichgewicht von Ökonomie und Ökologie

Die Teilnehmer/-innen betonten, dass die Landwirtschaft eine große Verantwortung für die Zukunfts-

fähigkeit der ländlichen Räume und für die Gesellschaft trage. Als Herausforderungen für die Zukunft wurden die Erzeugung gesunder Nahrungsmittel für die Bevölkerung bei einer ökonomischen Wirtschaftsweise sowie eine innovative Erschließung der Märkte im herkömmlichen sowie im Non Food-Bereich definiert.

Die Standards für Qualität, Sicherheit, Umwelt und Tierschutz in der Landwirtschaft seien in Deutschland auf einem hohen Niveau. Um ein Gleichgewicht von Ökonomie und Ökologie zu erzielen, wünschten sich die Teilnehmer/-innen von den Verbrauchern/-innen eine Anerkennung ihrer Leistungen durch eine entsprechende finanzielle Honorierung, beispielsweise angemessene Preise für Lebensmittel. Erkennen solle die Gesellschaft auch, dass die Landwirtschaft nicht nur Nahrungs- und Futtermittel produziere, sondern viele Leistungen erbringe, die dem Wohl der Allgemeinheit diene wie z. B. landschafts- und kulturenerhaltende Maßnahmen.

3. Gleichberechtigung innerhalb der Europäischen Union

Die Teilnehmer/-innen kritisierten, dass es in vielen Bereichen der Agrarpolitik nationale Sonderwege gebe, die mit enormen Auflagen für die Landwirte/-innen verbunden seien. Beispiele dafür seien die Bereiche Steuern und Finanzen sowie die Vorschriften in der Tierhaltung und im Umweltschutz. Wettbewerbsverzerrungen

müssten in Europa verhindert werden. Die Landwirtschaft müsse außerdem als einzige wirklich gemeinsame Politik integraler Bestandteil der EU-Verfassung sein. Für die Zukunft der Landwirtschaft in der EU wünschte sich die junge Generation transparente Produktionsvorschriften und eine einheitlich geregelte „gute fachliche Praxis“.

4. Motivierten Nachwuchsgewinnen

Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Überalterung in der Landwirtschaft benötige gerade dieser Sektor zukünftig hoch motivierte Fach- und Führungskräfte. Trotz des gesamtwirtschaftlich betrachteten Mangels an Ausbildungsplätzen und freien Kapazitäten in den grünen Berufen entschieden sich jedoch nur wenige junge Menschen für einen Beruf in der Landwirtschaft.

Um den Berufsnachwuchs zu fördern, müsse das Image der Landwirtschaft in der Öffentlichkeit verbessert werden. Vor allem junge Menschen, die sich in der Entscheidungsphase für den beruflichen Werdegang befänden, müssten über die Vorzüge der Berufe im Agrarsektor aufgeklärt werden. Hierfür sei eine intensive Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit erforderlich, die bereits in den Schulen mit Projektarbeiten zum Thema Landwirtschaft ansetzen sollte. Den Jugendlichen müsse deutlich werden, dass es sich bei den Berufen in der Landwirtschaft um sehr qualifizierte Ausbildun-

gen handele, in deren Verlauf ein großes Wissen von fachlichen, technischen, kommunikativen und ökonomischen Kenntnissen erworben würde.

Um junge Menschen für die Landwirtschaft und das Leben auf dem Lande zu begeistern, müssten die Lebensbedingungen in ländlichen Regionen unter Mithilfe aller Akteure attraktiver gestaltet werden.

5. Anliegen der Landwirtschaft stärker in die Öffentlichkeit tragen

Das fünfte Anliegen betraf die Förderung des Bewusstseins der Gesellschaft für die Belange der

Landwirtschaft. Dazu sollten Landwirte/-innen intensiver mit den Medien zusammen arbeiten und öffentlichkeitswirksame Maßnahmen nutzen.

Die Landwirtschaft sei eine innovationsträchtige und leistungsstarke Branche der Gesamtwirtschaft in Deutschland. Ziel müsse es sein, mit realistischen Fakten über die Produktion und deren hoch moderne Ausrichtung zu informieren. Damit solle das Wissen der Bevölkerung, das sich zunehmend von natürlichen Produktionsprozessen entferne, auf einen neuen erweiterten Stand gebracht werden. Wichtig sei eine zweigleisige Aufklärungsarbeit sowohl auf emotionaler als auch auf fachlicher Ebene. Landwirte/

-innen sollten mit Selbstbewusstsein zu ihrem Beruf stehen und dies nach außen zeigen.

Ergebnisse sollen der Politik Impulse geben

Die Ergebnisse der Zukunftskonferenz zur Landwirtschaft dienen dem BDL als Basis für die künftige Junglandwirts/-innen- und Agrararbeit im Dialog mit kooperierenden Partnern und Interessengruppen. Zudem werden sie den Verantwortlichen der Politik mit dem Ziel übergeben, Impulse zur Gestaltung politischer Rahmenbedingungen der Landwirtschaft und des ländlichen Raums zu liefern.

DS

Bundesverband der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften:

Erster kindersicherer Betrieb ausgezeichnet

Ende Juli 2005 zeichneten die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Deutschland den Betrieb von Christa und Alois Rösch in Haidgau, Baden-Württemberg, als ersten kindersicheren Betrieb aus. Mit dieser Auszeichnung im Rahmen der Kampagne „Kinder sicher und gesund auf dem Bauernhof“ (siehe Ländlicher Raum 06/2004, S. 33) soll deutlich gemacht werden, dass Unfallverhütung in einem so wichtigen Bereich, wo jährlich etwa 1 000 Kinder verunglücken, nicht nur auf dem Papier gemacht wird. In Österreich wird im Rahmen der Kampagne ein elektronisches Fahrerassistenzsystem entwickelt, welches auf Personen und Tiere, die sich im Gefahrenbereich landwirtschaftlicher Maschinen befinden, aufmerksam machen und möglichst flächendeckend eingesetzt werden soll.



Sicherheitsmaßnahmen auf landwirtschaftlichen Betrieben verursachen meist nur geringe Kosten

Neben Milchviehhaltung mit Nachzucht (80 Kühe und 30 Jungtiere) bietet der Betrieb Rösch auch Ferien auf dem Bauernhof an. Um Unfälle zu vermeiden, sind Leitern abgesichert, Treppenauf-

gänge mit einem zweiten Handlauf für Kinder versehen, giftige Substanzen unter Verschluss und viele weitere einfache Vorsichtsmaßnahmen getroffen. Hierzu gehört auch, dass der Boden unter den Schaukeln aus Holzhackschnitzeln und nicht aus Beton oder Stein ist. In ihrem Bemühen um Unfallfreiheit weist das Ehepaar Rösch alle Gäste zu Beginn des Urlaubs in einer einstündigen



Fotos: C. Polzer

Hofführung auf mögliche Gefahrensituationen hin. Die Teilnahme daran sei Pflicht und wer sich nicht an Absprachen halte, müsse mit Bewegungseinschränkungen auf dem Hof rechnen, erläutert Christa Rösch. Während 2 % der Eltern meinten, ihre Kinder müssten sich auf dem Hof ohne Einschränkungen bewegen können, seien 98 % dankbar für die Sicherheitshinweise.

Von der Rückfahrkamera auf dem Traktor einmal abgesehen, seien mit den meisten Sicherheitsmaßnahmen nur geringe Kosten verbunden, doch wenn es um Menschenleben gehe, sollte hier nicht gespart werden, so die Betriebsleiterin. Die Rückfahrkamera werde beim Einschalten der Zündung aktiviert und mache am Monitor im Blickfeld des Fahrers den gesamten Heckbereich sichtbar.

Entwicklung eines elektronischen Fahrerassistenzsystems in Österreich

Um elektronische Fahrerassistenzsysteme flächendeckend zum Einsatz zu bringen, wird derzeit in Österreich an einem System gearbeitet, das als Massenware auf den Markt kommen und maximal 100 • kosten soll. Am Institut für Landtechnik der Universität für Bodenkultur, Wien, wurde die Arbeitsgemeinschaft Zeno (ARGE Zeno) ins Leben gerufen, der Vertreter namhafter öffentlicher Institutionen wie der Sozialversicherungsanstalt der Bauern (SVB), der Land- und forstwirtschaftlichen Sozialversicherung Niederbayern/Oberpfalz und Schwaben (LSV), der Industrie, der Presse sowie Industriedesigner/-innen und das Österreichische Kuratorium für Landtechnik (ÖKL) angehören. Kernstück des Fahrerassistenzsystems mit dem vorläufigen Namen LiSa (Live Saver for Children) ist eine elektroni-

sche Kennungsmarke, die Kinder am Körper tragen. Bei Betreten der Gefahrenzone von landwirtschaftlichen Fahrzeugen einschließlich angehängter oder aufgesetzter Geräte wird der Fahrer alarmiert und kann unmittelbar reagieren.

Die technischen Vorarbeiten für das System konnten bisher über ehrenamtliche Tätigkeiten soweit abgeschlossen werden, dass der Nachweis der technologischen Realisierbarkeit für dieses interaktive System mit seinen sehr strengen Mindestanforderungen vorliegt. Für die Entwicklung und Realisierung des Prototyps werden noch Mittel in Höhe von 200 000 • benötigt.

Sicherheitsexperte Prof. Heinrich Stadlmann, SVB, geht davon aus, dass 95 % der tödlichen Unfälle und 60 % der Unfälle mit schweren Verletzungsfolgen durch präventives Handeln wie mehr Aufsicht und eine bessere technische Sicherheitsausstattung zu verhindern seien. Daher verspreche er sich von dem Fahrerassistenzsystem LiSa wesentlich mehr Sicherheit für Kinder auf Bauernhöfen.

Veranstaltungen und Checkliste für mehr Kindersicherheit

Im Rahmen der Kampagne „Kinder sicher und gesund auf dem Bauernhof“ plant der Bundesverband der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in den kommenden Monaten weitere 100 Veranstaltungen, um die Aktivitäten der Betriebe auf dem Weg zu mehr Kindersicherheit noch zu verstärken. Anregungen für Maßnahmen zur Kindersicherheit auf dem Betrieb liefert eine vom Bundesverband entwickelte Checkliste.



Auf dem Monitor im Trecker sind Personen, die sich im Gefahrenbereich befinden, zu sehen

OS

Community Supported Agriculture – ein innovativer Ansatz der Direktvermarktung

„Community Supported Agriculture“ (CSA) ist eine besondere Form der Beziehung zwischen landwirtschaftlichen Betrieben und Verbrauchern/-innen, indem letztere nicht einzelne Produkte kaufen, sondern einen landwirtschaftlichen Betrieb jährlich im Voraus für dessen Leistung entlohnen und im Gegenzug an der Ernte teilhaben. In den USA und Japan weit verbreitet, wird diese Idee bislang in Deutschland nur wenig praktiziert. Als 2004 neu gegründeter Betrieb sammelt die Selbstversorgergemeinschaft Allmende Fläming Brandenburg Erfahrung mit dieser Form der Direktvermarktung und bezeichnet sie als gute Möglichkeit, das Bewusstsein der Verbraucher/-innen für die Bedingungen der Landwirtschaft zu stärken.

Selbstversorgergemeinschaft Allmende Fläming verteilt Produktionsrisiko auf 60 Mitglieder

Jeweils im März werden in der Selbstversorgergemeinschaft Allmende Fläming die Produktpalette und der Finanzbedarf für das kommende Jahr festgelegt. Von den Erzeugern/-innen werden die voraussichtlichen Produktionskosten kalkuliert, die dann unter den Mitgliedern aufgeteilt werden. Die Kunden/-innen können sich entscheiden, ob sie nur einen Genussanteil kaufen, mit dem sie eine festgelegte Menge an Waren beziehen können oder mit einer vollständigen Beteiligung auch Kapital für Investitionen zur Verfügung stellen. Sobald die ersten Produkte geerntet sind, können sie die ihnen zustehende Menge aus einem Lager- und Verkaufsräum des Betriebs decken. Das Angebot richtet sich nach der Ernte. Aufgrund der Art ihrer Beteiligung tragen die Verbraucher/-innen das Ernterisiko mit und bekommen ein Gespür dafür, unter welchen klimatischen Einflüssen hierzulande Landwirtschaft betrieben wird. Die Landwirte/-innen auf dem Hof verstehen sich als Dienstleister/-innen, die im Auftrag



Fotos: S. Mothes

Die Mithilfe der Verbraucher/-innen trägt zur Identifizierung mit dem Produkt bei

der Kunden/-innen deren gewünschte Mengen produzieren.

Neben Gemüse stehen den Verbrauchern/-innen Rind- und Schweinefleisch, Eier sowie Brot aus der eigenen Bäckerei und verarbeitete Produkte in Form von Marmelade, Wurst oder Pesto zur Verfügung. Ergänzt wird das An-

gebot durch Honig einer befreundeten Imkerei. Ziegenmilchprodukte sollen die Warenpalette in Zukunft noch ergänzen.

1 000 • pro Jahr kostet zzt. ein Anteil, der üblicherweise im Voraus zu zahlen ist, aber auch monatliche Raten sind möglich. Schulkinder zahlen die Hälfte, jün-

gere Kinder sind frei. Die Menge an Waren variiere je nach Jahreszeit, so Stephanie Wild, Projektkoordinatorin vor Ort. Im Sommer hätten die Kunden/-innen ein vielseitiges Angebot, während es im Frühjahr manchmal sehr eingeschränkt sei. Alle Produkte würden frisch geerntet und von den Verbraucher/-innen zu Hause gelagert. Kartoffeln würden z. B. nur im Herbst angeboten, so dass der Betrieb keine große Lagerhaltung betreiben müsse.

Zweimal pro Woche können die Mitglieder zur Warenabholung in einen hofladenähnlichen Raum, in dem auch die Mitglieder einer angeschlossenen Foodcoop einkaufen, kommen; für jeden Anteil dürfen sie ein Brot und festgelegte Mengen an Gemüse, Fleisch oder Marmelade mitnehmen. Ihre Kisten packen sie selbst. Produkte, die nur in sehr kleinen Mengen vorhanden sind, würden in gemeinsamer Absprache für Liebhaber/-innen reserviert, von anderen Produkten gäbe es zeitweise eine Fülle, die über den Bedarf der Mitglieder hinausgehe, so Stephanie Wild. Überschüsse würden auf dem LebensGut Lübnitz verwendet.

Der landwirtschaftliche Betrieb in gemeinnütziger Trägerschaft wurde von Mitgliedern des LebensGut Lübnitz, einer Lebensgemeinschaft von knapp 30 Erwachsenen, gegründet. Einige von ihnen sind in der Landwirtschaft tätig oder verarbeiten landwirtschaftliche Produkte, bspw. Obst zu Marmelade, die ebenfalls über die Selbstversorgergemeinschaft Allmende abgesetzt werden. Noch ist mit diesen Tätigkeiten lediglich ein Zusatzeinkommen zu erwirtschaften, langfristig soll der Betrieb jedoch ausgebaut werden, um ein existenzsicherndes Einkommen zu gewährleisten.

In einem Umkreis von 20 km gäbe es bisher 60 Mitglieder, unter ihnen vornehmlich junge Familien oder Wohngemeinschaften, so Wild. Auch kirchliche Gruppen oder Schulen seien vielfach offen

für das Angebot. Wichtig für das Gelingen des Projekts sei eine intensive Kommunikation zwischen dem Betrieb und den Mitgliedern der CSA, die über E-Mail-Rundbriefe regelmäßig über das Hofgeschehen informiert und zu Festen eingeladen würden. Solche Aufgaben könnten auch von Mitgliedern übernommen werden, die im Gegenzug bspw. einen halben Anteil erlassen bekommen könnten. Die Kunden/-innen würden schon heute bei Bedarf zur Mitarbeit auf den Gemüsefeldern eingeladen, was neben der praktischen Hilfe für den Betrieb auch zur verstärkten Identifizierung mit dem Projekt beitrage.

Der enge Kontakt zu den Verbrauchern/-innen fördere deren Sensibilität für regionale Gegebenheiten, z. B. dass Tomaten in Brandenburg nur im Sommer zu genießen sind und die vorhandene Menge an Kartoffeln nicht von ihrem Marktpreis, sondern von den Wachstums- und Erntebedingungen vor Ort abhängt, so die Projektkoordinatorin. Das Auftreten kleinerer Makel wie z. B. Schorf werde in Kauf genommen, da bewusst auf den Einsatz umweltschädlicher Behandlungsmittel verzichtet werde. Manche Kunden/-innen lernten hier erstmals den Zusammenhang zwischen

Jahreszeit und Gemüseangebot kennen.

CSA in den USA und Japan weit verbreitet

In Japan wurde die CSA-Bewegung von ernährungsbewussten Müttern gegründet, die in den 60er Jahren den zunehmend hohen Anteil an importierten Lebensmitteln bei gleichzeitigem Rückgang landwirtschaftlich genutzter Flächen im Inland ablehnten. „Teikei“, zu Deutsch etwa „Partnerschaft“, ist der japanische Ausdruck für diese Form der Versorgung, die inzwischen von Millionen Japanern/-innen genutzt werden soll.

Die Idee der CSA hängt in der westlichen Welt eng zusammen mit dem Begründer der biologisch-dynamischen Landwirtschaft, Rudolf Steiner, dessen Vorstellungen einer Wirtschaftsweise, die auf Vertrauen basiert, hier einfließen. Genaue Quellen fehlen, es gibt jedoch Belege, dass die CSA zunächst auf biologisch-dynamischen Betrieben in Deutschland und der Schweiz angeboten wurde. Von Europa aus brachten Jan Vander Tuin und Trauger Groh unabhängig voneinander das Konzept in den 80er Jahren in die USA, wo es rasche Verbreitung fand. Inzwischen gibt es hier



Mitglieder des LebensGut Lübnitz bei der Kräuterverarbeitung

schätzungsweise 1 000 Betriebe, die in dieser Form organisiert und in Netzwerken miteinander verbunden sind. Internetportale ermöglichen es den Verbrauchern/-innen, den nächsten CSA-Hof in ihrer Umgebung zu finden.

Kennzeichnend für CSA-Betriebe ist die nachhaltige und umweltschützende landwirtschaftliche Produktion. Dies bedeutet u. a., dass sie statt Hochleistungssorten oder -rassen gezielt regionale und an den Standort angepasste Varianten einsetzen. Wegen der breiten Palette an nachgefragten Produkten ergeben sich für den Gemüsebau Mischkulturen, die die Risiken des Schädlingsbefalls gegenüber Monokulturen verringern und von Synergieeffekten zwischen verschiedenen Arten profitieren. Darüber hinaus wird an nicht für die Urproduktion relevantem Aufwand wie Verpackung, verderblichen Überschüssen, Verkauf, Vertrieb etc. gespart. Dieses Geld kann dann für Naturschutz, „ineffiziente“ Kulturen und „faire“ Gehälter eingesetzt werden.

Die CSA ermöglicht auch Betrieben ein Überleben, die unter herkömmlichen Marktbedingungen nicht konkurrenzfähig sind, denn die Mitglieder einer CSA teilen mit „ihrem“ Betrieb die Risiken, die in

einem Wirtschaftsjahr auftreten können. Der Betrieb setzt sich für die bestmögliche Pflege der Kulturen und des Viehbestands sowie für die Erzeugung qualitativ hochwertiger Produkte ein und gibt den Verbrauchern/-innen die Möglichkeit, dies direkt zu überprüfen. Erfahrungen aus den USA zeigen, dass die Verbraucher/-innen sich so stark mit „ihrem“ Betrieb identifizieren, dass sie diesem auch treu bleiben, wenn das Sortiment eingeschränkt ist und sich nicht wieder Verkaufsstätten zuwenden, die ein reichhaltigeres Angebot bereithalten.

Verbraucher/-innen haben Einfluss auf soziale Bedingungen in der Landwirtschaft

Der offene Umgang der US-Amerikaner/-innen mit neuen Ideen sei sehr vorteilhaft für die Entwicklung von CSA in den Vereinigten Staaten gewesen, so Trauger Groh. In Deutschland sei die Frage nach „richtig“ oder „falsch“ viel verbreiteter, obwohl sie im Hinblick auf Formen sozialen Miteinanders, die auch das Wirtschaften einschließen, nie absolut bejaht oder verneint werden könne. Die US-Amerikaner/-innen seien eher bereit, etwas auszuprobieren und prag-

matisch mit eventuell auftretenden Schwierigkeiten umzugehen. Entsprechend sei CSA in den USA so üblich wie hierzulande bspw. die Vermarktung über Abokisten.

Inzwischen sieht Groh, der selbst viele Jahre mit dieser Vermarktungsform gearbeitet hat, jedoch auch die Nachteile der CSA. Bislang werde sie überwiegend von jungen Menschen mit viel Idealismus betrieben. Da in den USA die in Deutschland vorgeschriebene soziale Absicherung fehle, werde aufgrund der niedrigen Gewinne häufig versäumt, an eine Krankheits- und Altersversorgung zu denken. Wichtig sei daher, dass Verbrauchern/-innen auch Verantwortung für Aspekte übernehmen, die in einem erweiterten Zusammenhang mit der Produktion von Lebensmitteln stünden. In einer CSA-Gemeinschaft der USA bspw. hätten die Mitglieder ein Wohnhaus für die Betriebsleiterfamilie finanziert, damit diese in der Nähe ihrer landwirtschaftlichen Fläche wohnen konnte. Die CSA habe zu diesem Zeitpunkt schon 12 Jahre lang bestanden, was deutlich mache, dass die Identifikation mit dem Betrieb und das Verantwortungsbewusstsein für außerlandwirtschaftliche Aspekte eine gewisse Zeit des Wachstums brauche. Wenn die Frage der langfristigen ökonomischen Absicherung geklärt sei, so Groh, sei die CSA ein optimales Modell landwirtschaftlichen Arbeitens. Mit ihr gewönnen Landwirte/-innen die Möglichkeit, sich frei von Fragen nach Absatzwegen auf das nachhaltige Bewirtschaften der Böden und die Tierhaltung zu konzentrieren.

cb



Warensortiment der Selbstversorgungsgemeinschaft im Spätsommer

Weitere Informationen

www.luebnitz.lebensgut.org

Kontakt:
Stefanie Wild
033841 - 3881 - 18
SVG@veb-leben.de

Appetit auf Schule – Leitlinien für eine Ernährungswende im Schulalltag

Dr. Ulla Simshäuser*

Der veränderte Alltag von Eltern und Kindern, eine Pluralisierung der Lebensstile sowie veränderte Essgewohnheiten haben dazu geführt, dass Wissen und Fertigkeiten über gesundes Essen zu Hause immer seltener erworben, außer Haus aber auch kaum Anlässe für den Erwerb von Ernährungskompetenzen geschaffen werden. Wachsende Armut unter Kindern und Jugendlichen führt außerdem dazu, dass viele Schülerinnen und Schüler sich unzureichend und/oder falsch ernähren. Das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) hat im Rahmen des Forschungsprojekts Ernährungswende nun orientierende Leitlinien für die Praxis erarbeitet und während einer Tagung in Berlin vorgestellt. Die Leitlinien sind hier in gekürzter Form wiedergegeben.



Der gesellschaftliche Bildungs- und Erziehungsauftrag schließt Prävention und gesundheitsbezogene Fürsorge ausdrücklich ein. Eltern und Kommune, Wirtschaft und Politik tragen eine neu zu akzentuierende Mitverantwortung für Ernährung und Gesundheit der heranwachsenden Generation. Mit der Einführung von Ganztagschulen und der Einrichtung von Mittagstischen eröffnet sich nun die Chance zu einer nachhaltigen Ernährungswende im Alltag von Kindern und Jugendlichen. Was und wie gegessen wird, wie Ernährung, Bewegung und Entspannung künftig in der Schule erlebt und gelernt werden, wird zu einer Gestaltungsaufgabe aller beteiligten Akteure. Was aber ist eine nachhaltige Ernährung in Schulen? Das Forschungsprojekt Ernährungswende versteht darunter eine Ernährung, die folgende Kriterien erfüllt:

gesundheitsfördernd

Sie ist gesund im ernährungsphysiologischen Sinne und Mahlzeiten können in Ruhe, in der Gemeinschaft, in ansprechenden Räumen sowie mit ausreichend Pausen auch für Bewegung und Entspannung eingenommen werden.

soziokulturell vielfältig

Sie berücksichtigt die Ansprüche unterschiedlicher Altersgruppen, Religionen und Ernährungskulturen.

umweltverträglich

Für die Herstellung und die Auslieferung der Mahlzeiten werden Lebensmittel, Produktionsmethoden und Ressourcen eingesetzt, die die Umwelt vergleichsweise wenig belasten.

alltagsadäquat

Die Realisierung einer gesundheitsfördernden, vielfältigen und umweltverträglichen Ernährung im Alltag führt nicht zu einer Überforderung des Settings Schule – vor allem von berufstätigen Eltern.

Eine Ernährungswende in der Schule umfasst deshalb sowohl Dimensionen der Schulverpflegung als auch der Esskultur und

der Ernährungs- und Verbraucherbildung. Schulverpflegung ist im Rahmen einer Ernährungswende nicht nur ein Verpflegungsangebot, das Schüler/-innen satt macht, sondern ein umfassendes Bildungsinstrument und Teil eines neuen Verständnisses von Schule als Lebensraum.

Ausbau von Ganztagschulen initiiert Debatte über Schulverpflegung

Die Politik hat sich in den letzten Jahren bemüht, eine Trendwende in Richtung Gesundheitsförderung herbeizuführen. Zahlreiche Aktivitäten wurden ins Leben gerufen und Prozesse angestoßen, die den Beginn einer neuen Leitbildentwicklung für die Ernährung von Kindern und Jugendlichen erkennen lassen.

Mit der Verabschiedung des Investitionsprogramms des Bundes zum Ausbau von Ganztagschulen konnte nun eine Debatte über die Notwendigkeit von Schulverpflegung, über ihre Qualitätssicherung und die erforderlichen Rahmenbedingungen sowie über die Mittel für ihre Realisierung eröffnet werden. Auf Bundesebene

* Dr. Ulla Simshäuser, Soziologin und freie Mitarbeiterin des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), Berlin, Fon (06221) 31 46 96, Mail: ulla.simshaeuser@gmx.de



Foto: T. Rosenthal

Die Politik strebt eine neue Leitbildentwicklung für die Ernährung von Kindern und Jugendlichen an: vorne rechts StS. Matthias Beringer, Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, bei der ersten Essensausgabe in der Kasseler Referenzschule

wurden u. a. Internetportale und Informationsmaterialien der Deutschen Gesellschaft für Ernährung, des aid-Infodienstes und der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung erstellt, um Schulen bei der Einführung von Schulverpflegung zu unterstützen. Es folgten Informationsveranstaltungen auf Landesebene, die in Kooperation mit diesen Organisationen und den Landesministerien und Kommunen durchgeführt wurden.

Schulverpflegung wird meistens vom Preis bestimmt

In der Praxis erreichen diese Informationen jedoch die für die Umsetzung Verantwortlichen nur schwer. Erfordernisse einer gesunden Ernährung und Prävention sind vor Ort wenig bekannt und werden bei der Organisation von Verpflegung daher nicht berücksichtigt. Viele Schulen schließen derzeit langfristige Verträge mit Anbietern ab, deren Angebote aus ernährungsphysiologischer Sicht für Kinder und Jugendliche nicht sinnvoll sind. So entwickelt sich die Schulverpflegung zumeist entlang des Preises, d. h. sie ori-

entiert sich allein an den beschränkten kommunalen Haushaltsmitteln. Aufgrund fehlender unterstützender Strukturen werden so Notlösungen zur festen Institution. Letztlich führt die aktuelle Praxis zu einer Überforderung von Schulen. Hier setzen die Leitlinien einer Ernährungswende im Schulalltag an. Sie rufen die Verantwortlichen in Schulen, auf Landes- und kommunaler Ebene dazu auf, jetzt die Weichen zu stellen, damit eine nachhaltige Ernährung und Prävention in Schulen ermöglicht wird.

Vier Leitlinien für eine Ernährungswende im Schulalltag

Ziel der Leitlinien ist es, zentrale Dimensionen einer Weichenstellung für nachhaltige Ernährung in Schulen zu benennen. Adressaten sind vor allem die Entscheidungsträger: Schulträger, Kommunen, politische Akteure auf Bundes- und Länderebene, Kranken- und Unfallkassen sowie Schulleiter, Eltern-, Schüler- und Lehrervertretungen. Die Leitlinien benennen unverzichtbare Orientierungen für die Umsetzung einer Ernährungswende in der Schule unter den aktuellen Bedingungen. Sie stellen Schulverpflegung in den breiteren Kontext einer Ernäh-



Foto: © BLE, Bonn/Dominic Menzler

Hygienische und ökologische Anforderungen müssen erfüllt werden

rungswende sowie des Bildungs- und Erziehungsauftrags von Schule. Hintergrund ist vor allem eine kritische Bilanz aktueller Praxistrends – weniger der wissenschaftliche Diskurs, dessen Kernaussagen zur Thematik weitgehend Konsens sind. Vier Leitlinien werden nachstehend vorgestellt und erläutert. Sie beschreiben im Kern organisatorische und pädagogische Herausforderungen sowie erforderliche Praxisschritte.

1. Lebensraum gestalten

Ziel der Leitlinie „Lebensraum gestalten“ ist es, dass Schüler/-innen gesundes Leben im Alltag erleben und gestalten lernen. Schule hat einen Erziehungs- und Fürsorgeauftrag für die Ernährung und Gesundheit von Schüler/-innen. Mit der Ganztagschule wird Schule für Kinder und Jugendliche ein zentraler Lebensraum. Sie wird so zu einem Ort, der Prävention und Gemeinschaftsbildung fördert oder unmöglich macht. Deshalb kommt es auf seine Gestaltung und die Verständigung aller an. Der gemeinsame Mittagstisch ist ein Instrument, das Ernährungsverhalten und Schulgemeinschaft fördern kann

und soll. Er kann die Toleranz gegenüber anderen Ernährungskulturen und Religionen ebenso selbstverständlich machen wie grundlegende Regeln der Esskultur. Dabei sind folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- Organisation von Frühstück, gemeinsamem warmem Mittagessen und Zwischenmahlzeiten in sinnvollem zeitlichen Abstand. Einhaltung der gerade veröffentlichten Rahmenkriterien (www.schuleplusessen.de) bzw. der D-A-CH-Referenzwerte, auch für die Kioskgestaltung. Regelmäßige Teilnahme von Schülern/-innen und Lehrern/-innen am Mittagessen.

- Bildung schulischer, periodisch tagender Essensbeiräte (Schüler/-innen, Lehrer/-innen, Eltern, Verpflegungs- und Küchenpersonal), die die Qualität des Essens und der Esssituation evaluieren. Regelmäßige Schülerumfragen zur Schulverpflegung, Esssituation als Thema von Klassenbesprechungen.

- Bereitstellung ausreichender Trinkmöglichkeiten auch im Unterricht (organisiert durch Schüler), keine Limonaden.

- Trennung von Bewegungs-, Ess- und Entspannungspausen, keine Zusammenlegung von allem in der Mittagspause.

- Abschaffung der Verpflegung durch Hausmeister, weil hier durch die Koppelung des Angebots an seine Verdienstmöglichkeiten ökonomische Kriterien dominieren und der Erziehungsauftrag nicht umgesetzt werden kann.

2. Kompetenzen stärken

Ziel der Leitlinie „Kompetenzen stärken“ ist eine Professionalisierung aller Akteure des Settings Schule im Bereich von Gesundheitsförderung und Ernährungsbildung als Voraussetzung für eine entsprechende Kompetenzförderung bei Kindern und Jugendlichen.

Ernährungsbildung erfordert Professionalität bei der Planung und Durchführung sowie eine Integration der Verpflegungsqualität und Qualität der Verpflegungssituation in den Bildungsauftrag von Schule. Zusammengefasst geht es um:

- Fächerübergreifenden Unterricht in Ernährungs- und Verbraucherbildung in allen Schulformen.

- Die rasche Umsetzung reformierter Bildungsziele für Ernährungs- und Gesundheitsbildung in den Schulen aller Bundesländer.

- Die Professionalisierung von Lehrern/-innen in Fragen der Gesundheitsförderung, Ernährungs- und Verbraucherbildung durch verbindliche Aus- und Weiterbildung in allen Bundesländern.

- Die Professionalisierung kommunaler Schulträger für die Organisation und Evaluierung einer qualitätsgesicherten Schulverpflegung durch entsprechende Aus- und Weiterbildung.

3. Qualitäten bündeln

Ziel der Leitlinie „Qualitäten bündeln“ ist es, die Qualität von Schul- und Kompetenzentwicklung mit



Foto: P. Sonntag

Der gemeinsame Mittagstisch soll das Ernährungsverhalten und die Gemeinschaft fördern: Erstklässler der Grundschule Britten, Saarland, beim gemeinsamen Mittagessen in ihrer Klasse

der Schulverpflegung zu bündeln, damit die Qualitätssicherung und Organisation von Schulverpflegung mittelfristig zu vereinfachen, ihre soziale Akzeptanz zu erhöhen und ihre Abnahme zu sichern.

Seit kurzem existieren auf Bundesebene Rahmenkriterien für die Schulverpflegung, die auch hygienische und ökologische Anforderungen an die Schulverpflegung stellen. Die Bündelung von Qualitäten schließt ferner auch die pädagogische Verantwortung ein, etwa wenn es um Sponsoring von Schulverpflegung oder die Auswahl von Anbietern geht.

Die bisherige Praxis ist von Qualitätsanforderungen weit entfernt, ganz zu schweigen von „Qualitätsbündelung“. Nur in Ausnahmen haben Bundesländer gesetzliche Bestimmungen oder Richtlinien für die Schulverpflegung erlassen und verbindliche Qualitätskriterien formuliert. Schulen und Schulträger entscheiden in der Regel nach dem Preis. Doch über die Gesamtkosten von Verpflegungssystemen – das sind die Kosten für die Mahlzeiten und weitere Kosten, die durch Betreuungspersonal, Reinigung etc. hinzukommen – sind Schulträger in der Regel nicht im Bilde. Ein Kostenrechnungssystem wird nur selten angewandt. So bleiben die realen Kosten für die Schulverpflegung undurchsichtig.

Daher ist die Schaffung einer neutralen, professionellen und lokal zugänglichen Beratung für Schulträger und einzelne Schulen erforderlich. Eine solche Beratung fördert die Orientierung an umfassenden Qualitätsstandards und ermöglicht deren Evaluierung. So können neue Leistungsanreize für die Anbieter von Gemeinschaftsverpflegung geschaffen werden. Für die Weichenstellung in Richtung Ernährungswende im Schulalltag ist folgendes notwendig:

■ Anwendung der bereits existierenden Rahmenkriterien für Schulverpflegung durch die Schulträger

■ Erweiterung um organisatorisch-entwicklerische, pädagogische und gesundheitsfördernde Kriterien der Schulverpflegung

■ Bündelung zu Mindestanforderungen, Entwicklung integrierter Rahmenkriterien

■ Aufbau eines kontinuierlichen Monitorings und Evaluierung von Qualitätsstandards durch die Schulträger

■ Einrichtung und Förderung lokaler oder regionaler Kompetenzzentren für Schulverpflegung, die Schulträger, Schulen und Eltern professionell und unabhängig beraten und weiterbildend, qualitätssichernd und evaluierend tätig sind

4. Strukturen entwickeln

Ziel der Leitlinie „Strukturen entwickeln“ ist es, die Handlungsmöglichkeiten von Schulen bei der Umsetzung einer Ernährungswende auf Dauer zu stärken.

Aufgrund fehlender Strukturen und verbindlicher Regelungen für die Schulverpflegung wird sie nicht selten zum Spielball unterschiedlicher Entscheidungsebenen und des Wettstreits zwischen Sach- und Entscheidungskompetenz. Oft sucht jede Schule mit ihren Mitteln und einem entsprechend hohen Organisationsaufwand ihre eigene Lösung zu finden.

Ein Haupthindernis beim Aufbau dauerhafter Strukturen der Schulverpflegung liegt in den allgegenwärtigen Haushaltsproblemen der Kommunen. Angesichts der Zunahme von Armut ist es eine nachvollziehbare Sorge der Schulträger, dass Eltern die Schulverpflegung nicht zahlen könnten. Die Entwicklung innovativer Finanzierungskonzepte, die sowohl dem Fürsorgeauftrag von Schule als auch der Finanzlage der Kommunen gerecht werden, muss zur dringenden Schwerpunktaufgabe kommunaler Spitzenverbände, der Kranken- und Unfallkassen und der Ministerien auf Bundes- und Länderebene werden. Es ist erforder-

lich, Strukturbildungsprozesse mit folgenden essenziellen Schwerpunkten einzuleiten:

■ Professionalisierung

Vorhandene Weiterbildungsstrukturen für eine nachhaltige Ernährung müssen für Schulträger und erfahrene Laien zugänglich gemacht, Aus- und Weiterbildungskosten müssen finanziert werden. Reformierte Bildungsziele für Ernährung müssen jetzt durch die Bundesländer verabschiedet und in die Lehreraus- und -fortbildung integriert werden, wobei möglichst bundesweit abgestimmte Lösungen zu bevorzugen sind.

■ Institutionalisierung

Innerhalb von Schulen, aber auch in Kommunen müssen neue Institutionen mit klaren Aufgabenbeschreibungen für die Qualitätssicherung geschaffen werden. Beispiele sind Essensbeiräte auf schulischer und kommunaler Ebene, in denen alle Beteiligten der Schulverpflegung vertreten sind. Auf kommunaler und Landesebene kann die Einrichtung unabhängiger Kompetenzzentren die Beratung und Förderung von Schulen und Schulträgern unterstützen.

■ Qualitätssicherung

Neben der bereits erwähnten Anwendung von Qualitätsstandards wird es für die Qualitätssicherung und Evaluierung langfristig notwendig werden, auf Bundesebene wieder Evaluierungskompetenz aufzubauen, wie sie ehemals bei der Bundesforschungsanstalt für Ernährung vorhanden war, das gesundheitsrelevante nationale Berichtswesen in Sachen Schulverpflegung zu stärken und mit der Gesundheitsberichterstattung zu verbinden.

■ Finanzierung

Auf Bundes- und Länderebene muss es Runde Tische zum Thema Finanzierung für Schulverpflegung geben, an denen kommunale Spitzenverbände zusammen mit Bundes- und Landesministerien die Weichen für eine Ernäh-

rungswende stellen. Zur Debatte stehen Preiserleichterungen für Schulen beim Einkauf, die mit zusätzlichen Struktureffekten verbunden sind: etwa die Förderung von schulübergreifenden Einkaufskooperationen oder die steuerliche Gleichbehandlung von Mahlzeiten mit Lebensmitteln für die Schulverpflegung. Diese Suche nach Finanzierungslösungen muss schließlich mit geeigneten Maßnahmen zur Förderung von effizientem kommunalen Kostenmanagement einhergehen.

Akteure einer Ernährungswende

Eine Ernährungswende in der Schule wird durch den dreifachen Auftrag – Bildung, Erziehung und Fürsorge – eine höchst anspruchsvolle Querschnittsaufgabe, die von vielen Akteuren geschultert werden muss. Erforderlich ist eine gemeinsame Zielverständigung und die Zusammenführung der Handlungspotenziale. Dafür braucht es jetzt eine politische Willensbildung zur Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für eine Ernährungswende. Die Verantwortung dafür teilen sich folgende Akteure:

Ministerien

In Form von ressortübergreifenden Runden Tischen wären jetzt in Abstimmung zwischen Bund und Ländern und in Verständigung mit den kommunalen Spitzenverbänden die wichtigsten Schritte zu beschließen: die Vorgabe von Qualitätskriterien für die Schulverpflegung, die Verankerung von Ernährungsbildung und Gesundheitsförderung im Schulgesetz und die Entwicklung angepasster Finanzierungskonzepte für Schulverpflegung. Ein weiterer Schritt wäre die Verabschiedung refor-

mierter Bildungsziele für Ernährung und Verbraucherschutz, wie sie bereits entwickelt sind (www.evb-online.de).

Kommunale Spitzenverbände

Auch Kommunen und ihre Vertreter/-innen tragen eine geteilte Verantwortung für die Gesundheit von Bürgern/-innen. Die Qualität der Schulverpflegung muss sowohl in ernährungsphysiologischer als auch in erzieherischer Hinsicht gesichert sein, Schulträger tragen hier eine Mitverantwortung.

Elternvertreter/-innen

Sie müssen von Politik und Verwaltung auf allen Ebenen die Einhaltung von Qualitätskriterien in der Schulverpflegung fordern. Darüber hinaus können sie auch auf die Entwicklung geeigneter Finanzierungsmöglichkeiten für die Schulverpflegung drängen, insbesondere auch im Interesse von sozial schwachen Eltern, die ihre Bedürfnisse nicht aktiv formulieren (können).

Wirtschaft

Caterer tragen Verantwortung dafür, die von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) geforderten Qualitätsstandards in der Schulverpflegung nachweislich einzuhalten. Gleichzeitig müsste ihr qualifiziertes Know-how in die Diskussion um geeignete Finanzierungsmodelle für Schulverpflegung eingebunden werden.

Schulträger

Kommunale Schulträger sind beim Thema Schulverpflegung unterschiedlichsten Verwaltungszwängen ausgesetzt. Dennoch sind sie jetzt in der Pflicht, Qualitätskriterien bei der Ausschreibung von Schulverpflegung zu berücksichtigen und ihre Einhaltung in der Praxis zu überprüfen.



Foto: T. Stephan

Caterer wie Dr. Harald Hoppe, Bio-Catering Marbachshöhe, übernehmen Verantwortung für die Einhaltung von Qualitätsstandards

Rektoren/-innen

Sie stehen in der Verantwortung für eine gesundheitsfördernde Schule und die Stärkung der Ernährungskompetenzen ihrer Schüler/-innen. Schulische Organisationsentwicklung für Ernährung und Gesundheit ist eine Führungsfrage, die Ermöglichung von Schüler/-innen-, Lehrer/-innen- und Elternpartizipation liegt in ihrer Verantwortung.

Die vollständige Fassung der „Leitlinien“ ist als Download unter

www.ioew.de
und

www.ernaehrungswende.de

verfügbar oder kann als Broschüre bestellt werden (kommunikation@ioew.de).

Die Forschungsergebnisse des gesamten Verbundes werden im Oktober als Buchpublikation erscheinen.

Projekt „Gläsernes Restaurant“ beim Evangelischen Kirchentag 2005:

Agrar- und Ernährungswende für Großküchen

Jobst Kraus und Christian Schultze*

Während des Kirchentages im Mai 2005 kochten 39 Köchinnen, Köche, Azubis und Praktikanten/-innen, überwiegend aus Akademien und kirchlichen Bildungshäusern aus ganz Deutschland, in einer gläsernen Küche auf dem Messegelände in Hannover. Die Kirchentagsbesucher/-innen hatten die Möglichkeit, den gesamten Ablauf in einer Großküche, der sonst hinter den Kulissen verborgen bleibt, zu verfolgen. Dabei bezog sich die Transparenz sowohl auf die praktische Arbeit als auch auf die Offenlegung von Produktherkunft und Einkaufswegen.

Seit fünf Kirchentagen wird im „Gläsernen Restaurant“ gekocht. Köchinnen und Köche aus kirchlichen Großküchen transportieren die Idee einer zukunftsfähigen Ernährung vor allem durch Geschmack und Engagement. Das Gläserne Restaurant steht für eine gelebte Ernährungswende: saisonal, regional, ökologisch und fair.

Herausforderung für Kopf und Bauch

Es ist in erster Linie ein Bildungsprojekt für die Gäste. Aber auch die Akteure selbst lernen während der Arbeit dazu und werden (neu) motiviert. Das Projekt veranschaulicht, welcher Ressourcenaufwand in unseren täglichen Mahlzeiten steckt, es schärft den Blick für Abläufe und Zusammenhänge, für die Folgen alltäglicher Einkaufsentscheidungen und will einen ökologischen wie fairen Weg für kleine und große Küchen aufzeigen. Alle Produkte entstammen dem ökologischen Landbau und werden so weit wie möglich auch regional bezogen. Auf großen Postern wird jede einzelne

Zutat der Gerichte aufgeführt und der Gast erfährt, wo und nach welchen Richtlinien diese produziert wurde. In Hannover kamen z. B. Spargel aus dem Wendland, Sprossen vom Steinhuder Meer und Brot aus Uelzen. Um den fairen Handel zu unterstützen, finden sich aber auch bewusst ein philippinisches Mangopüree und grüner Pfeffer aus Indien auf dem Speiseplan.

Dass Essen sehr schmackhaft sein und gleichzeitig zum Klimaschutz beitragen kann, wollte das „Gläserne Restaurant“ anschaulich und spürbar vermitteln. Die Gäste, die das Zwei-Gänge-Menü für 8 • (ermäßigt 7 •) mit kostenlosem Brot und aufgesprudeltem Leitungswasser erhielten, zeigten Ambitionen, die „Herausforderung für Kopf und Bauch“, wie es plakativ über dem Gläsernen Restaurant stand, aufzunehmen. Im Gästebuch vermerkten sie oft, dass sie nicht nur das Essen genossen, sondern Anstöße für Veränderungen in der eigenen oder in Betriebsküchen mit nach Hause genommen hätten.

Zusammenhänge zwischen Küche und Klima deutlich machen

Als inhaltliche Stütze und Erinnerung dient das Kochbuch des Gläsernen Restaurants, das neben Rezepten Informationen und Handlungsmöglichkeiten zum Klimaschutz aufzeigt. Unter dem Titel „Küche und Klima“ macht es Zusammenhänge deutlich und ermutigt zu einer neuen Einkaufs- sowie Zubereitungspraxis, die die Nähe vor die Ferne stellt, Effizienz vor Verschwendung, erneuerbare Energienutzung vor die Abhängigkeit von Öl, Kohle oder Uran, die ökologische vor die konventionelle Produktion und den fairen Handel vor ungerechte Handelsbeziehungen. Es zeigt außerdem, welchen Einfluss alltägliche Einkaufsentscheidungen und Ernährung auf den Klimawandel haben. Rechnet man die Emissionen aus Rindermägen und Reisfeldern, aus Kühl- und Transportketten, den Energieaufwand bei Produktion und Verarbeitung in einer Ökobilanz auf, so wird deutlich, dass die Bereitstellung von

* Jobst Kraus und Christian Schultze, Evangelische Akademie Bad Boll, Fon (07164) 79 222, Fax (07124) 52 22, jobst.kraus@ev-akademie-boll.de und chrschultze@web.de



Foto: J. Kraus

Im „Gläsernen Restaurant“ herrscht Transparenz, hier beim Portionieren von Polenta-Schnitten

Ernährung in der derzeitigen Praxis für rund 20 % der Treibhausgasemissionen in Deutschland verantwortlich ist. Das Kochbuch gibt konkrete Energiespartipps für Küchen und bietet außerdem die besten Rezepte aus dem Gläsernen Restaurant zum Nachkochen an.

Marktmacht von Großküchen gibt Agrar- und Ernährungswende Auftrieb

Erfahrungen zeigen, dass die Kantine das emotionale Herz vieler Betriebe ist. Das innerbetriebliche Klima kann durch eine an Nachhaltigkeit orientierte Küche nicht nur der regionalen Wertschöpfung dienen, sondern auch zum Wohlbefinden der Mitarbeiter beitragen. Wird das Essen erst einmal zum Betriebsgespräch,

folgen im Windschatten der kulinarischen Veränderung oft auch andere Bereiche. Eine ökofaire und kreative Küche kann der Motor für eine zukunftsorientierte Entwicklung von Organisationen sein. Das „Gläserne Restaurant“, neben viel ehrenamtlichem Engagement auch mit einem finanziellen Aufwand von fast 60 000 • (unterstützt durch CMA und andere Organisationen) realisiert, will zur Umstellung der öffentlichen Esskultur beitragen. Allein die kirchlichen Küchen haben ein Einkaufsvolumen von weit über einer halben Milliarde • im Jahr. Diese Marktmacht von Großküchen könnte der Agrar- und Ernährungswende einen gewaltigen Auftrieb geben. Dass es geht, zeigt nicht nur das „Gläserne Restaurant“, sondern auch eine wachsende Zahl von umgestellten Küchen.



Das Kochbuch kann gegen einen Schutzbeitrag von 3,50 • (inklusive Porto) bei www.romona.böld@ev-akademie-boll.de bestellt werden.



»Die Alzheimer-Krankheit besiegen«

Wir setzen fort, was Dr. Alois Alzheimer begann.

Seit 10 Jahren klärt die Alzheimer Forschung Initiative e.V. auf und fördert die Erfolg versprechendsten Projekte in der Ursachen-, Diagnose- und klinischen Forschung.



Alzheimer Forschung Initiative e.V.
Grabenstraße 5 - 40273 Düsseldorf - Tel.: 0800/200-8001 (kostenlos)
info@alzheimer-forschung.de - www.alzheimer-forschung.de

Bitte informieren Sie mich kostenlos.

Name, Vorname _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____

Bitte senden Sie uns den ausgefüllten Coupon zu.

Digital auf dem Lande: (Un-)begrenzte Möglichkeiten?

Im Juni 2005 waren die Mitglieder der ERDE-Lernpartnerschaft¹ im Sokrates/Grundtvig-Programm der EU von der Stiftung Digitale Chancen zu einem Erfahrungsaustausch nach Berlin eingeladen. Zum zweiten Mal befassten sich damit im Rahmen der Veranstaltungsreihe der „Berliner Gespräche zur Digitalen Integration“ Expertinnen und Experten gemeinsam mit rund 80 geladenen Gästen mit der Frage der Internetnutzung durch die Bevölkerung ländlicher Regionen. Die Entwicklung in verschiedenen Ländern Europas und die Chancen der Internetnutzung für die Erwachsenenbildung standen im Fokus des Interesses.

Breitband-Internetzugänge im ländlichen Raum weniger verfügbar als im städtischen

Um auf das Internet zugreifen zu können ist es egal, ob der benutzte Rechner in New York, Brüssel oder Füssen steht. Unterschiede bestehen allerdings bei der Netzanbindung, die auf Kosten und Übertragungsgeschwindigkeiten einen entscheidenden Einfluss hat. Ein schneller Netzzugang ist nicht überall verfügbar und so sind es in Deutschland gerade die ländlichen Regionen, in denen die Nutzer auf den breitbandigen DSL-Zugang verzichten müssen, wie die aktuelle Ausgabe des (N)Onliner Atlas, einer Studie zur Nutzung und Nichtnutzung des Internets, belegt. Die Ergebnisse der seit 2001 jährlich durchgeführten Befragungen zeigen darüber hinaus, dass in den ländlich strukturierten Bundesländern wie Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt deutlich weniger

Menschen online sind als im Bundesdurchschnitt (s. Karte 1). Dieses Bild findet sich auch in anderen Ländern Europas, insbesondere aber in den neuen Beitrittsländern der EU wie Polen oder Litauen. Dr. Monika Michael, Deutscher LandFrauenverband (dlv), wies zudem darauf hin, dass es vor allem die Frauen sind, die das Internet nicht nutzen. Um Frauen ans Netz zu bringen und Zugangsbarrieren abzubauen engagiert sich der dlv für die Qualifizierung von Frauen im Umgang mit dem Internet und den neuen Medien.

Öffentliche Internetzugänge wichtig für Verbreitung des Internets

Wie in Deutschland, wo es über 7 000 öffentliche Internetzugänge gibt, spielen derartige Einrichtungen auch in anderen Ländern eine wichtige Rolle bei der Verbreitung des Internets in der Bevölkerung im ländlichen Raum. So gibt es z. B. in Ungarn eine Vielzahl



Karte 1: Internetnutzung nach Bundesländern 2005 (Anteile an der Bevölkerung über 14 Jahre)

von sog. Telecottages, in denen Computer und Internet genutzt werden können. Nach Einschätzung des ungarischen Referenten, Prof. István Bessenyei, Universität Sopron, werden die Potenziale allerdings bei weitem nicht ausgeschöpft und insbesondere die Angebote des E-Learning, die der Landbevölkerung einen chancengleichen Zugang zu Bildung und Wissen ermöglichen könnten, werden bisher wenig genutzt.

Während in Litauen und Polen die Infrastruktur im ländlichen Raum noch nicht in ausreichendem Maß vorhanden ist, um die weitere Internetverbreitung zu ermöglichen, sind es in Großbritannien häufig die Unkenntnis der Angebote und fehlende Medienkompetenz, die die Landbevölke-

¹ Die Mitglieder des Projektes ERDE-Lernpartnerschaft – ERDE steht für **E**uropean **R**ural **D**evelopment by means of **E**ducation –, Organisationen aus Großbritannien, Litauen, Österreich, Polen, Slowenien und Deutschland, haben während der zweijährigen Projektlaufzeit einen regen Austausch von Erfahrungen initiiert und verschiedene Einrichtungen in den Partnerländern besucht, um sich einen Eindruck von der Situation vor Ort zu machen.

zung von der Internetnutzung abhalten. Hier wie auch in Österreich werden Telezentren als ein geeignetes Instrument betrachtet, um die Menschen an das digitale Medium heranzuführen und ihnen die Chancen, aber auch die Risiken zu verdeutlichen. So warnte David Wortley aus dem Dorf Lubenham in den East Midlands, Großbritannien, davor, dass die unreflektierte Nutzung des Internets zum Abruf von Dienstleistungen jeglicher Art auch zu einem weiteren Abbau bisher noch vorhandener Angebote im ländlichen Raum führen könnte. Die Wachstumsraten des Onlinebuchhandels und die zunehmende Verbreitung des Online-Banking bedrohen heute bereits kleinere Geschäfte und Filialen des Buchhandels und Bankgewerbes.

Chancen für ländliche Räume durch digitale Erwachsenenbildung

Die Teilnehmer/-innen der Podiumsdiskussion waren sich einig, dass über das Instrument der Erwachsenenbildung ein Beitrag zum Erhalt und zur Weiterentwicklung ländlicher Lebensräume geleistet werden kann. Die Digitalisierung der Inhalte und das Internet als Transportmedium ermöglichen Formen der Erwachsenenbildung, die bisher die Bevölkerung im ländlichen Raum nur schwer erreichten. Über das weltweite Netzwerk können Wissen und Erfahrung ausgetauscht und gemeinsame Problemlösungen gefunden werden. Zugleich werden Menschen befähigt, als Multiplikatoren zu fungieren und ihr per-

sönliches Erfahrungswissen vielen zugänglich zu machen.

Auch wurde die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien als ein Mittel angesehen, um die Attraktivität des ländlichen Raums zu verbessern, die Abwanderung der jungen Generation zu verringern und die Trennung von Lebens- und Arbeitsraum, die für eine Vielzahl von Pendlern/-innen Realität ist, zu überwinden. Damit dieses Potenzial der Informations- und Kommunikationstechnologien genutzt werden kann, ist die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen durch politisches Handeln und die Einrichtung von Förderprogrammen ebenso erforderlich wie unternehmerisches Engagement zum Aufbau der technischen Infrastrukturen. 

Weitere Informationen:

(N)Onliner Atlas
zu bestellen bei:
Katharina Ahrens
Initiative D21 e.V.

Fon (030) 386 300 86
E-Mail
katharina.ahrens@initiated21.de
www.nonliner-atlas.de

Verzeichnis der öffentlichen Internetzugangsorte:

www.digitale-chancen.de/einsteiger
oder unter
Fon (01805) 38 37 25

Stiftung „Für Umwelt und Kultur in Rauenthal“ erhält Förderpreis der Deutschen Bundesstiftung Umwelt

Die 2002 von Dr. Günther Brack, ehemals MinDirig. im rheinland-pfälzischen Landwirtschaftsministerium und langjähriges ASG-Mitglied, gegründete private Stiftung „Für Umwelt und Kultur in Rauenthal“ hat in diesem Sommer von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt einen Förderpreis in Höhe von 2 000 • erhalten. Der Preis wurde für die ehrenamtliche Initiative, mit Hilfe einer privaten Stiftung die Ziele des Landschaftsplanes der hessischen Ortschaft Rauenthal umzusetzen, vergeben.

Bundesstiftung honoriert ehrenamtliches Engagement

Die Bundesstiftung Umwelt vergibt ihre Förderpreise mit dem Ziel, außergewöhnlichen ehrenamtlichen Einsatz im Umweltbe-

reich zu honorieren. Als besonders förderungswürdig werden Projekte zur Bewahrung naturnaher Lebensräume mit dem Erhalt von Altbaumbeständen angesehen. Insbesondere Aktionen, mit denen bei Kindern Interesse für den Naturschutz geweckt wird, sieht

die Bundesstiftung als preiswürdig an.

Brack zufolge habe die Bundesstiftung Umwelt mit der Preisvergabe den ehrenamtlichen Einsatz von zwölf Rauenthaler Bürgern/-innen, die sich in ihrer Freizeit


dem Erhalt von naturnahen Lebensräumen und von Altbaumbeständen widmen, honoriert. Als preiswürdig sei darüber hinaus ein Projekt mit der örtlichen Grundschule hervorgehoben worden, das die Stiftung 2005 begonnen habe, um Kinder und Jugendliche an das Thema Naturschutz heranzuführen.

Rauenthaler Stiftung setzt Ziele des kommunalen Landschaftsplans um

Anlass für die Gründung der Stiftung war für den Agrarexperten Brack die Entwicklung der Landschaft in Rauenthal nach Aufgabe der Landwirtschaft und des Obstbaus in den 60er Jahren. Nach gut drei Jahrzehnten waren weite Teile der Rauenthaler Gemarkung verwildert. Die Feststellung im Landschaftsplan, dass der Ortseingang „landschaftlich wenig ansprechend“ sei, führte 2001 dazu, dass sich eine Gruppe Freiwilliger zunächst diesem Bereich widmete. Bei dem Freiräumen einer völlig verbuschten Streuobstwiese wurde deutlich, dass dies nicht allein mit Handarbeit zu bewältigen sein würde. Darauf hin gründete Brack die Stiftung, aus deren Mitteln der Maschineneinsatz finanziert wurde.

In den vergangenen drei Jahren verwandelten die ehrenamtlich Tätigen eine völlig unzugänglich gewordene Fläche von 3,5 ha in eine parkähnliche Landschaft mit extensivem Grünland, alten Streuobstbäumen, natürlich gewachsenen Gehölzgruppen und Reisighaufen, wo sich jetzt wieder eine große Artenvielfalt entwickeln soll. Besondere Aufmerksamkeit legten die Freiwilligen auf die Neugestaltung des Ortseingangs: hier wurde nach der Beseitigung von alles überwuchernden Brombeerhecken eine Grünfläche mit neuen Streuobst- und Mandelbäumen gestaltet.

Ziele der Stiftung sind eine weitere Verbesserung der ökologischen Situation sowie die Erhöhung der Attraktivität der Naherholungslandschaft in Rauenthal. Die Pflege der entbuschten Landschaft soll mit Hilfe von zwei Schäfern geschehen, die sich in den letzten Jahren in Rauenthal angesiedelt haben. Einer von ihnen führt seinen Betrieb im Haupterwerb und beabsichtigt, einen Kinderbauernhof aufzubauen, der andere betreibt die Schäferei im Nebenerwerb. Beide haben eine Genehmigung, ihren Betrieb auszusiedeln. Weiterhin gibt es Überlegungen, eine extensive Weidewirtschaft mit dem Anbau von Werthölzern zu verbinden. Dies alles sind auch Ziele des Landschaftsplanes. Die Auswahl der Projekte stimmt die Stiftung jeweils mit der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises ab.

Aus den Zinserträgen des Stiftungskapitals in Höhe von 45 000 • und Spenden hat die Stiftung bisher 6 300 • für Landschaftspflegezwecke eingesetzt. Weitere 2 800 • wurden für den zweiten Förderzweck, die Restaurierung alter Buchbände der historischen Pfarrbibliothek Rauenthals verwendet. 



Fotos: K. Bruns

Landschaftlich wenig ansprechende Fläche vor der Entbuschung und Müllbeseitigung



Landschaft nach den Pflegemaßnahmen



Die Rauenthaler Landschaft wird heute von zwei Schafherden beweidet

Erforschung von ÖPNV-Konzepten im ländlichen Raum



Karte 1: Die Modellregionen der Forschungsverbände im Überblick (Quelle: BMBF 2004)

2001 startete das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) den Förderungsschwerpunkt „Personennahverkehr für die Region“. Ziel ist es, zu einer nachhaltigen Mobilität der ländlichen Bevölkerung beizutragen. Zehn Forschungsverbände mit Partnern/-innen aus Forschung und Praxis beteiligen sich mit insgesamt 80 Einzelprojekten in verschiedenen Modellregionen und erproben innovative Ansätze, mit denen das ÖPNV-Angebot im ländlichen Raum verbessert werden soll. Nach einer ersten Phase der Grundlagenforschung werden die Projekte zzt. in der Praxis erprobt.

Die Forschungsverbände¹ (s. Karte 1 und Abb. 1) entwickelten Verkehrskonzepte für Regionen mit abnehmendem ÖPNV-Angebot. Die geringe Vernetzung und die langen Fahrzeiten des Linienverkehrs, der oft zunächst mehrere Dörfer und dann ein Zentrum anfährt, werden von den Bewohnern/-innen ländlicher Räume als zeitaufwändig und umständlich empfunden und lassen Busverbindungen unattraktiv werden. Diese werden darauf hin nur noch zur Schülerbeförderung eingesetzt, weil sich ein Betrieb darüber hinaus für die Verkehrsunternehmen nicht lohnt. Auch den Kommunen fehlen finanzielle Mittel um ein kundenorientierteres Linienbus-Angebot zu unterstützen.

Abbildung 1: Die Forschungsverbände (Quelle: BMBF 2004)

Die Forschungsverbände im Überblick	
AMABILE	Entwicklung eines Rechenmodells zur Abschätzung der Nachfrage altern: Verkehrsangebote im ländlichen Raum. Entwicklung leistungsfähiger Wer Bewertung von Ausschreibungen im Personennahverkehr.
ARMONT	Entwicklung kombinierter Informationsdienstleistungen für den öffentliche für mobilitätseingeschränkte Menschen, insbesondere in touristischen Ke Mobilitätsdienstleistungen in die Angebote von Verkehrsunternehmen, To kommunalen Stellen.
AUFDEMLAND.MOBIL	Aufbau neuer organisatorischer und technischer Angebote im Personenn: klassischen ÖPNV unter Einbeziehung mittelständischer Unternehmen ur Träger.
IMAGO	Innovative Verkehrsangebotskonzepte und Öffentlichkeitsarbeit in Gemei Umsetzung in unterschiedlich strukturierten Räumen.
IMPULS 2005	Entwicklung eines ganzheitlichen Gemeinschaftsverkehrs durch Vernetzu Personenverkehre in einem ländlichen Raum.
MOB ²	Informations- und kommunikationsbasierte Integration von MIV ¹ und ÖPNV entstehender Mobilitätsbedarfe; Entwicklung automatischer Mobilitätszent WAP-Handy, Positionsbestimmung via GSM.
MOBITOUR	Entwicklung eines Mobilitätsangebotes in der Touristikregion Elbe-Weser attraktive neue Angebote. Steigerung der Wirtschaftlichkeit des ÖPNV üb Tourismusangebot.
MULTIBUS	Entwicklung eines neuartigen Rufbusses mit Integration von Bringdienste Angeboten, linien- und bedarfsorientiert.
NAHVIS	Verknüpfung vorhandener liniengebundener ÖPNV-Angebote im ländlich neuen, bedarfsgerechten ÖPNV-Angeboten unter Einbeziehung von Car-Netzes von Mobilitätszentralen für dezentrale Dienstleistungen.
RUDY	Darstellung der aktuellen Verkehrslage der verschiedenen Verkehrsmittel Auskunftssystem. Weitergabe dieser Informationen an die Fahrgäste übe Informationskanäle.

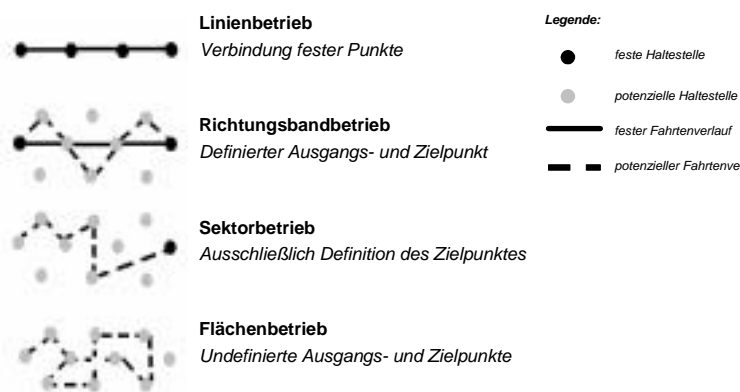
¹ MIV = Motorisierter Individualverkehr

¹ Die Forschungsverbände haben ihren Projektnamen durchgängig mit einem kurzen und prägnanten Titel versehen, der hier aus Gründen der besseren Lesbarkeit Verwendung findet.

Erhöhung der Nachfrage durch bedarfsorientierte Busangebote

Um das Angebot zielgruppengerechter zu gestalten stehen verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung (s. Abb. 2). Der herkömmliche „Linienbetrieb“ fährt feste Haltestellenpunkte zu vorgegebenen Fahrzeiten an. Als „Bedarfslinie“ wird er bezeichnet, wenn er nur nach vorheriger Anmeldung eines Fahrgastwunsches beim Verkehrsunternehmen eingesetzt wird. Im „Richtungsbandbetrieb“ fahren Busse von einem definierten Ausgangs- zu einem definierten Zielpunkt, wobei die Zwischenhaltestellen entsprechend der Fahrgastwünsche variiert werden können. Nur die Abfahrts- und Ankunftszeiten am Start- und Endpunkt sind festgelegt. Ähnlich

Abbildung 2: Busbetriebsformen (Quelle: eigener Entwurf)



funktioniert der „Sektorbetrieb“, bei dem allerdings nicht mehr der Ausgangs-, sondern nur noch der Zielpunkt definiert ist. Beim „Flächenbetrieb“ wird das ÖPNV-Angebot ohne einen bestimmten Richtungsverlauf vollständig flexibel an den Fahrgastwünschen ausgerichtet.

Vor allem in dünn besiedelten Räumen empfiehlt sich der Flächenbetrieb, stellten die Planer/-innen des Forschungsverbundes MOB² in einem ersten Resümee fest. Hierfür komme der Einsatz von Kleinbussen in Frage, die bspw. von einem Taxiunternehmen betrieben werden können. Auch der Forschungsverbund AUFDEM LAND.MOBIL sammelte in seiner Modellregion, den Kreisen Minden-Lübbecke und Herford, bislang positive Erfahrungen mit dem Flächenbetrieb. Hier kann zu fest vertakteten Zeiten, die auf den Stadtbusverkehr nahe gelegener Klein- und Mittelzentren ausgerichtet sind und somit ein problemloses Umsteigen ermöglichen, ein Fahrtenwunsch angemeldet werden. Die nutzerfreundlichen Kleinbusse werden von der Bevölkerung gerne angenommen. In einer zweiten, etwas dichter besiedelten Region wurde im Verlauf des Projekts flexibel auf die Nutzungsfrequenz reagiert, so dass nach einem zunächst vertakteten Kleinbus-Angebot im Sektorbetrieb der Linienverkehr in manchen Gebieten wieder eingeführt werden konnte, da die Nachfrage deutlich gestiegen war. 85 % der bereits

bestehenden Haltestellen wurden auf diese Weise in eine Festbedienung im Stundentakt zurückgeführt.

Flexible Rufbus-Systeme erfahren große Resonanz

Eine komplette Orientierung am Bedarf und Loslösung von starren Fahrplänen initiierte der Forschungsverbund MULTI-BUS. Unter diesem Namen wurde in einem Teil des nordrhein-westfälischen Kreises Heinsberg ein ÖPNV-Angebot im Flächenbetrieb geschaffen, mit dem drei Gemeinden verbunden sowie der Anschluss an weiterführende Linien sichergestellt werden. Die vier eingesetzten Kleinbusse mit Niederflertechnik und je zwölf Sitz- und Stehplätzen verkehren an Werktagen bis 22 Uhr und am Wochenende bis 18 Uhr, wobei für spätere Fahrten in Kooperation mit dem lokalen

Taxigewerbe ein Anruf-Sammeltaxi-Verkehr bereit gestellt wird. Die Fahrgäste können ihre Fahrtwünsche jeweils bis 30 Minuten vor Abfahrt über eine kostenlose Rufnummer anmelden. Um den Fahrgästen eine möglichst haustürnahe Bedienung anbieten zu können wurden zusätzliche Haltestellen eingerichtet, mit denen annähernd flächendeckend Haltestellen-Einzugsbereiche von ca. 200 m gegeben sind.

Im Sommer 2004 nutzten 2 600 bis 2 900 Fahrgäste pro Monat den MULTI-BUS. An Spitzentagen wurden bis zu 220 Fahrgäste gezählt. Mit 80 Fahrgästen lagen die Zahlen am Wochenende auf deutlich niedrigerem Niveau als in der Woche. Auf die niedrige Nachfrage an diesen Tagen wird mit speziellen Fahrtenangeboten, z. B. für Seniorenheime oder zu attraktiven Ausflugszielen, reagiert.

Um die Wirtschaftlichkeit des MULTI-BUS zu sichern soll er in Zukunft weitere Aufgaben übernehmen. Hier bietet sich der Einsatz bei größeren Veranstaltungen an, bei dem er als Shuttle-Bus eingesetzt werden kann. Darüber hinaus wollen die Planer/-innen mit dem MULTI-BUS einen Paketservice anbieten, der es sowohl Unternehmen als auch der regionalen Bevölkerung ermöglicht, ihre Pakete bei den Fahrer/-innen abzugeben, von denen sie an Logistikzentren weitergeleitet werden.



Foto: mhv/mindenherforder verkehrsgesellschaft

Nutzerfreundliche Kleinbusse werden gerne angenommen

Wenn auch der MultiBus bislang nicht gewinnbringend fahren kann, zeigen sich doch Kostenvorteile gegenüber dem Einsatz von Linienbussen. Fahrzeugkilometer und damit Kraftstoffkosten lassen sich erheblich reduzieren, wenn nur nachgefragte Haltestellen angefahren werden. Geringeren Festkosten stehen zudem Mehreinnahmen durch neue Fahrgäste gegenüber, für die das bisherige System unattraktiv war.

Auch der Forschungsverbund NAHVIS entwickelte ein Rufbus-System, das jedoch nicht vollständig flexibel gestaltet ist. Zwei Kleinbusse, die von einem Taxiunternehmen der Region betrieben werden, verkehren in einem festen Dreieck zwischen drei Gemeinden im Südschwarzwald. An den Anfangs- und Endpunkten eines Umlaufs wird bewusst eine Fahrplanlücke von 30 Minuten offen gehalten, die es den Fahrern/-innen erlaubt Fahrgäste aus entfernteren Orten abzuholen, nachdem diese ihren Wunsch telefonisch angemeldet haben. So werden unnötige Schleifen vermieden, ohne dass bestimmte Orte von der Nutzung ausgeschlossen werden. Bislang ist das Angebot aus Kostengründen auf donnerstags und freitags beschränkt und ermöglicht so gerade älteren Bewohnern/-innen der Region Einkaufs- und Besuchsfahrten.

Neue Wege gingen Akteure im brandenburgischen Gransee (Landkreis Oberhavel). Als Teil des Forschungsverbundes IMPULS 2005, der Mobilitätsmöglichkeiten für die Bevölkerung dünn besiedelter Regionen entwickelt, gründeten sie einen gemeinnützigen Verein, der ehrenamtlich einen Kleinbus betreibt. Mit diesem finden die Einwohner/-innen abgelegener Dörfer eine Zugangsmöglichkeit zu dem in der Region vorhandenen Linienangebot.

Car-Sharing-Angebote brauchen stetiges Engagement

Geringe Erfolge zeigten sich bei dem Versuch von AUFDEMLAND. MOBIL Car-Sharing in einem ländlichen Raum zu etablieren. Da keine dauerhaft tragfähige Nachfrage erzielt werden konnte, wurde das Projekt nach einem Jahr eingestellt. Deutlich positiver fiel die Bilanz beim Forschungsverbund NAHVIS aus, der ein Car-Sharing-Angebot in der ländlichen Umgebung Freiburgs etablierte. Zugute kam dem Projekt hier, dass bereits ein großer Anteil der Bevölkerung für Umweltaspekte sensibilisiert ist, und sich die Zusammenarbeit mit den Verkehrsverbänden vor Ort, die intensiv für das Projekt werben, sehr erfolgreich gestaltet. Mit dem Erwerb einer RegioMobilCard – einer ver-

günstigten Jahreskarte für den ÖPNV – erhalten die Kunden/-innen zusätzlich einen 20 %-igen Preisnachlass bei der Car-Sharing-Nutzung. Im Regio Verkehrsverbund Freiburg beinhaltet dieses Angebot zudem Vergünstigungen bei der Nutzung des Fahrradparkhauses bzw. bei der Fahrradvermietung, bei der Taxinutzung und beim Anmieten von Transportern, LKWs sowie Wohnmobilen. Auch Touristen/-innen können die Fahrzeuge nutzen ohne Mitglied in einer Car-Sharing-Organisation zu sein. Diese Rahmenbedingungen empfinden die Planer/-innen von NAHVIS als sehr hilfreich. Allerdings zeigte sich nach der ersten Praxisphase, dass für ein erfolgreiches Car-Sharing-Angebot ein stetiges Engagement vor Ort nötig ist um die erforderliche Mindesnutzungsfrequenz der Fahrzeuge durch die Anwerbung neuer Interessenten/-innen aufrecht zu erhalten. Der Versuch, auch kommunale Dienstfahrzeuge in das Angebot einzubeziehen, scheiterte bislang am Willen der Kommunalverwaltungen, obwohl es für sie eine Kostenersparnis bedeutet hätte.

Verkehrsträger unter Berücksichtigung von Kundenwünschen verknüpfen

Ein wichtiger Schritt um die Attraktivität des ÖPNV zu erhöhen ist die Abstimmung von Taktzeiten verschiedener Verkehrsträger. Neben der verbesserten Koordination von Bus- und Bahnangeboten gilt es über eine detaillierte Analyse die Zielgruppenwünsche zu ermitteln, damit die Mobilitätsangebote entsprechend gestaltet werden können. So stellten die Planer/-innen von MOB² in der niedersächsischen Modellregion Landkreis Emsland Süd fest, dass mit dem Regionalverkehr zwar das Zentrum Lingen angefahren wurde, innerhalb der Stadt aber nur wenige Haltepunkte. Der Zielort vieler Kunden/-innen, die historische Altstadt, konnte aufgrund enger Gassen von den Bussen wegen ihrer Größe



Foto: J. Thiemann-Linden

Die Abstimmung von Taktzeiten und Bike&Ride-Angebote erhöhen die Attraktivität des ÖPNV

nicht bedient werden. Inzwischen wird die Altstadt durch Kleinbusse erschlossen, in die Fahrgäste an einem zentralen Punkt vom Regionalverkehr umsteigen können.

Ein effektiverer Betrieb des Schülerverkehrs wurde von MOB² für den Landkreis Graftschaft Bentheim konzipiert. Die Busse befahren nur eine Grundroute und bedienen abseits gelegene Haltestellen lediglich bei Nachfrage. An einem Knotenpunkt steigen die Schüler/-innen zwischen den wohnortorientierten Sammelbussen und schulorientierten Verteilerbussen um.

Vor allem für Schüler/-innen ist auch die Verknüpfung von Fahrradverkehr und ÖPNV im ländlichen Raum wichtig. Die Planer/-innen von AUFDEMLAND.MOBIL wollen über attraktive Bike&Ride-Angebote auch andere Nutzer/-innen bewegen, auf das Auto zu verzichten. Sie schlagen vor, Haltestellen mit wetterfesten und diebstahlsicheren Fahrradboxen zu versehen und die Mitnahme von Fahrrädern in Bussen zu erleichtern.

Nutzung moderner Informationstechnologie erleichtert Zugang zu Verkehrsangeboten

Zur Abgleichung der Fahrgastwünsche richtete MOB² eine virtuelle Mobilitätszentrale ein, an die auch PKW-Nutzer/-innen Mitfahrgelegenheiten melden können. Die Fahrgäste geben in der Mobilitätszentrale ihren Ausgangs- und den gewünschten Zielpunkt an und bekommen daraufhin ein individuelles Angebot erstellt, das sowohl den ÖPNV als auch Mitfahrgelegenheiten berücksichtigt. Die Bedarfslinien in der Region werden über Funk entsprechend der Kundenwünsche gesteuert. Die Mobilitätszentrale ist über Internet, Handy oder Festnetzanschluss erreichbar. Für ihren Betrieb wurde eine Software entwickelt, die den Abgleich von Angebot und Nachfrage übernehmen und daraus individuell optimale Fahrtangebote

für die Nutzer/-innen entwickeln kann. Selbst spezielle Nutzerwünsche, wie Mitfahrgelegenheit nur im Nichtraucherauto o. ä., kommen hier zum Tragen.

Auch der Forschungsverbund AUFDEMLAND.MOBIL etablierte im Landkreis Graftschaft Bentheim ein regionales Mobilitätsportal, das Informationen sowohl zum ÖPNV als auch zum Kfz- und Radverkehr bereithält. So findet einerseits die Bevölkerung Unterstützung bei der Organisation der eigenen Mobilität, andererseits können Mobilitätsanbieter aus der Region für ihren Service auf einer zentralen Plattform werben. Ein Markt für Fahrgemeinschaften und Mitfahrgelegenheiten, ein Veranstaltungskalender und Freizeittipps, die mit Fahrplanauskünften versehen sind, runden das Angebot ab.

Neueste Möglichkeiten der Informationstechnologie nutzt der Forschungsverbund ARMONT in einer rheinland-pfälzischen Region mit Naherholungs- und Tourismusschwerpunkt. Zahlreiche Daten und Karten lassen sich sowohl über Internet als auch über mobile Endgeräte wie Handy oder digitale Notizbücher (Personal Digital Assistant - PDA) abrufen. Die Interessen mobilitätseingeschränkter Menschen, die auf diese Weise überprüfen können, welche Verkehrsangebote und Sehenswürdigkeiten ihnen einen barrierefreien Zugang ermöglichen, werden besonders berücksichtigt. Auch für Radfahrer/-innen ist eine schnelle und umfassende Information von unterwegs über Kombinationsmöglichkeiten von Radverkehr und ÖPNV sowie Unterkünfte möglich. Dabei kann von jedem Standort innerhalb der Region der Weg zur nächsten Haltestelle angezeigt werden.

Der Forschungsverbund RUDY plädiert dafür, neuartige Navigationssysteme für die Angleichung verschiedener ÖPNV-Linien und die Information der Kunden/-innen zu nutzen. Die bereits weit ver-

breiteten rechnergesteuerten Betriebsleitsysteme könnten um Ortungsmodule erweitert werden um die Positionsbestimmung einzelner Fahrzeuge für aktuelle Fahrgastinformationen zu nutzen. So könnten Behinderungen im Stadtverkehr, die zu Verspätungen führen, mittels Infotafeln an Haltestellen bekannt gemacht werden und Anschlussbusse des Regionalverkehrs entsprechend warten. Der Einsatz der hierfür von RUDY entwickelten Software wird derzeit im Raum Ulm erprobt.

Zielgruppendefinition als Voraussetzung für optimierte Systeme

Alle Forschungsverbände erkannten, dass die verstärkte Orientierung an den Kunden/-innen Voraussetzung für einen funktionierenden ÖPNV ist. Darüber hinaus zeigte sich, dass auch das Marketing sehr viel zielgruppenorientierter verlaufen kann und muss.

Zu Projektbeginn befragten die Forscher/-innen von NAHVIS deshalb 1 500 Personen ab 14 Jah-



Foto: V/AeG

Konzepte zur Verknüpfung von Fahrradverkehr und ÖPNV sind im ländlichen Raum gefragt



Foto: mhv mindenhofener-verkehrsgesellschaft

Der ColumBus wirbt für den Personennahverkehr

ren zu ihren Lebensstilen und Mobilitätsorientierungen. Auf dieser Basis wurden acht Mobilitätsstiltypen klassifiziert, die als Grundlage für eine zielgruppenspezifische Angebotsorientierung und Werbung dienen sollten. Fünf dieser Stiltypen (62 % aller Befragten) werden als potenzielle Kunden für ÖPNV-Systeme angesehen:

1. Die „Konsequenten“ (12 %) lehnen die PKW-Nutzung ab und bevorzugen den Umweltverbund². Sie sind eng mit der Region verbunden und sehr ökologisch orientiert. Zwei Drittel dieser überdurchschnittlich gebildeten Gruppe sind Frauen.
2. Die „Sensibilisierten“ (14 %) sehen deutlich die ökologischen Nachteile des PKW, empfinden den ÖPNV jedoch als wenig alltagstauglich. In dieser kulturell sehr interessierten Gruppe sind viele Frauen zu finden, ein Drittel von ihnen älter als 60 Jahre.
3. Die „Vorsichtigen“ (9 %) sehen in erster Linie die Risiken des Autofahrens, das sie aus Sicherheitsgründen möglichst vermeiden. Auch hier finden sich viele ältere Frauen, die zudem in der Mehrheit nicht berufstätig sind.
4. Die „Jungen Wilden“ (10 %) mögen risikoreiches Fahren, das sie, so lange sie keinen eigenen PKW haben, in erster Linie mit dem Rad ausüben. Sie sind sehr erlebnisorientiert und möchten mobil sein. Der ÖPNV wird daher als notwendiges Übel in Kauf genommen. Zwei Drittel dieser Gruppe sind noch minderjährig.
5. Die „Aufgeschlossenen“ (17 %) bestehen aus einer größtenteils männlichen Gruppe mit überdurchschnittlichem Einkommen und hohem Bildungsniveau. Das Auto ist für sie kein Statussymbol, wird jedoch zur Fortbewegung häufig genutzt, obwohl diese Gruppe sehr gerne Fahrrad fährt und Aspekte der Nachhaltigkeit zu ihrem Wertegerüst gehören.

Werbung über Events und Eingangsangebote

Die Planer/-innen des Forschungsverbunds MULTIBUS kristallisierten Senioren, Kinder und Familien als Hauptzielgruppen für das ÖPNV-Angebot einer Region heraus. Unter dem Stichwort „Soziales Marketing“ verfolgt der Forschungsverbund eine Werbestrategie, die potenzielle Nutzer/-innen auch auf emotionaler Ebene anspricht und nicht allein das Produkt in den Mittelpunkt stellt. Grundlage hierfür ist die Erkenntnis, dass die Nutzung des ÖPNV auch eine ideelle Komponente hat, die in die Werbung einbezogen werden sollte. Das Wertegerüst verschiedener Zielgruppen soll daher im Marketing berücksichtigt und diese aktiv angesprochen werden.

Eine bedeutende Rolle spielen in diesem Zusammenhang spezielle Veranstaltungen, die für die Nutzung des ÖPNV werben. Dies können Auftaktveranstaltungen zur Einführung neuer Angebote sein, die bspw. mit Musik-, Theater- und Spielangeboten auf Familien mit

² Als Umweltverbund sind Fortbewegungsmöglichkeiten per ÖPNV, mit dem Fahrrad oder zu Fuß definiert.

Kindern ausgerichtet sind. Der MULTIBUS konnte erfolgreich für sich werben, indem er eine Sonderfahrt zu einem Fußballspiel anbot oder bekannte Musiker/-innen zum regionalen Oktoberfest publikumswirksam vorfuhr. IMPULS 2005 wirbt für den ÖPNV mit dem Einsatz von Shuttle-Bussen zum Erreichen der Fläming Skate (einer asphaltierten Strecke für Inlineskating), die von vielen Touristen/-innen genutzt wird. Um Dienstleister anzusprechen wurde eine Informationszentrale eingerichtet, die Initiatoren/-innen größerer Veranstaltungen auf die Einsatzmöglichkeiten von Event-Bussen aufmerksam macht. NAHVIS machte erfolgreich auf den ÖPNV aufmerksam, indem in einer groß angelegten Aktion zahlreiche Plakate und Flyer an verschiedenen Orten verbreitet wurden. Zudem ließen die regionalen Verkehrsunternehmen einen Kinospot produzieren, der die Vorteile des ÖPNV und der Car-Sharing-Angebote herausstellt. Auf diese Weise machten viele Nutzer/-innen erstmals Bekanntschaft mit dem ÖPNV und die Nutzungsfrequenz stieg.

Die Effekte niedrigschwelliger Eingangsangebote stellt der Forschungsverbund IMAGO heraus. Hier bekamen Teilnehmer/-innen einer Haushaltsbefragung eine kostenfreie Monatskarte zur Verfügung, wobei sich ein Teil anschließend zum Erwerb einer Jahreskarte entschloss. Mit der Einrichtung einer Touristiklinie, die in der Sommersaison an Wochenenden und Feiertagen die Sehenswürdigkeiten im nordrhein-westfälischen Landkreis Lippe erschließt, konnten einige Menschen zur Nutzung des ÖPNV bewegt werden, die zuvor lieber mit dem eigenen PKW gefahren sind. Mit dieser Linie werden auch Klein- und Mittelzentren verbunden, zwischen denen am Wochenende zuvor keine Linienbusse fuhren.

Informationsmöglichkeiten in gemütlichem Ambiente

Einer der Arbeitsschwerpunkte des Forschungsverbundes AUFDEMLAND.MOBIL ist die Verbesserung der Möglichkeiten sich über den ÖPNV zu informieren um damit Zugangsschwellen zu beseitigen. In einer ihrer Modellregionen

wird der bereits vorhandene „ColumBus“ einer Verkehrsgesellschaft eingesetzt um Schüler/-innengruppen und Firmenleiter/-innen über die Möglichkeiten des ÖPNV im Landkreis aufzuklären. Durch seine optisch auffällige Gestaltung zieht der Bus bei seinen Einsätzen viele potenzielle Kunden/-innen an.

Den Informationsfluss zu verbessern ist auch Ziel des Konzepts „Mobilcafé“. Umgesetzt wurde es im Foyer eines Krankenhauses, wo ein Touchterminal und ein Prospektständer Informationen über den ÖPNV bereithalten. Sie wurden inmitten einer Sitzgruppe aufgebaut, in der sich Besucher/-innen und Patienten/-innen oft aufhalten. Grundidee war „nahverkehrsfremde“ Räume zu erschließen um in einem nutzerfreundlichen Ambiente auf das ÖPNV-Angebot hinzuweisen. Ähnliche Mobilcafés sollen in anderen Einrichtungen mit großem Publikumsverkehr aufgebaut werden.

In zwei kleineren Orten richtete AUFDEMLAND.MOBIL Serviceagenturen ein, die eine Mobilitätsberatung in Kombination mit anderen Dienstleistungen wie Post und Paketservice oder einem Imbissangebot bspw. für Radwandertouristen/-innen anbieten. Zudem halten sie Verwaltungsformulare bereit um weite Wege in die Kreisstadt zu ersparen und so den Verkehr zu minimieren. Für Lebensmitteleinzelhändler/-innen und andere private Anbieter/-innen erschließen sich mit solchen Serviceagenturen Möglichkeiten, ihre Kundenfrequenz zu steigern.

Ästhetische Gestaltung von Bahnhöfen und Haltestellen

Ein Problem des ÖPNV sehen die Mitglieder des Forschungsverbunds AUFDEMLAND.MOBIL darin, dass Bahnhöfe und Bushaltestel-



Manche Haltestellen sind eine schlechte Werbung für den ÖPNV

Foto: M. Busch

len – als Identitätspunkte für den ÖPNV – aus betriebswirtschaftlichen Gründen oft vernachlässigt werden und daher in einem schlechten Zustand sind. Die Bedeutung der hiervon ausgehenden, sehr negativen Werbebotschaft wird ihrer Ansicht nach oft unterschätzt. Bei Bahnhöfen ist der schlechte Zustand zum einen durch die Vernachlässigung der Pflege durch die ehemalige Bundesbahn begründet, zum anderen hat er seine Ursache in der Teilung der Zuständigkeit für das Bahnhofsumfeld zwischen der Deutschen Bahn AG und der Anliegerkommune. Beide Akteure verfügen über unterschiedliche Interessen, beiden fehlt es auch an finanziellen Mitteln und fachlichem Know-how. Im Jahr 2002 hat das Land Nordrhein-Westfalen mit der Deutschen Bahn AG daher die BahnflächenEntwicklungsGesellschaft (BEG) gegründet, die es Kommunen ermöglicht, Bahnliegenschaften und -immobilien zu erwerben, so dass sie die Gestaltung des Bahnhofs selbst in die Hand nehmen können.

Gemeinsam mit AUFDEMLAND.MOBIL entwickelte die Stadt Espelkamp beispielhaft ein Nutzungskonzept für ihren Bahnhof. Ein wichtiger Erfolgsfaktor war die Beteiligung der lokalen Bevölkerung. Neben verschiedenen Umbaumaßnahmen, die den Bahnhof heller und kundenfreundlicher werden ließen, wurden im Umfeld mit Parkplätzen, Bushaltestellen und Fahrradabstellflächen Übergangsmöglichkeiten für ÖPNV-Nutzer/-innen geschaffen. Demnächst soll zudem eine Mobilagentur (s. o.) im Bahnhof eröffnet werden.

Eine ähnliche Aufwertung der Attraktivität kann sich auch für Ortshaltestellen ergeben, wenn sie mit zusätzlichen Serviceangeboten ausgestattet zu einem zentralen Informationspunkt werden. Die Planer/-innen von AUFDEMLAND.MOBIL schlagen hier

Schaukästen mit Informationsangeboten der Tageszeitung, örtlicher Vereine, Schulen und der Kommune vor.

Gesetzliche Rahmenbedingungen erschweren passgenaue Angebote

Einer intensiven Zielgruppenorientierung stehen oft formale Vorgaben im Weg. Im Personenbeförderungsgesetz (PbefG) bspw. ist festgelegt, dass ein Zustieg nur an Haltestellen möglich ist. Daran scheiterten Versuche des Forschungsverbundes MULTIBUS eine haustürnahe Abholung zu garantieren. Die Genehmigung durch das PbefG ist jedoch Grundlage um Fördermittel zu erhalten, die für einen Betrieb der Buslinien bislang unumgänglich sind.

Auch der Forschungsverbund IMPULS 2005 stellt fest, dass die fahrgastfreundliche Kombination von Mobilitätsangeboten durch zahlreiche Verordnungen eingeschränkt wird. Seine Forschungsergebnisse waren ausschlaggebend für eine Änderung des ÖPNV-Gesetzes in Brandenburg, die demnächst in Kraft treten soll. Damit soll eine an örtliche Gegebenheiten angepasste Mittelverwendung ermöglicht werden. Als Problem zeigt sich nach wie vor, dass bedarfsorientierte Betriebsformen nicht eindeutig den gesetzlich definierten Verkehrsformen „Linienverkehr“ und „Gelegenheitsverkehr“ zugeordnet werden können, was zu administrativen Schwierigkeiten führen kann. Auch die Abweichung von einer vorgegebenen Linienführung stößt bislang noch auf Probleme in der Genehmigungspraxis.

Der Forschungsverbund AMABILE analysierte in diesem Zusammenhang, welche Rahmenbedingungen Ausschreibungen für alternative und zielgruppenorientierte Verkehrsmodelle in Abstimmung mit

den juristischen Vorgaben ermöglichen. Als Grundlage müssen die verschiedenen Betriebsformen und die jeweils mit ihnen verbundenen Kosten definiert sein um die im Rahmen einer Ausschreibung eingegangenen Angebote bewerten zu können. Der Forschungsverbund erstellte auf Basis detaillierter Nutzer/-inneninterviews zudem ein Rechenmodell, mit dem die Nachfrage nach konventionellen und bedarfsabhängigen Verkehrsangeboten im ländlichen Raum abgeschätzt werden kann. So können regional angepasste Ausschreibungen konzipiert werden.

Kommunikation und Engagement als Grundlage für erfolgreiche Nahverkehrssysteme

Das Forschungsprogramm „Personennahverkehr für die Region“ sieht sich als „lernendes Projekt“, in dem die Forschungsverbände durch einen intensiven Austausch ihrer Erfahrungen auf Workshops und im Internet und durch die Bildung thematischer Arbeitskreise voneinander profitieren können.

Auch in den Modellregionen zeigt sich wiederholt, dass eine intensive Kommunikation der Praxispartner, zu denen Verkehrsunternehmen, Touristikagenturen und Kommunalverwaltungen gehören, ein wichtiger Erfolgsaspekt ist. Zur Umsetzung vielversprechender Konzepte sind engagierte Menschen vor Ort wichtig, die sich für die Nutzung des ÖPNV einsetzen und potenzielle Kunden/-innen fundiert beraten. cb

Weitere Informationen:

Broschüre „Personennahverkehr für die Region“, BMBF 2004
Fon (01805) 262 302
Fax (01805) 262 303
www.pnvregion.de

Regionalmanagement – neues Förderinstrument richtig einsetzen

Ulf Hahne*

Der neue GAK-Fördergrundsatz¹ Integrierte ländliche Entwicklung (ILE), der derzeit in den Ländern in Richtlinien umgesetzt wird oder bereits erste Anwendung findet, sieht als ein wichtiges Instrument zur Umsetzung der regionalen Entwicklungsstrategie den Einsatz von Regionalmanagements vor. Dieses Regionalmanagement kann nach den neuen Förderrichtlinien unterstützt werden, doch ist es mit der Einrichtung von Stellen nicht getan.

Von Mittelverwaltung zum regionalen Management

Lange Zeit wurde versucht die Entwicklung von Regionen allein durch das Bereitstellen von Fördermitteln für Sachinvestitionen und Infrastrukturen voranzutreiben. Die entsprechenden Fondsverwalter verstanden sich selbst dabei durchaus als „Regionalmanager“, welche die Entwicklung von Regionen allein durch ihr bloßes Förderangebot beeinflussten. Dies hat seine Berechtigung in Situationen des grundlegenden Infrastrukturaufbaus etwa in unterentwickelten Ländern oder nach Naturkatastrophen. In diesem Sinne könnte auch Regionalpolitik von oben als „Regionalmanagement“ bezeichnet werden.

Heute jedoch meint „Regionalmanagement“ explizit dezentrale Handlungsansätze, die auf regionaler Ebene selbst angesiedelt sind. Nur vor Ort lassen sich die endogenen Potenziale der Region – Ressourcen, Handlungsmacht und Akteure – aktivieren, ohne dass dabei auf die Nutzung externer Impulse und externer Förderung verzichtet werden muss. Regionalmanagement bezieht die Bewohner und Interessenvertreter in die Erarbeitung der Strategie ein. Denn nur eine gemeinsam getragene Strategie kann auch ihre integrative Kraft entfalten. Die Bün-

delung dezentraler Handlungsansätze erfordert aber eine geeignete Organisationsform und qualifiziertes Personal (s. Abb. 1).

Zur Definition von Regionalmanagement

Regionalmanagement umfasst die Organisation koordinierter Handlungen, um zielgerichtet die Entwicklung einer Region durch problemorientierte Lösungen voranzutreiben.

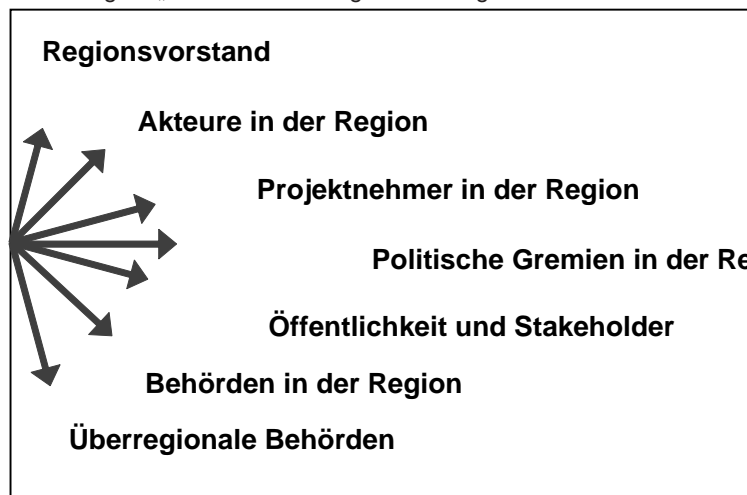
Diese Definition enthält klassische Elemente des Management-Begriffs:

- Zielorientierung: Regionalmanagement arbeitet auf Basis eines in die Zukunft gerichteten Handlungskonzeptes (Regiona-

les Entwicklungskonzept, Integriertes ländliches Entwicklungskonzept).

- Problem- und Lösungsorientierung: Regionalmanagement ist handlungsorientiert, initiiert und unterstützt Projekte.
- Koordinierung: Regionalmanagement bringt Akteure zusammen, sorgt für die Abstimmung und Zusammenarbeit von Projekten und bündelt Förderinstrumente.
- Organisation und Personaleinsatz: Die Umsetzung der Aufgaben erfordert eine geeignete Organisationsstruktur und entsprechende Humanressourcen zu ihrer Bewältigung.

Abbildung 1: „Kunden“ des Regionalmanagements



* Prof. Dr. Ulf Hahne, Fachgebiet Nachhaltige Regionalentwicklung, Universität Kassel, Fon (05542) 98 16 70, Fax (05542) 98 16 61, E-Mail hahne@wiz.uni-kassel.de

¹ GAK = Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz

- Führung und Kontrolle: Regionalmanagement ist ein Führungsinstrument für das handlungsorientierte Entwicklungskonzept sowie für das Regionalmarketing. Es kontrolliert die Projektfortschritte und Meilensteine der Regionalentwicklung.

Regionalmanagement entspricht damit Forderungen moderner regionaler Entwicklungssteuerung, die in unterschiedlichen Zusammenhängen erhoben werden: So wird im Kontext der *Regionalplanung* Regionalmanagement als neue Aufgabe einer modernisierten Regionalplanung betont, die über eine Rahmensteuerung hinausgeht und stärker Investitionsvorhaben und Projektumsetzungen unterstützen möchte (z. B. Troeger-Weiß 1998). In der politikwissenschaftlichen Diskussion wird unter dem Thema „*regional governance*“ regionale Entwicklung nicht mehr nur als allein staatliche Steuerung verstanden, sondern sie soll private Akteure und Nicht-Regierungsorganisationen als wesentliches Element der Entwicklung einbeziehen. Regionalmanagement organisiert im Idealfall den Verhandlungsprozess als strategisches wie pragmatisches Vorgehen (Fürst 1995, Pütz 2004). Versteht man aus dem Blickwinkel der *Implementationsforschung* unter Regionalmanagement nur die pragmatische Umsetzung regionaler Förderprogramme, so wird hier vom Regionalmanagement gefordert Strategien zu entwickeln, wie die Förderung die Adressaten erreicht und zu guten Projekten führt (Sedlacek 2004).

Regionalmanagement kann also umfassend angelegt sein und die Gesamtentwicklung der Region im Auge haben, es kann aber auch programm- oder nur projektbezogen sein. Die im Dezember 2003 beschlossenen GAK-Grundsätze für die Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung lassen die Einsatzmöglichkeiten offen (s. Abb. 2). Die Breite der Definitionen und Einsatzbereiche hängt eng mit Zielen und Ausgestaltung

des Regionalmanagements zusammen. Zu unterscheiden sind der räumliche Wirkungsbereich, Aufgaben und Funktionen, die Organisation und die personelle Ausstattung des Regionalmanagements.

Räumlicher Wirkungsbereich

Regionalmanagement ist zwar als überörtliches Instrument definiert, die räumliche Reichweite jedoch sehr unterschiedlich. Regionalmanagement gibt es für Kleinregionen, in denen die interkommunale Zusammenarbeit zwischen wenigen Kleingemeinden geprobt wird (z. B. Jura 2 000), für LEADER-Regionen, die von kleinen Räumen von 84 km² (Freisinger Moos) bis zu landkreisübergreifenden Regionen mit fast 3 000 km² (Oderland) oder solchen mit mehr als 100 beteiligten Kommunen (Eider-Treene-Sorge) reichen, und auf großräumiger Ebene, bspw. Regierungsbezirken oder Metropolregionen (z. B. Nordhessen, 6 800 km², oder die Metropolregion Hamburg mit 18 000 km² und fast 4 Mio. Einwohnern). Auf diese Weise schwankt die Zahl der Bürger, die über das Regionalmanagement erreicht werden sollen, erheblich (s. Abb. 3).

Regionalmanagement ist kein Privileg strukturschwacher, keines nur ländlicher Regionen. Schon lange investieren Metropolregionen in ihr Regionalmanagement, um bestimmte regionsinterne Probleme (Flächenbereitstellung, Mediation bei Konflikten, Identitätsbildung) zu bewältigen und ex-

terne Wirkung (Regionsmarketing) zu erzielen.

Aufgaben und Funktionen von Regionalmanagement

Entsprechend der unterschiedlichen Zielrichtungen und Aufgaben von Regionalmanagement lassen sich grundlegend zwei Funktionen unterscheiden:

- die Schnittstellenfunktion (Koordination) und
- die Systementwicklungsfunktion (Veränderungsmanagement).

Die Koordinationsaufgabe der Schnittstellenfunktion liegt in der horizontalen und in der vertikalen Vernetzung. In der Region selbst geht es auf horizontaler Ebene darum, die Akteure, die Kommunen und die Stakeholder in der Region miteinander zu verknüpfen, private und öffentliche Institutionen zusammenzubringen und intersektoral zu kooperieren, um Synergieeffekte zu erzielen, gemeinschaftliche Verabredungen zu treffen und gemeinsame Projekte zu realisieren. Auf vertikaler Ebene müssen kommunale, staatliche und überstaatliche Institutionen in Konzepte und Projekte der Regionalentwicklung integriert werden. Vertikale Koordination meint darüber hinaus die Vernetzung zwischen örtlichen, kommunalen und regionalen Ansätzen. Auch die Betreuung von Förderprogrammen gehört in die Schnittstellenfunktion, weil das Regionalmanagement als aktiver Vermittler zwischen Antragstellern und Bewilligungsstellen fungiert.

Abbildung 2: Ziele des Regionalmanagements nach GAK-Rahmenplan 2004 - 2007, „Grundsätze für die Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung“, Ziff. 2.2

Regionalmanagement (dient) zur Initiierung, Organisation und Umsetzungsbegleitung der ländlichen Entwicklungsprozesse durch

- Information, Beratung und Aktivierung der Bevölkerung,
- Identifizierung und Erschließung regionaler Entwicklungspotenziale,
- Identifizierung und Beförderung zielgerichteter Projekte.

Abbildung 3: Regionalmanagement und Regionsgröße

- Kleinregionen, z. B. interkommunale Kooperationen (< 10 000 Einwohner), LEADER+ (ab 10 000 Einwohner; ab 200 km²)
- Mittelgroße Regionen, z. B. Regionen aktiv (Median 285 000 Einwohner, 1 900 km²)
- Große Regionen, z. B. Regierungsbezirke (1 Mio. Einwohner und mehr)

Die Vernetzungs- und Entwicklungsaufgabe des Regionalmanagements reicht über Koordination und Betreuung hinaus. Aktiv steuerndes Regionalmanagement kann die Veränderungsbereitschaft in der Region steigern, neue Ziele initiieren, neue Akteurskonstellationen schaffen und neue Projekte hervorbringen. In diesem Selbstverständnis wird das Regionalmanagement bemüht sein, die strategischen Kompetenzen der Region zu erweitern. Das beginnt bei der Qualifikation des Regionalmanagers.

Die Aufgaben des Regionalmanagements können damit beinhalten:

- **Strategiemanagement**
Erarbeitung, Betreuung und Weiterentwicklung des Regionalen Entwicklungskonzeptes, Erschließung von und Strategieentwicklung in Handlungsfeldern, Monitoring der Regionsentwicklung
- **Netzwerkbildung und Netzwerkmanagement**
Motivierung von Akteuren, Schaffung und Betreuung von Netzwerken und Arbeitskreisen, Einbeziehung von Promotoren und Sponsoren
- **Wissenstransfer**
Informationsbereitstellung und -vermittlung, Organisation von Fachveranstaltungen und Qualifizierungsmaßnahmen
- **Beratung und Coaching von Projekten regionaler Akteure**
Aktivierung und Beratung von Projektträgern, Existenz-ründungsberatung, Konfliktmoderation

- **Projekt- und Zeitmanagement**
Projektinitiierung, -planung, -begleitung, -controlling und -evaluierung, Realisierung eigener Projekte, Projektvernetzungen, Fundraising
- **Finanzierung und Fördermittel**
Förderantragsberatung, Sicherung der Kofinanzierung, fiskalisches Projektcontrolling, Förderprogrammwerbung und -abwicklung, Fundraising
- **Regionalmarketing**
Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen etc.

Längst ist diese Aufzählung nicht vollständig, da Regionalmanagement ein dynamisches Feld ist und die Aufgaben sich auch regionspezifisch unterscheiden.

Organisatorische Umsetzung

Regionalmanagement bedarf einer geeigneten personellen und organisatorischen Umsetzung. Grundsätzlich lässt sich Regionalmanagement sowohl in den bestehenden Strukturen der Regionalplanung (z. B. in Linie oder als Stabsfunktion in Kreis- und Kommunalverwaltungen, Zweckverbänden, Wirtschaftsförderungsgesellschaften) als auch in neuen eigenständigen Strukturen (z. B. intermediäre Regionalentwicklungsvereine, -gesellschaften, -agenturen, privatrechtliche Gesellschaften) einrichten. Häufig bedient sich eine Region auch anderer Einrichtungen, die das Regionalmanagement übernehmen und im Auftrag ausführen (z. B. Landesentwicklungsgesellschaften, private Büros).

Jede dieser Organisationsformen weist Vor- und Nachteile auf:

- Die Einbindung in bestehende Verwaltungsstrukturen erleichtert die Integration in die Politik und in Behördenwege, kann Genehmigungsverfahren beschleunigen und die Kopplung von Fördermitteln begünstigen. Umgekehrt verringert die Nähe zur Verwaltung aber die Chancen, als Regionalmanagement eigenständig agieren zu können und private Akteure sowie Stakeholder stärker in den Regionalentwicklungsprozess einzubinden.
- Die Schaffung eigenständiger Organisationen außerhalb der Verwaltung ermöglicht die Einbeziehung privater Akteure, also wichtiger Persönlichkeiten und Unternehmen, Verbände und Vereine, die als Fachpromotoren und Projektträger bedeutende Unterstützung bieten können. Die Zusammenarbeit in privatrechtlichen Partnerschaften kann Ressourcen mobilisieren und die gesellschaftliche Akzeptanz von gemeinschaftlichen Projekten erhöhen. Sie birgt aber die Gefahr, von gewählter Politik und von der Verwaltung als Konkurrenz angesehen zu werden.
- Die Vergabe an externe Büros macht bei entsprechenden Verträgen die Kosten überschaubar, weil das Budget festliegt und von Personalkostensteigerungen nicht berührt ist. Schwierigkeiten können hier aber z. B. die Fragen der Steuerung und Koordination, der Kooperation mit der Verwaltung, die Akzeptanz in der Region und die Außenvertretung der Region bereiten.

Je nach Ausgestaltung der Organisation und ihrer Aufgabende-
finition wird das Regionalmanage-
ment unterschiedlich weite Kom-
petenzen und Handlungsspielrä-
ume erhalten. Besonders die Kon-
struktionen innerhalb der Verwal-
tung und die Vergabe an externe
Büros bergen die Gefahr, dass Re-
gionalmanagement nur eine zu-
sätzliche Einrichtung im Institutio-
nen- und Policy-Netzwerk der
Region darstellt und damit über
eine Ergänzungs- und Nischen-
funktion nicht hinauskommt.

Wenn Regionalmanagement als
aktiv steuerndes, integrierendes
Entwicklungsinstrument für die
Region ausgestaltet werden soll,
zeigt sich die Schaffung einer ei-
genständigen Organisation mit
breiter Trägerschaft („Regionale
Partnerschaft“) als das am bes-
ten geeignete Mittel. Politik und
Verwaltung müssen dabei lernen,
dass sie wichtige Partner, aber
nicht die einzigen Akteure für die
Regionalentwicklung sind. Die
Angst vor Macht- und Kontrollver-
lust kann durch die verbesserte
Effizienz der Regionalentwicklung
und ein wertschätzendes Kommu-
nikationsklima entkräftet werden.
Umgekehrt darf die Regionale
Partnerschaft nicht die Rückkopp-
lung in die demokratisch legiti-
mierten Gremien auf kommunaler
und regionaler Ebene vernachläs-
sigen. Wichtig sind daher Steue-
rungsgremien, in denen die wich-
tigsten Repräsentanten der Regi-
on vertreten sind und gemeinsam
die Arbeit des Regionalmanage-
ments kontrollieren, gegebenen-
falls korrigieren und die Entschei-
dungen vor ihren eigenen Entschei-
dungsgremien legitimieren.

Qualifikation der Regionalmanager

Verlässt man sich beim Regio-
nalmanagement nicht auf die Qua-
lität externer Büros, so ist die
Personalauswahl für das Regio-
nalmanagement von größter Bedeu-
tung. Vielfach sind die Anforderun-

gen an Regionalmanager diffus.
Stellenanzeigen suchen mal den
Generalisten oder das Mädchen
für alles, mal sind fachliche Ken-
ntnisse in der Wirtschaftsförderung,
der Tourismus- oder Energiebera-
tung gefragt, mal die technische
Abwicklung von Förderprogram-
men und das Projektcontrolling.

Entsprechend unterschiedlich
sind die Qualifikationsanforderun-
gen, die Bezahlung und daraus re-
sultierend die Qualität des Regio-
nalmanagements. Eine genaue
Aufgabenbeschreibung hilft, das
geeignete Personal zu finden.
Dabei sollten die Kernaufgaben
die Qualifikationsanforderungen
bestimmen: Grundlegende Kern-
kompetenzen liegen im Verständ-
nis regionalökonomischer und re-
gionalpolitischer Prozesse, übli-
cherweise erworben über ein ein-
schlägiges Studium oder Berufser-
fahrung. Weitere Schlüsselfä-
higkeiten sind Projekt- und Pro-
zessmanagement-Kompetenzen
sowie soziale Schlüsselkompe-
tenzen wie Team- und Kommuni-
kationsfähigkeit. Fachliche Spe-
zialisierungen auf einzelne The-
menfelder wie Tourismus, Pro-
duktmarketing oder Energie kön-
nen für Teilprozesse von Vorteil
sein, sofern sie nicht veraltet sind.
Zumindest muss das Personal
eine rasche Auffassungsgabe für
verschiedene ökonomische, sozia-
le, naturwissenschaftliche und
technische Vorhaben mitbringen,
um Projekte sicher beurteilen und
unterstützen zu können.

Zwar gibt es inzwischen einige
Ausbildungsgänge an Fachhoch-
schulen und Universitäten sowie
postgraduale berufsbegleitende
Schulungen, doch fehlen ein kla-
res Berufsprofil und eine überre-
gionale Vernetzung der Regional-
manager. Hier ist Österreich mit
dem „Verein zur Weiterentwick-
lung des Regionalmanagements“
deutlich weiter; der Verein wird
durch das dortige Bundeskanzler-
amt gefördert und dient nicht nur
als Diskussionsplattform, sondern
auch als Qualifizierungsmotor.

Entsprechend der unterschied-
lichen Gewichtung des Aufgaben-
felds werden Regionalmanager
teils als Sachbearbeiter in kom-
munalen Diensten, teils als Ma-
nager und Repräsentant großer
Regionen über außertarifliche Re-
gelungen bezahlt. Trotz der meist
geforderten Hochschulqualifikation
sind adäquate Gehälter noch
immer nicht durchgängig anzutref-
fen. Oft stellen Bürgermeister Re-
gionalmanager mit Sachbearbei-
tern gleich, Bedenken sollte man
aber, dass Ansehen und Bedeu-
tung der Regionalmanager in ei-
ner Region auch von ihrer hierar-
chischen Stellung abhängen.

Konflikte und Effizienz- verluste

In vielen Regionen erhalten Re-
gionalagenturen möglichst gerin-
ge Kompetenzen, weil von Seiten
der Politik und Verwaltung sonst
ein Macht- und Kontrollverlust be-
fürchtet wird. Dies geschieht auf
unterschiedliche Weise: In einigen
Regionen wird das Regionalma-
nagement strikt an die einmal fi-
xierten Ziele des regionalen Ent-
wicklungskonzeptes (REK) gebun-
den – neue Aktivitäten werden
dadurch unterbunden. In anderen
Regionen wird es ein einziges För-
derprogramm oder auf Antragsbe-
ratung und verwaltungstechnische
Abwicklung begrenzt. Z. T. werden
für das REK so umfangreiche Zie-
le und Projekte erarbeitet, dass
deren Umsetzung vom Regional-
management nicht leistbar ist.
Auch über Personalauswahl und
Informationspolitik kann ein Regi-
onalmanagement am Handeln ge-
hindert werden.

Derartige Strategien lösen Fru-
strationen bei den beteiligten Regi-
onalmanagern aus und führen
schnell zu Fluktuation im Perso-
nal. Dies wiederum hat Auswirkun-
gen auf die notwendige Vertrau-
ensbildung in losen Netzwerken,
in denen viele Akteure freiwillig und
auf eigene Kosten mitarbeiten, und
gefährdet die Kontinuität der Re-
gionalentwicklungsarbeit.

Frustrationen haben in Programmen wie LEADER+ und Regionen aktiv auch die unsicheren Rahmenbedingungen ausgelöst, z. B. undeutlich definierte Genehmigungszeiten und Regelungen der Kofinanzierung oder ungeklärte Fragen der Fördermöglichkeiten und der Kohärenzprüfung. Ermessensspielräume der Verwaltung wie unsichere Landesfinanzen erschweren zudem die Kalkulation und Jahresplanung des Regionalmanagements.

Auch die Vorgabe einiger Förderprogramme bezüglich des Mittelanteils, der für das Regionalmanagement ausgegeben werden darf, schwächt manche Regionen: Wenn aufgrund von Kofinanzierungsproblemen Projekte ausbleiben oder wegen Anlaufschwierigkeiten zeitlich gestreckt werden müssen, wird dieser Prozentsatz in Regionen mit geringem Förderumfang schnell überschritten. Die Konsequenz daraus können Überlegungen sein, das Regionalmanagement abzuschaffen oder von anderen Regionen mit erledigen zu lassen.

Ein anderes Problem ist die Vielzahl verschiedener Regionalmanagements, die z. T. in einer Region anzutreffen sind. Durch die fehlende Bündelung und Festlegung auf ein gemeinsames, leistungsfähiges Regionalmanagement sind Effizienzverluste vorprogrammiert. Bund-Länder-Gremien sind aufgefordert, integrierte Re-

gionalentwicklung durch ein Kooperationsgebot zu erleichtern. Viele Regionen müssen aber auch selbst ihre Strukturen effizienter gestalten.

Regionalmanagement ist häufig eine Gratwanderung: Es sollte zur Befähigung der Projektträger beitragen und nicht alles selbst übernehmen wollen. Wenn einzelne Akteure ein Projekt kompetent bearbeiten können, sollte ihnen dies überlassen werden. Problematisch wird es allerdings, wenn in Folge nur die schwierigen und kaum realisierbaren Projekte beim Regionalmanagement verbleiben, so dass für dieses ein Erfolgsnachweis erschwert wird.

Schließlich fehlt eine länderübergreifende Koordination zur Weiterbildung des Regionalmanagements. Vor allem Coaching-Angebote sind sinnvoll, da Regionalmanagement in einem äußerst komplexen Handlungsfeld mit hohem Konfliktpotenzial arbeitet. Personenbezogenes Coaching kann helfen, zwischen organisatorischen Problemstellungen, thematischen Fragen, Kommunikationsproblemen sowie persönlichen Werthaltungen und Einschätzungen zu differenzieren und Lösungen für Konflikte und Probleme zu erarbeiten. Möglich ist hier bspw. die kollegiale Beratung durch die Regionalmanager selbst, wofür diese allerdings erst qualifiziert werden müssen.

Regionalentwicklung ist Gemeinschaftsarbeit

Hoch sind die Erwartungen an die Einrichtung eines Regionalmanagements und vielfach verschiedene Kritiker die Verantwortung für die Regionalentwicklung allein auf das Regionalmanagement. Doch Regionalentwicklung ist Gemeinschaftsarbeit. Zudem ist Regionalentwicklung mittelfristig angelegt, so dass Erfolge – abgesehen von Kleinprojekten – sich nicht unmittelbar ablesen lassen. Erfahrungsgemäß dauert es mindestens ein bis anderthalb Jahre, bis die Arbeit des Regionalmanagements erkennbar wird, wenn z. B. erste Netzwerkstrukturen aufgebaut wurden. Bis Projekte wirklich umgesetzt sind, vergeht häufig noch viel Zeit. Deshalb ist sehr zu begrüßen, dass der neue GAK Grundsatz zur Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung nun eine Zeitspanne von fünf Jahren zur Förderung des Regionalmanagements vorsieht und nicht mehr nur drei Jahre. Für die letzten beiden Jahre und die Nachfolgeförderung wäre eine degressive Bezuschussung vorstellbar, damit die Region sich durch zunehmende Eigenfinanzierung zum Regionalmanagement bekennt oder eine Reorganisation vornimmt.

Literatur

- Böcher, M. 2005: Ländliche Entwicklung aktiv gestalten. Leitfaden zur integrierten ländlichen Entwicklung. Bonn: BMVEL
- Fürst, D. 1995: Ökologisch orientierte Umsteuerung in Landkreisen durch Regionalmanagement. In: Raumforschung und Raumordnung, S. 253-259
- Geißendörfer, M., Th. Rahn, M. Stoiber, J. Maier, O. Seibert 2003: Handbuch „Erfolgreiches Regionalmanagement“. München: StMLU
- Hahne, U. 2003: Regionalmarketing für neue Regionen. In: LEADER forum 3/2003, Frankfurt/M.: Deutsche Vernetzungsstelle LEADER+, 2003, S. 26-28
- Knieling, J. 2000: Leitbildprozesse und Regionalmanagement. Frankfurt/M. u. a.

Pütz, R. 2004: Regional Governance. München

Sedlacek, P. 2003: Regionalmanagement – ein Konzept zwischen Region und Organisation. In: H.J. Schenkhoﬀ (Hrsg.): Regionalmanagement in der Praxis. Beispiele aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. ARL-Arbeitsmaterial 298. Hannover, S. 1-10

Sedlacek, P. (Hrsg.) 2004: Evaluation in der Stadt- und Regionalentwicklung. Stadtforschung aktuell, Band 90. Wiesbaden

Troeger-Weiß, G. 1998: Regionalmanagement. Ein neues Instrument der Landes- und Regionalplanung. Schriften zur Raumordnung und Landesplanung, Bd. 2. Augsburg

www.regionale-prozesse-gestalten.de

Eckhard Uhlenberg neuer Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in Nordrhein-Westfalen, Dr. Alexander Schink neuer Staatssekretär

Eckhard Uhlenberg ist seit dem 24. Juni 2005 neuer Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen.

Der 57-jährige Landwirtschaftsmeister und selbstständige Landwirt bewirtschaftet gemeinsam mit zwei Berufskollegen einen landwirtschaftlichen Betrieb in Werl-Büderich. Uhlenberg gehört dem nordrhein-westfälischen Landtag mit einer fünfjährigen Unterbrechung seit 1980 an. 1987 wurde er stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen. Seit 1990 ist der Vater dreier Kinder Vorsitzender des Ar-

beitskreises Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz der CDU-Landtagsfraktion sowie seit 1992 Vorsitzender des CDU-Landesagrar Ausschusses. Von 1995 bis 2005 war Uhlenberg stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion. Seit 1999 ist er außerdem stellvertretender Vorsitzender im Verwaltungsrat des WDR.

Neuer Staatssekretär im Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen ist seit dem 1. Juli 2005 Dr. Alexander Schink. Der

promovierte Jurist war von 1988 bis 1991 Leiter des Freiherr-vom-Stein-Instituts, Münster, und von 1992 bis 2000 Beigeordneter für Umwelt und Planung beim Landkreistag NRW. Anschließend übernahm Schink die Hauptgeschäftsführung des Landkreistages NRW. Parallel dazu war Schink seit 1995 auch Lehrbeauftragter für Umweltrecht, zuletzt an der Universität Düsseldorf. Von 2004 bis 2005 war der 52-jährige außerdem Mitglied des Rundfunkrates des WDR.

Die ASG gratuliert Uhlenberg und Schink zu ihren neuen Ämtern und wünscht ihnen eine erfolgreiche Amtszeit.

Erika Lenz erhält Verdienstkreuz 1. Klasse

Erika Lenz, Präsidentin des Deutschen LandFrauenverbandes (dlv), wurde vom Bundespräsidenten mit dem Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Ministerpräsident Peter Harry Carstensen überreichte die Auszeichnung am 24. August 2005. In seiner Laudatio sagte Carstensen, dass sich die Ordensträgerin seit über 30

Jahren für die Verbesserung der Lebenssituation der Frauen insbesondere im ländlichen Raum eingesetzt hat. „Erika Lenz ist eine Institution in Schleswig-Holstein. Ihre Tatkraft aus Überzeugung ist wirklich beeindruckend. Ich freue mich deshalb sehr, ihr heute für ihr beeindruckendes Engagement persönlich zu danken“, so der Ministerpräsident.

Von 1989 bis März 2005 war Lenz Präsidentin des schleswig-holsteinischen Landfrauenverbands. Hier engagierte sie sich bereits seit 1978 und setzte auf Landes- und Bundesebene viele Projekte um. Besondere Schwerpunkte ihrer Arbeit waren die Themen Gesundheit und Berufstätigkeit für Frauen.

Die ASG gratuliert Erika Lenz ganz herzlich zu ihrer Auszeichnung.

Günther Schartz 75 Jahre

Am 26. Juli 2005 feierte Ökonomierat Günther Schartz seinen 75. Geburtstag. Schartz war von 1976 bis 2000 Präsident des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Nassau und hat sich in dieser Zeit mit großem Durchsetzungsvermögen für den Berufsstand engagiert. In seiner über 20-jährigen Mitgliedschaft zunächst im Mainzer Landtag und anschließend im Bundestag nahm der Ökonomierat entscheidenden Einfluss auf die weingesetzlichen Bestimmungen im Bund und in der Europäischen Union.

Seit 1987 ist Schartz Präsident der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz. In dieser Position ist sein Schaffen stets darauf ausgerichtet gewesen, eine möglichst große Zahl bäuerlicher Familienbetriebe zu erhalten. Darüber hinaus ist ihm die Beibehaltung einer flächendeckenden, bodengebundenen Landwirtschaft ohne Massentierhaltung gerade in benachteiligten Gebieten wichtig. Schartz wurde 1990 zum Ökonomierat ernannt und 1999 für seinen maßgeblichen Beitrag zur Verbesserung der so-

zialen Lage der Bauernschaft mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. In seiner Zeit als Mitglied des Kuratoriums der ASG von 1991 bis 2003 hat Schartz mit hohem Sachverstand die Arbeit der ASG unterstützt.


Die ASG gratuliert Günther Schartz sehr herzlich zu seinem Geburtstag, wünscht ihm Gesundheit und Wohlergehen und hofft, dass er die Belange der ASG weiterhin mit Interesse verfolgen wird.

Kooperationen gründen und erfolgreich führen

Kooperationen sind eine Möglichkeit, mit dem Strukturwandel in der Landwirtschaft umzugehen. Sie helfen Betrieben in erster Linie dabei, zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation beizutragen. Die Zusammenarbeit funktioniert jedoch nicht immer reibungslos. Wenn Kooperationen wieder auseinander gehen, sind es allerdings selten ökonomische Gründe, die dabei eine Rolle spielen. Oft geben sog. „weiche Faktoren“ aus dem zwischenmenschlichen Bereich den Anlass dazu, sich zu trennen. Wenn es den Beteiligten nicht gelingt, das notwendige Vertrauen für eine langfristige Beziehung aufzubauen, gibt es keine gemeinsame Grundlage für eine erfolgreiche Entwicklung der Kooperation.

Der vorliegende Band zeigt auf, dass ein dauerhaftes Miteinander möglich ist, wenn bestimmte Regeln akzeptiert und eingehalten werden. Dabei gilt auch ein Ausstieg als konstruktive Alternative,

die in der Planung berücksichtigt werden muss. Erfahrene Kooperationspartner/-innen, Berater/-innen und Trainer/-innen bringen ihre Erfahrungen ein und geben Empfehlungen weiter. Dabei wird u. a. den Fragen nachgegangen, wie man den richtigen Partner findet, was Berater/-innen in der Unterstützung von Kooperationen leisten können, was Kooperationen am Leben hält, wann Trennung die beste Lösung ist und wann Konflikte am besten angesprochen werden. Zusätzlich helfen Fallbeispiele und Checklisten bei der Planung und im täglichen Miteinander.

Die KTLB-Schrift ist weniger als Buch, denn als Nachschlagewerk gedacht, in dem verschiedene Autoren gleiche Themen aus unterschiedlicher Perspektive betrachten. Für Berater/-innen und kooperierende Landwirte/-innen oder solche, die zu kooperieren beabsichtigen, ist das Werk eine wichtige Unterstützung. 



Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft (KTBL) (Hrsg.): Kooperationen gründen und erfolgreich führen. KTBL-Schrift 433, KTBL-Schriftenvertrieb im Landwirtschaftsverlag GmbH, Münster-Hiltrup 2005, 180 Seiten, 20 • ISBN 3-7843-2177-1.

Das neue große Europa: Perspektiven für die Agrarwirtschaft

Mehr Markt für Landwirte: Herausforderungen und Konsequenzen

Perspektiven für die Agrarwirtschaft

Das neue große Europa



Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) e.V. (Hrsg.): *Das neue große Europa – Perspektiven für die Agrarwirtschaft. Tagungsband der Wintertagung vom 13.-15. Januar 2004 in Berlin. Reihe: Archiv der DLG, Band 98. DLG-Verlags-GmbH, Frankfurt am Main 2004. 224 Seiten, 25 •. ISBN 3-7690-4063-5.*

Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft e.V.

Herausforderungen und Konsequenzen

Mehr Markt für Landwirte



Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) e.V. (Hrsg.): *Mehr Markt für Landwirte – Herausforderungen und Konsequenzen. Tagungsband der Wintertagung vom 11.-13. Januar 2005 in Münster/Westfalen. Reihe: Archiv der DLG, Band 99. DLG-Verlags-GmbH, Frankfurt am Main 2005. 224 Seiten, 25 •. ISBN 3-7690-4063-5.*

Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft e.V.

Die Erweiterung der EU im Jahr 2004 und der neue größere Markt bedeuten zusätzliche Herausforderungen aber auch Chancen für Landwirte und Unternehmen der Agrarwirtschaft. Diese wurden während der Wintertagung der DLG 2004 in Berlin diskutiert. In dem vorliegenden Band sind Auszüge aus den wichtigsten Vorträgen dokumentiert.

Zunächst werden das erweiterte Europa als politische und ökonomische Realität und der Agrarstandort Deutschland beleuchtet. Anschließend widmet sich der Band der Sicht der Landwirte. Neben der deutschen Perspektive finden auch die Ergebnisse von Befragungen West-, Mittel- und Osteuropäischer Landwirte, wie sie ihre Zukunftsfähigkeit in den kommenden zehn Jahren sichern wollen, Eingang in die Dokumentation. Der Band enthält darüber hinaus Analysen, Einschätzungen, Beispiele und Konzepte für erfolgreiches Unternehmertum in der Land- und Ernährungswirtschaft im „neuen, großen Europa“. Nicht zuletzt wird der Frage nachgegangen, ob die deutsche Agrarwirtschaft bei ihrer Neuausrichtung auf das größere Europa neue Verbände und Netzwerke braucht.

Zahlreiche graphische Darstellungen veranschaulichen die Texte. Die Bände bieten eine breite Analyse der Situation der Land- und Agrarwirtschaft im größeren Europa und geben damit wertvolle Orientierungshilfen für Praktiker/-innen und Verantwortliche aus Agrarwirtschaft, Beratung, Politik, Verwaltung und Wissenschaft.

DS

Mit Beginn 2005 befindet sich die europäische Landwirtschaft im Übergang zu einer neuen, „entkoppelten“ Agrarwelt. Landwirte müssen sich neu orientieren und Strategien für die Zukunft ihrer Betriebe entwickeln. Wie die Landwirte als Unternehmer die Zukunft erfolgreich meistern können, darüber wurde während der DLG-Wintertagung 2005 in Berlin diskutiert.

Die Entkopplung bedeutet zugleich mehr Markt. Wie können die Landwirte in freien Märkten erfolgreich agieren? Welches sind zukunftsfähige Vermarktungskonzepte? Welches sind erfolgreiche Strategien zur Risikominderung? Ist die Energieproduktion eine Alternative?

Die DLG-Wintertagung 2005 in Münster mit ihrem Generalthema „Mehr Markt für Landwirte – Herausforderungen, Konsequenzen, Strategien“ behandelt viele dieser Fragen. Der vorliegende Band enthält eine breite Analyse von Stand und Perspektiven der Land- und Agrarwirtschaft. Die Beiträge zeigen die Perspektiven mit ihren Chancen und Risiken für den Fleisch- und Milchmarkt, die Getreidevermarktung und den Zukunftsmarkt Energie. Darüber hinaus werden die Ergebnisse von Befragungen deutscher und europäischer Spitzenbetriebe, wie sie ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern wollen, dargestellt.

Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland

Trotz der Annäherungsprozesse der letzten Jahrzehnte könne die Unterteilung der Bevölkerung in eine städtische und eine ländliche Gesellschaft weiterhin aufrecht erhalten werden, so die Herausgeber/-innen des Sammelbandes. Letztere solle nicht als Randphänomen der Moderne, sondern als deren lebendiger Teil betrachtet werden. Zu diesem Zweck listet das Buch verschiedene Aspekte auf, die den Rahmenbedingungen der ländlichen Gesellschaft zuzuordnen sind.

Die Themenbeiträge sind alphabetisch geordnet, was den lexikalischen Charakter unterstreicht. Von A wie Agrarpolitik bis V wie Volkskunde beschreiben verschiedene Wissenschaftler/-innen, auf welche Weise sie sich der ländlichen Gesellschaft forschend nähern. Die verschiedenen Themen werden übersichtlich abgehandelt und mit Querverweisen sehr leser-

freundlich verknüpft. Literaturlisten am Ende jedes Kapitels ermöglichen ein vertieftes Studium.

Die Autoren/-innen kommen fast durchgängig aus sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitutionen, so dass selbst landwirtschaftlich geprägte Themen wie „Ökologischer Landbau“ oder „Landwirtschaftliche Unternehmen“ nicht von Vertretern/-innen der agrarwissenschaftlichen Disziplinen geschrieben wurden. Damit wird deutlich, dass Agrar- und Sozialwissenschaften wenig vernetzt sind, obwohl die Forschungsthemen in beiden Bereichen große Übereinstimmungen aufzeigen. Das Buch gibt somit Gelegenheit hier Abhilfe zu schaffen. In jedem Fall ist es eine wichtige und fundierte Einführung in die soziologische Forschung zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland.

cb



Stephan Beetz, Kai Brauer, Claudia Neu (Hrsg.): *Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2005, 286 S., ISBN: 3-8100-3749-4, • 32,90.

Dörfer in Bewegung

Der Soziologe Dr. Stephan BEETZ untersucht in seiner Dissertation die Wanderungsbewegungen einer ländlichen Gesellschaft in Brandenburg während des letzten Jahrhunderts. Die gewaltigen Umbrüche dieser Zeit wie durch Kriege ausgelöste Flüchtlingsbewegungen, die sozialistische Bodenreform und die Reprivatisierung prägten den Alltag der hier lebenden Menschen und erzwangen ständig neue Anpassungsprozesse.

Beetz interessiert sich vor allem für die Motive in einer Region zu bleiben, die heutzutage mit den Schlagworten „Abwanderung“ und „Schrumpfung“ assoziiert wird. Der Autor nähert sich seinem Untersuchungsgegenstand von zwei Seiten. Zunächst werden in je einem Kapitel äußere Einflüsse auf das Mobilitätsverhalten wie landesplanerische Vorgaben, Strukturwandel, Sozialisation und Familie sowie ländliche Wohnbedingungen behandelt. Diesen stehen individuelle Lebenswege entgegen-



Stephan Beetz: *Dörfer in Bewegung. Ein Jahrhundert sozialer Wandel und räumliche Mobilität in einer ostdeutschen ländlichen Region*. Krämer Verlag, Hamburg, 2004, 304 S., ISBN: 3-89622-068-3.

gen, in denen die Entscheidung für das Bleiben oder Gehen mit biographischen Momenten verknüpft wird. Zu diesem Zweck hat Beetz Interviews mit Bewohnern/-innen der Region Niederer Fläming geführt. Eingebettet sind sie in die jeweilige Familiengeschichte, die im Zuge der Umbrüche des

letzten Jahrhunderts oft abenteuerliche Elemente aufweist.

Mit dem vorliegenden Band möchte Beetz darauf hinweisen, dass die ländliche Gesellschaft kein Synonym für Stagnation, sondern für lebendigen Wandel ist. Lebenswege auf dem Land, so

beweist das Buch, sind ebenso vielfältig, wie sie oft nur städtischen Bewohnern/-innen zugeschrieben werden. Der Titel des Buches steht somit nicht nur für die räumliche, sondern auch für die Mobilität im Denken und Handeln der ländlichen Gesellschaft.

cb

Der „Grüne Pfad“ ist ein gemeinsames Projekt der Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft (FNL) und der Information Medien Agrar e.V. (IMA) um über den Arbeitsbereich Landwirtschaft aufzuklären. Zwei als „Schnupperkurse“ deklarierte Rubriken beschreiben verschiedene Ackerkulturen und Produktionsformen der Tierhaltung. Sie werden ergänzt durch ein „Lexikon der Landwirtschaft“, in dem landwirtschaftliche Begriffe zwischen „Abferkelabteil“ und „Zwischenfrüchte“ erläutert werden.

www.gruener-pfad.de

Während die „Schnupperkurse“ vor allem für landwirtschaftliche Laien interessant sind, da sie kurze und informative Überblicke bspw. über die Hühnerhaltung, den Anbau und die Nutzung von Raps oder Gerste bieten, eröffnet das „Lexikon“ auch für fortgeschrittene Agrarier/-innen die Möglichkeit, evtl. in Vergessenheit geratene Begriffe nachzuschlagen. Die klassische Aufgabe der Landwirtschaft, die Produktion von Rohstoffen, steht im Vordergrund.

Die Absicht von FNL und IMA ihre Materialien zur Landwirtschaft wie CDs, Plakate oder Broschüren zu verkaufen war sicherlich ausschlaggebend für die Einrichtung der Webseite, schränkt ihren Nutzwert jedoch nicht ein. Trotz einiger Mängel bezüglich der Aktualität von Links und der Praktikabilität der Navigation ist sie als übersichtliches Informationsangebot zu empfehlen.

cb

Der Grüne Pfad - Mozilla Firefox

http://www.gruener-pfad.de/home.html

www.gruener-pfad.de

NATUR IN UN-GERECHER VERANTWORTUNG

FNL

IMA

WILLKOMMEN
BEIM GRÜNEN PFAD.

Der "Grüne Pfad" ist weder ein Wanderweg, noch hat er etwas mit Politik zu tun. Vielmehr beschreibt er in plakativer, leicht verständlicher und zeitgemäßer Weise, was es beim Gang oder Radeln durch die Felder auf den Äckern zu sehen gibt. Auf zehn Tafeln sind die landwirtschaftlichen Flächenkulturen Weizen, Gerste, Roggen, Hafer, Mais, Raps, Kartoffel, Zuckerrübe, Grünland und Grünung abgebildet.

Die Menüpunkte "Schnupperkurs Ackerkulturen" und "Schnupperkurs Tierhaltung" begleiten Sie mit insgesamt 20 Tafeln, die über die häufigsten Kulturpflanzen und die wichtigsten Grundlagen in der Tierhaltung informieren. Der erste Teil des Grünen Pfades führt durch die Äcker und Wälder, der zweite Teil durch die Ställe.

Das "Lexikon der Landwirtschaft" beantwortet mit seinen fast 1.000 Begriffen alle wichtigen Fragen rund um die Landwirtschaft.

Der "Grüne Pfad" ist gemeinsam von der Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft (FNL) und der Information Medien Agrar e.V. (IMA) erarbeitet worden.

Warten auf www.gruener-pfad.de...

Zitate - Folge 68 - Zitate - Folge 68

„Die elf Millionen Landwirte in der EU bekommen viel weniger Subventionen als die zwei Millionen Bauern in den USA.“

- Franz Fischler, ehemaliger EU-Agrarkommissar -

„Wir sollten die Agrarsubventionen in den USA und in Europa allmählich reduzieren – weil es moralisch richtig ist, weil es wirtschaftlich Sinn ergibt und weil es wahrscheinlich gut für unsere Umwelt ist.“

- Bill Clinton -

„Die ländlichen Regionen sind die Stiefkinder in allen europäischen Ländern. Wir wollen nicht, dass der Fortschritt vor den Türen der Dörfer stehen bleibt und treten deshalb für Subventionen ein, die die Entwicklung auf dem Land fördern. Damit wird die soziale Komponente gefördert, die das Leben auf dem Land überhaupt erst möglich macht.“

- Hans-Joachim Wilms,
stellv. Bundesvorsitzender der IG BAU -

„Servicestellen sind bessere Briefmarkenautomaten, aber auch nicht ansatzweise ein Ersatz für Postagenturen.“

- Dr. Wulf Haak,
Landesgeschäftsführer des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes -

„War in der Entstehungsphase des Sozialstaates und bis weit ins 20. Jahrhundert hinein die Eingrenzung des Klassenkonflikts das Hintergrundthema aller sozialpolitischen Auseinandersetzungen, so scheint dies im 21. Jahrhundert die Eingrenzung des Generationenkonflikts zu werden.“

- Franz-Xaver Kaufmann, Soziologe -

Zitate - Folge 68 - Zitate - Folge 68

IMPRESSUM

ISSN 0179-7603

Herausgeber Agrarsoziale Gesellschaft e.V.
Postfach 11 44 / 11 45, 37001 Göttingen

Geschäftsführer
Dr. Dieter Czech

Redaktion

Dipl.-Ing. agr. Ines Fahning
(0551) 49 709 - 26
Redaktionelle Mitarbeit: Offke Schmidt M. A.
(0551) 49 709 - 30
Layout: Elisabeth Wegerle, Webdesignerin
(0551) 49 709 - 32

Namentlich oder mit Initialen gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors/der Autorin wieder. Sie ist nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung des Herausgebers oder der Redaktion.

Erscheinungsweise: sechsmal im Jahr

Druck Konrad Pachnicke
Güterbahnstraße 9
37073 Göttingen

Papier 100 % Recycling-Papier

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): Nur mit Quellenangabe (Agrarsoziale Gesellschaft e.V., Ländlicher Raum, ggf. Autor) erlaubt; Belegexemplar erbeten.

Bestellungen und Abonentenservice

Fon (0551) 49 70 9 - 0
Fax (0551) 49 70 9 - 16
info@asg-goe.de
www.asg-goe.de

Die letzten drei Ausgaben können als pdf-Datei von der ASG-Homepage heruntergeladen werden.

Preise Der Preis für ein Jahresabonnement „Ländlicher Raum“ beträgt 36 Euro inkl. Porto. Für Mitglieder der ASG ist das Abonnement im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Der ASG-Mitgliedsbeitrag beträgt 72 Euro, Studenten zahlen 36 Euro.

Konto Für Spenden und sonstige Förderbeiträge an die ASG:
Sparkasse Göttingen
Konto-Nr. 1 087 006
BLZ 260 500 01

Wir bieten zum Sonderpreis an:

■ Zeitzeugen berichten – Wir waren dabei (Schriftenreihe 132, 1999)

41 persönliche Berichte von Experten/-innen aus Ost und West über ihren Einsatz beim Aufbau von Agrarverwaltungen und -institutionen in den neuen Bundesländern 1990/91 lassen ein authentisches Bild der Wendezeit entstehen. Viele Details, die DDR-typisch, liebenswert oder ärgerlich waren und heute in der breiten Öffentlichkeit schon vergessen sind, beleben die Erinnerungen an jene Zeit und machen die Lektüre kurzweilig.

Ursprünglicher Preis 15,00 •, neuer Preis 4,00 •



■ 50 Jahre ASG – Blick nach vorn (Schriftenreihe 129, 1998)

Der Tagungsband enthält die Vorträge der Jubiläumsveranstaltung der ASG vom 26./27. November 1997 in Göttingen. Hierzu gehört neben dem Rückblick auf die vergangenen 50 Jahre auch ein Ausblick auf die Zukunft der ASG.

Ursprünglicher Preis 13,00 •, neuer Preis 4,00 •



■ Rainer Oppermann: Ökologischer Landbau am Scheideweg – Chancen und Restriktionen für eine ökologische Kehrtwende in der Agrarwirtschaft (Kleine Reihe 62, 2001)

Das Buch gibt einen Überblick über relevante Problemlagen und Entwicklungstrends im ökologischen Landbau, woraus der Autor Schlussfolgerungen für Ökologisierungschancen im Agrarsektor zieht. Es enthält u. a. Ausführungen über ökologische Verarbeitungsstrukturen, zunehmende Konkurrenzverhältnisse auf dem Biomarkt und darüber, was die Verbraucher/-innen wollen.

Ursprünglicher Preis 11,25 •, neuer Preis 3,00 •



■ Heike Friedrich: Regionalvermarktung landwirtschaftlicher Produkte im Internet – Chancen, Restriktionen, Konzeptionen (Kleine Reihe 63, 2001)

Die Autorin geht der Frage nach, welche Potenziale der Verkauf über den Bildschirm für Regionalvermarktungskonzepte bergen kann. Grundlegende Erkenntnisse zur Regionalvermarktung sowie Ergebnisse einer umfangreichen Recherche zum Thema Lebensmittel im Internet werden zusammengeführt und praxisgerecht bewertet. Die Ausführungen dienen als Orientierungshilfe zur Erstellung angepasster internetbasierter Regionalvermarktungskonzepte.

Ursprünglicher Preis 11,25 •, neuer Preis 3,00 •



Ich bestelle wie oben angegeben (zzgl. Versandkosten):

Name:

.....

Anschrift:

.....

Ich zahle per Rechnung

Datum Unterschrift

Ausfüllen, kopieren und schicken/faxen an:

**Agrarsoziale Gesellschaft e.V., Kurze Geismarstraße 33, 37073 Göttingen,
Fon (0551) 49 70 90, Fax (0551) 49 70 916**